

Academy
'21
Annual Report



Das Programm des

Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog

*wird mit Unterstützung der Stadt Wien, der Republik Österreich,
der Karl Kahane Stiftung und privater Sponsoren realisiert.*

Wir bedanken uns.

- 04_ FOREWORD**
- 06_ CURATORS/PROGRAM DIRECTORS/INTERNATIONAL FELLOWS**
- 08_ CALENDARIUM**

Public Events

- 19_ JAHRESTHEMEN – FOCUS 2021**
 - 19_ MIGRATION – DIASPORA – FLUCHT
 - 24_ SOLIDARITÄT UND KRISE

- 30_ LECTURE SERIES**
 - 30_ AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT
 - 33_ ALTERNATIVES TO PARTITION
 - 34_ ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
 - 42_ AUF DER SUCHE NACH EUROPA
 - 44_ BORDERS. GRENZEN UND IDENTITÄTEN
 - 46_ CHINA IM BLICK
 - 48_ DEMOKRATIE RELOADED
 - 49_ DIE FREIHEIT, FREI ZU SEIN
 - 52_ ES IST EIN GUTES LAND. REPUBLIKANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)
 - 55_ GENIAL DAGEGEN
 - 73_ HEGEMONIES AND ALLIANCES
 - 76_ PHILOXENIA
 - 83_ REGIONALISM AND BORDERS
 - 86_ RUSSIA ON THE WORLD STAGE
 - 89_ TRANSATLANTICA
 - 94_ WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE
 - 95_ WITHOUT BLUEPRINT: YOUNG INTERNATIONALS
 - 98_ ZERRISSENE JAHRE

Confidential Discussions under Chatham House Rule

- 100_ ROUNDTABLES AND WORKSHOPS**
 - 100_ ALTERNATIVES TO PARTITION
 - 106_ HEGEMONIES AND ALLIANCES
 - 110_ REGIONALISM AND BORDERS
 - 111_ WOMEN IN DIALOGUE:
WOMEN'S SHARE IN PEACE AND SECURITY:
UNR 1325 – TWENTY YEARS DOWN THE ROAD

- 114_ KREISKY FORUM SPECIALS**
 - 114_ DER MUT ZUM UNVOLLENDETEN. Zum Geburtstag von Bruno Kreisky
 - 114_ NOBODY IS PERFECT
 - 115_ ARI-RATH-PREIS FÜR KRITISCHEN JOURNALISMUS
 - 116_ BRUNO-KREISKY-PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH
 - 117_ 30-JAHR-JUBILÄUM DES BRUNO KREISKY FORUMS
 - 119_ WIENER FREUNDES DES JÜDISCHEN MUSEUMS HOHENEM

- 122_ BRUNO KREISKY FORUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG**
- 124_ IMPRESSUM**



Anstelle eines Vorwortes, Vorworte zum 30. Geburtstag des Bruno Kreisky Forums

Das Bruno Kreisky Forum feierte 2021 seinen 30. Geburtstag im Rahmen einer Festveranstaltung am 23. September. Unter dem Titel *ARMBRUSTERGASSE 15* veröffentlichte der FALTER die Geschichte der ersten 30 Jahre (siehe dazu das Kreisky Special Seite 113). Gemeinsam mit Margit Schmidt möchte ich allen Kolleg-innen, Kurator-innen, Gästen und Unterstützer-innen mit diesen Vorworten danken.

MARGIT SCHMIDT

Generalsekretärin 1991–2004

Am Abend des Begräbnisses Bruno Kreiskys (07.08.1990) fand in der Armbrustergasse ein Empfang für die Trauergäste statt. Darunter waren Mitglieder der Familie Kreisky, persönliche Freunde aus dem In- und Ausland, Mitarbeiter und Parteiangestellte. Es wurden Erinnerungen ausgetauscht und viel über die Bedeutung dieses Hauses gesprochen und dass man den „Geist“ erhalten sollte. Es wurde in der Armbrustergasse viel diskutiert und gedacht. Kreisky hatte regelmäßig abends Gesprächsrunden zu sich eingeladen, darunter Wirtschaftsprofessoren, Chefredakteure, Jugendfunktionäre, Künstler etc. Auch viele internationale Gäste wurden in der Armbrustergasse empfangen, um in entspannter Atmosphäre über Entwicklungen der internationalen Politik zu sprechen.

Bundeskanzler Franz Vranitzky, Finanzminister Ferdinand Lacina und Karl Kahane waren die Motoren des Projektes und in vielen Gesprächen hat sich die Struktur und Zielsetzung des Forums gefunden. Mit Förderungen des Bundes und der Stadt Wien konnte der erforderliche Umbau des Hauses durchgeführt und der Betrieb aufgenommen werden. Das Forum wird als gemeinnütziger Verein geführt.

Ich wurde zur Generalsekretärin bestellt und mit der Organisation und Koordination der Gesprächsrunden beauftragt. Gemeinsam mit Wissenschaftskoordinator Oliver Rathkolb und Mitarbeitern des Bundeskanzlers und Finanzministers wurden regelmäßig die notwendigen Schritte akkordiert.

Die ersten großen Veranstaltungen waren ein Vortrag des damaligen französischen Außenministers Roland Dumas, der mit Kreisky freundschaftlich verbunden war, dann mit dem amerikanischen Ökonomen John Kenneth Galbraith, den Kreisky auch sehr lange kannte. Es folgten viele andere prominente Politiker – wie Jacques Delors und Journalisten wie Daniel Vernet von Le Monde, Wissenschaftler und Künstler

Ich konnte an alte Kontakte aus der Kreisky-Zeit anknüpfen und die Tatsache, dass der österreichische Bundeskanzler Präsident des Forums war, hat uns national und international einen seriösen Auftritt verschafft.

So haben sich Prominente aus dem Ausland bereit erklärt, in den internationalen Beirat einzutreten. Das Ziel war kein Museum zu errichten, sondern einen lebendigen Ort der Begegnung zu schaffen, wo ein internationaler und interdisziplinärer Dialog stattfindet. Bis heute findet dieser interessante Dialog statt, in dem oft auch das Andenken an Kreisky und seine Politik gewürdigt wird.



GERTRAUD AUER BOREA D'OLMO

Generalsekretärin seit 2005

Am 23. April 2004 fragte mich der damalige Präsident des BKF Franz Vranitzky am Rande der Wahlkampf-Abschlussveranstaltung für Bundespräsident Heinz Fischer, in dessen Team ich mitgearbeitet hatte, ob ich als Nachfolgerin von Margit Schmidt die Leitung des Bruno Kreisky Forums übernehmen wollte.

Ich hatte in den 1990 Jahren das Nahost-Jugendfriedensforum gemeinsam mit ihr ins Leben gerufen und kuratorisch betreut. Das Bruno Kreisky Forum und seine Mitarbeiterinnen waren mir vertraut und meine Zeit im Bundesministerium für Unterricht und Kunst (1991–1995) hatte mir wichtige Erfahrungen mit der öffentlichen Administration gebracht. Der Vorstand nominierte mich zur Generalsekretärin, und ich begann meine Tätigkeit am 1. Jänner 2005 unter der neuen Präsidentschaft von Rudolf Scholten. Franz Vranitzky ist bis heute unser Ehrenpräsident.

Ich habe Bruno Kreisky nicht persönlich gekannt und konnte nicht wie Margit auf diesem Legat aufbauen. Mein Motto war daher, ein Programm zu machen, das Bruno Kreisky interessiert, irritiert, angeregt, aufgeregt, aber niemals gelangweilt hätte.

Gemeinsam mit Cathrin Pichler, Oliver Rathkolb und Karin Bergmann hatte ich seit einigen Monaten für das Burgtheater ein Programm zum 60. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs unter dem Motto ›Warum Krieg‹ in Anlehnung an den Briefwechsel Einstein – Freud aus dem Jahr 1932 vorbereitet.

Cathrin war die erste Kuratorin des Kreisky Forums, und jedes Jahr gelang es uns, neue interessierte und engagierte Männer und Frauen zu gewinnen, um gemeinsam mit mir ein vielfältiges, möglichst viele Bereiche des Politischen umfassendes Programm zu entwickeln. Weit über die Landesgrenzen hinaus entstand ein internationales Netzwerk, mit dem wir (fast) alle Gäste, die wir einladen wollen, und ein breites Publikum erreichen. Sie waren und sind das Geheimnis unseres Erfolges.

Eine Aufstellung aller unserer Kuratorinnen und Kuratoren folgt in diesem Report.

Neben den öffentlichen, sichtbaren Programmen gibt es eine zweite Säule im Kreisky Forum: Geschützte Gespräche und Workshops bieten die Möglichkeit, hinter unseren ›dicken Mauern‹ Menschen zusammenzubringen, die durch harte Konflikte und Auseinandersetzungen getrennt sind. Ohne den Blick und das Wissen von Außenstehenden tauschen sie ihre Standpunkte aus und kommen manchmal zu kompromissfähigen Resultaten. Damit wollen wir einen kleinen Beitrag leisten, damit die Welt ein besserer Platz wird, als wir sie vorgefunden haben.

Unsere Arbeit wird von der öffentlichen Hand und von privaten Sponsor-innen finanziert. Dafür bedanke ich mich.



Bashir Bashir

Political Theorist, Associate Professor at Open University Israel, Senior Research Fellow at Van Leer Jerusalem Institute and Bruno Kreisky Forum
ALTERNATIVES TO PARTITION



Leila Farsakh

Political Economist, Associate Professor, Massachusetts University, Boston
REGIONALISM AND BORDERS



Philipp Blom

Autor, Journalist und Historiker
ZERRISSENE JAHRE



Irene Giner-Reichel

Diplomatin, ehemalige Botschafterin in China und Brasilien
CHINA IM BLICK



Gudrun Harrer

Autorin, leitende Redakteurin bei Der Standard, Lektorin für Moderne Geschichte und Politik des Nahen u. Mittleren Ostens an der Universität Wien u. an der Diplomatischen Akademie Wien
ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

CURATORS/PROGRAM DIRECTORS/INTERNATIONAL FELLOWS



Nina Khrushcheva

Professor of International Affairs, the New School, New York; Senior Fellow of the World Policy Institute and the Bruno Kreisky Forum
RUSSIA ON THE WORLD STAGE



Georg Lennkh

Botschafter i.R., Mitglied des Vorstands des Bruno Kreisky Forums
AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT



Hanno Loewy

Literatur- und Medienwissenschaftler, Direktor des Jüdischen Museums Hohenems
BORDERS. GRENZEN UND IDENTITÄTEN



Wolfgang Maderthaner

Anglist und Historiker, Verein der Geschichte der Arbeiter-Innenbewegung
ES IST EIN GUTES LAND. REPUBLIKANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)



Robert Misik

Autor und Journalist
GENIAL DAGEGEN

CURATORS/PROGRAM DIRECTORS/INTERNATIONAL FELLOWS



Eva Nowotny

Botschafterin i.R., Mitglied des Vorstandes des Bruno Kreisky Forums
Vorsitzende des Universitätsrats, Universität Wien
TRANSATLANTICA



Walter Posch

Iranist und Islamwissenschaftler, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie, Wien
HEGEMONIES AND ALLIANCES



Viola Raheb

Theologin, Autorin
WOMEN IN DIALOGUE



Elisabeth Scharang

Freischaffende Filmemacherin, Drehbuchautorin und Journalistin in Wien
**»DIE FREIHEIT, FREI ZU SEIN«
Gespräche über Demokratie und Solidarität.**



Tessa Szyszkowitz

Autorin und Journalistin, Profil, Falter, Cicero
PHILOXENIA



E. Nowotny



C. Obonya



E. Orth



R. Misik

JANUARY

_07 TRANSATLANTICA

**WHAT TO EXPECT FROM THE INCOMING US-ADMINISTRATION
Renewed Multilateral Relations and Global Perspectives?
Views from China/South East Asia, Russia and Europe**
Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs at the
New School, New York
Steven Lee Myers, Journalist, Bureau Chief of The New York Times
in Beijing
Eva Nowotny, former Austrian Ambassador to the US,
Board Member of the Kreisky Forum
M: Raimund Löw, Historian, Journalist, Falter Radio

_11 GENIAL DAGEGEN

LEISTUNGSKLASSE
Wie Frauen uns unbedankt und unerkant durch Krisen tragen
Veronika Bohrn Mena, Autorin, Arbeitsmarktexpertin u. Kolumnistin

_12 PHILOXENIA

**ERINNERT EUCH! Ein Plädoyer, wie Europa der Nationalismus-
Falle entkommen kann**
Géraldine Schwarz, deutsch-französische Autorin, Journalistin
und Filmemacherin

_18 WITHOUT BLUEPRINT: YOUNG INTERNATIONALS

**WESTSAHARA, DIE LETZTE KOLONIE AFRIKAS
Geschichte und Gegenwart eines vergessenen Konflikts**
Paul Huemer, freier Journalist, Auslandsredaktion der ORF-Nachrichten-
sendung Zeit im Bild
Andreas Pfeifer, außenpolitischer Ressortleiter im aktuellen Dienst
des ORF-Fernsehens

_19 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

ÄGYPTEN – ZEHN JAHRE DANACH
Karim Al-Gawhary, deutsch-ägyptischer Journalist, Leiter des ORF-Büros
in Kairo und Nahost-Korrespondent für verschiedene deutschsprachige
Zeitungen

_20 RUSSIA AT THE WORLD STAGE

THE RETURN OF ALEXEI NAVALNY TO ›MOTHER RUSSIA‹
Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs, New School
University, New York

_22 KREISKY FORUM SPECIAL

DER MUT ZUM UNVOLLENDETEN
Zum Geburtstag von Bruno Kreisky
Festvortrag: Franz Schuh, Schriftsteller und Essayist
Lesung: Cornelius Obonya, Schauspieler

_25 REGIONALISM AND BORDERS

**THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS:
GEOGRAPHIES OF ENGAGEMENT IN PALESTINE AND BEYOND**
Book Presentation in cooperation with Central European University
Bashir Bashir, Open University of Israel
Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston
Alon Confino, Pen Tishkach Chair of Holocaust Studies, Departments
of History and of Jewish and Near Eastern Studies, Director, Institute for
Holocaust, Genocide, and Memory Studies, University of Massachusetts,
Amherst
Aziz Al-Azmeh, Professor Emeritus and Distinguished Visiting Professor
at the Central European University, Vienna.
M: Nadia Al-Bagdadi, Professor of History at Central European
University, Vienna
Chair: Gertraud Auer Borea d'Olmo, Secretary General, Bruno Kreisky
Forum, Vienna

_28 GENIAL DAGEGEN

DER PERSONALCHEF
Der AMS-Vorstand über den Kampf gegen die Massenarbeits-
losigkeit und die Aufgaben staatlicher Arbeitsmarktpolitik
Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich (AMS)

_29 WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE

SCHIRACH: Eine Generation zwischen Goethe und Hitler
Oliver Rathkolb, Historiker, Institut für Zeitgeschichte der Universität
Wien, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bruno Kreisky Forums
Cathrin Kahlweit, Journalistin, Süddeutsche Zeitung

FEBRUARY

_1 GENIAL DAGEGEN

THE US AND THE GLOBAL ECONOMY AFTER COVID-19
James K. Galbraith, American Economist, Lyndon B. Johnson School of
Public Affairs, University of Texas at Austin

_4 PHILOXENIA

RUSSIAN ROULETTE
Alexej Navalny and his Fight against the Russian President
Enter a New Stage
Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs, New School
University, New York

_8 ES IST EIN GUTES LAND.

Republikanische Geschichtsstunde(n)
ZUM 85. GEBURTSTAG VON ELISABETH ORTH
Elisabeth Orth, SchauspielerIn, Doyenne des Burgtheaters

_9 HEGEMONIES AND ALLIANCES

TURKEY'S TRIALS AND ERRORS
Selim Yenel, Ambassador ret., President of the Global Relations Forum,
Istanbul

_10 REGIONALISM AND BORDERS

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS
Oxford University Book Talk
Webinar organised by St. Antony's College, University of Oxford
Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston
Bashir Bashir, Open University of Israel
Amal Ghazal, Simon Fraser University
Brian Klug, Faculty of Philosophy, University of Oxford
Hadeel Abu Hussein, Faculty of Law, University of Oxford
Chair: Yaacov Yadgar, Stanley Lewis Professor of Israel Studies,
School of Interdisciplinary Area Studies, Oxford University

_11 TRANSATLANTICA

UNITE AGAINST CORRUPTION!
Eine globale Anstrengung gegen Korruption
Thomas Stelzer, Dean, Executive Secretary,
Internationale Anti-Korruptionsakademie (IACA)

_15 AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT

DEMOKRATIE IN AFRIKA Kann der Senegal ein Beispiel sein?
Caroline Gudenus, Diplomatin i.R., ehem. Botschafterin Österreichs
im Senegal

_17 GENIAL DAGEGEN

**DIE NEUE (AB)NORMALITÄT:
Unser verrücktes Leben in der pandemischen Welt**
Robert Misik, Journalist und Autor

Elisabeth Scharang, Drehbuchautorin, Filmemacherin, Dramaturgin,
Moderatorin

_18 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

TUNESIA: TEN YEARS OF REVOLUTION
Henda Chennaoui, Freelance Journalist, Blogger,
Activist for Women's Rights, Tunis

_19 CHINA IM BLICK

**CORONA, CHINA AND THE WORLD – MISSED OPPORTUNITIES,
NEW BEGINNINGS?**
Dan Steinbock, Economist, Non-Resident Fellow of Shanghai Institutes
for Intern. Studies, Founder of the Global Consultancy ›Difference Group‹

_24 REGIONALISM AND BORDERS

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS
Columbia University Book Talk
Webinar organised by Columbia University
Bashir Bashir, Open University of Israel
Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston
Gil Anidjar, Professor in the Departments of Religion and the Depart-
ment of Middle Eastern, South Asian, and African Studies, Columbia
University
Nadia Abu El-Haj, Ann Olin Whitney Professor in the Departments
of Anthropology at Barnard College and Columbia University, and
Co-Director of the Center for Palestine Studies at Columbia.
Sherene Seikaly, Associate Professor of History at the University
of California, Santa Barbara

_24 BORDERS.GRENZEN UND IDENTITÄTEN

IRGENDWO ZWISCHEN EUROPA UND ISRAEL
Avraham Burg, Autor

_25 GENIAL DAGEGEN

PATHOS
Solmaz Khorsand, Autorin, Journalistin, beim
Schweizer Magazin Republik

_26 PHILOXENIA

BELLINGCAT: HOW TO FIND REAL FACTS IN A POST-TRUTH WORLD
Eliot Higgins, British Citizen Journalist and Blogger, Founder of the
Investigative Internet Platform Bellingcat and the Brown Moses Blog



Ch. Wenisch



N. Hertz



M. Häupl



G. Zeiler | G. Auer Borea d'Olmo | R. Scholten

MARCH

_1 WITHOUT BLUEPRINT: YOUNG INTERNATIONALS

SOS BALKANROUTE

Menschenrechtsverletzungen vor unserer Haustür

Hasan Ulukisa, Aktivist bei SOS Balkanroute für humanitäre Hilfe in den Flüchtlingscamps in Bosnien und Herzegowina; Flüchtlings- und Migrant-innen Betreuung der Volkshilfe

Nina Horaczek, Politologin, Autorin und Chefredakteurin der Wiener Wochenzeitung Falter

_3 GENIAL DAGEGEN

WANN HABEN WIR ES ÜBERSTANDEN, HERR DOKTOR WENISCH?

Christoph Wenisch, Infektiologe, Vorstand der 4. Med. Abteilung für Infektions- und Tropenmedizin der Klinik Favoriten, Wien

_3 REGIONALISM AND BORDERS

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS

Columbia Global Centers' Book Talk

Peter Beinart, Professor of Journalism and Political Science, City University of New York

Bashir Bashir, Open University of Israel

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Chair: **Safwan M. Masri**, Professor and Executive Vice President for Global Centers and Global Development, Columbia University, Senior Research Scholar, Columbia's School of International and Public Affairs.

_5 GENIAL DAGEGEN

WIR

Judith Kohlenberger, Kulturwissenschaftlerin, Institut für Sozialpolitik der WU Wien

_6 JAHRESTHEMA: SOLIDARITÄT UND KRISE

GEWISSHEIT IST HOCH IM KURS. ALLE WOLLEN SIE HABEN

Bogdan Rošćić, Direktor der Wiener Staatsoper

Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

_8 TRANSATLANTICA

EUROPAS PLATZ IN EINER MULTIPOLAREN WELT

Stefan Lehne, Visiting Scholar, Carnegie Europe, Brüssel; ehem. Diplomat

_10 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

ARABELLION. JEMEN – ZEHN JAHRE DANACH

Marie-Christine Heinze, Center for Applied Research in Partnership with the Orient (CARPO)

_12 ZERRISSENE JAHRE

DER LANGE SCHATTEN — 12. März 1938

Helene Maimann, Historikerin, Autorin, Ausstellungs- und Filmemacherin

_15 JAHRESTHEMA:

MIGRATION – DIASPORA -FLUCHT

DIE VON EUROPA TRÄUMEN Wie Flucht und Migration ablaufen

Melita Šunjić, Publizistin und Politikwissenschaftlerin,

ehem. Sprecherin des UN-Flüchtlings-Hochkommissariats (UNHCR)

Edit Meinhart, Journalistin, Profil

_16 REGIONALISM AND BORDERS

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS

SOAS University of London Book Talk

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Bashir Bashir, Open University of Israel

Yair Wallach, Middle East Institute and the Centre for Palestine Studies,

SOAS University, London

Chairs: **Gilbert Achcar** and **Dina Matar**, SOAS University, London

_17 GENIAL DAGEGEN

KUNST.REVOLTE.REVOLUTION

Milo Rau, Schweizer Regisseur, Theaterautor, Essayist u. Wissenschaftler

_22 GENIAL DAGEGEN

KRISENDEMOKRATIE

Sieben Lektionen aus der Coronakrise

Tamara Ehs, Politikwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte Universität Wien

_24 REGIONALISM AND BORDERS

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS

Harvard University Book Talk

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Bashir Bashir, Open University of Israel

Dirk Moses, Frank Porter Graham Distinguished Professor of Global

Human Rights History, University of North Carolina at Chapel Hill

Chair: **Derek Penslar**, William Lee Frost-Professor of Jewish History,

Harvard University Center for Middle Eastern Studies at Harvard University

_23 PHILOXENIA

THE LONELY CENTURY

How We Can Come Together in a World that Is Pulling Apart

Noreena Hertz, British Author, Economist, Honorary Professor,

Institute for Global Prosperity, University College London

_25 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

PAX AUTOCRATICA — Der Friede der Autokraten im Nahen Osten

Amr Nabil Ahmed Osman Hamzawy, Senior Research Scholar, Center on Democracy, Development and the Rule of Law at Stanford University

APRIL

_7 CHINA IM BLICK

SUPER POWER RELATIONS AND GLOBAL GOVERNANCE IN TIMES OF DIGITALIZATION

Yan Xuetong, Political Scientist, Professor and Dean, Institute of International Relations, Tsinghua University, Beijing;

Secretary General of the World Peace Forum

_8 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

GROUND ZERO: KÖNNEN WIR MIT 9/11 ABSCHLIESSEN?

Stefan Weidner, Islamwissenschaftler, Schriftsteller und Übersetzer

_9 PHILOXENIA

HÖRT EINANDER ZU!

How to Stay Sane in a World of Division

Elif Shafak, Novelist, Honorary Fellow at St Anne's College, Oxford University, Vice President of the Royal Society of Literature, Member of

the World Economic Forum Global Agenda Council on Creative Economy, Founding member, European Council on Foreign Relations.

_12 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE

KREISKY-BRANDT-JERUSALEM SYMPOSIUM CONTEMPORARY TRENDS IN ISRAELI AND PALESTINIAN POLITICS – NO NEED TO RETHINK

_13 GENIAL DAGEGEN

›JEDER MENSCH HAT DAS RECHT AUF EIN GUTES LEBEN‹

Michael Häupl, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien a.D.,

Präsident des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF), Präsident der Volkshilfe Wien

_15 GENIAL DAGEGEN

DIE WELT DANACH

Leben, Arbeit und Wohlfahrt nach dem Corona-Camp

Bernd Marin, Sozialwissenschaftler, Politikberater, Autor

_19 PHILOXENIA

WARUM DEUTSCHLAND ES BESSER MACHT

A British View of Germany in 2021

John Kampfner, Author, Broadcaster and Foreign-Affairs Commentator

_20 GENIAL DAGEGEN

MASSENARBEITSLOSIGKEIT, KLIMAKRISE, UNGLEICHHEIT

Die drei größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen 2021

Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer, Vizepräsident des Fiskalrates und Universitätslektor, Experte im Budgetausschuss des österreichischen Nationalrates und Mitglied im Beirat für Wirtschafts-

und Sozialfragen

_21 JAHRESTHEMA: SOLIDARITÄT UND KRISE

BAUSTELLEN UND HERZENANLIEGEN

Christoph Wiederkehr, Vizebürgermeister von Wien,

Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz

Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

_22 RUSSIA ON THE WORLD STAGE

RUSSIA AND THE NAVALNY DEMONSTRATIONS

Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs, New School

University, New York

_27 JAHRESTHEMA: MIGRATION-DIASPORA-FLUCHT

RÜCKKEHR IN DIE FREMDE HEIMAT

Die vertriebenen Dichter und Denker und die ernüchternde

Wirklichkeit in Nachkriegseuropa

Franz Vranitzky, Gründungs- u. Ehrenpräsident des Kreisky Forums

Herbert Lackner, Journalist, Autor

_28 HEGEMONIES AND ALLIANCES

ARMED FORCES IN THE MIDDLE EAST: THE CASE OF IRAQ

Webinar under Chatham House Rule

Curated by **Walter Posch** and **Daniel Gerlach**

_29 GENIAL DAGEGEN

›KAMPFTAG IST JEDER TAG‹

Willi Mernyi, Leitender Sekretär des ÖGB für Organisation und

Koordination, Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich



J. Friedrichs



H. Swoboda



M. Erkurt



H. Pick

MAY

_3 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE
 KREISKY-BRANDT-JERUSALEM SYMPOSIUM
 CIVIC VERSUS ETHNO-CULTURAL NATIONALISM AND MAJORITY VERSUS MINORITY

_3 TRANSATLANTICA
 FROM TRUMP TO BIDEN: ISOLATIONISM AND INTERNATIONALISM IN U.S. STATECRAFT
 Charles Kupchan, Senior Fellow at the Council on Foreign Relations (CFR), Professor of International Affairs, Georgetown University, White House Advisor for the Obama and Clinton Administrations
 Raimund Löw, Historian and Journalist, Director of Falter Radio
 Eva Nowotny, Board Member of BKF, Ambassador ret.

_4 PHILOXENIA
 THE LURE OF GREATNESS – AND SMALLNESS
 How the EU Should Deal with China and Scotland
 Anthony Barnett, Journalist, Author, Co-Founder of Open Democracy

_5 JAHRESTHEMA: MIGRATION – DIASPORA - FLUCHT
 WAS FLUCHT UND EXIL MIT KINDERN HEUTE MACHT
 Kuratoren: Ruth Wodak, Lancaster University, Ernst Berger, Vienna University
 Symposium

_5 REGIONALISM AND BORDERS
 THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS
 University of Manchester Book Talk
 Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston
 Bashir Bashir, Open University of Israel
 Moshe Behar, Associate Professor and Programme Director, Arabic & Middle Eastern Studies, University of Manchester
 Nadia Fadil, Associate Professor for Interculturalism, Migration and Minorities Center (IMMRC), University of Leuven

_6 GENIAL DAGEGEN
 WORKING CLASS
 Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können
 Julia Friedrichs, Schriftstellerin, Autorin von Reportagen für ARD, ZDF und Die Zeit

_8 ES IST EIN GUTES LAND. Republikanische Geschichtsstunde(n)
 DIE VERWEIGERER (©Wolfgang Benz)
 Jüdisch-kommunistischer Widerstand
 Robert Schindel, Schriftsteller, Dichter, Lektor, Universität für Angewandte Kunst, Wien

_10 DIE FREIHEIT, FREI ZU SEIN. Gespräche über Demokratie und Solidarität
 MEHR FREIHEITEN FÜR GEIMPFT ODER BESCHRÄNKUNGEN FÜR ALLE?
 Über die neue Freiheit in einer Post-Corona Gesellschaft und die Solidarität in Zeiten von ›Impfprivilegien‹
 Ulrike Guérot, Politikwissenschaftlerin, Publizistin, Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung, Donau-Universität Krems, Gründerin des European Democracy Lab

_12 PHILOXENIA
 WHY WOMEN HAVE BETTER SEX UNDER SOCIALISM
 And Other Arguments for Economic Independence
 Kristen R. Ghodsee, Professor of Russian and East European Studies, Member of the Graduate Group in Anthropology at the University of Pennsylvania, Author, Podcast-Host

_17 GENIAL DAGEGEN
 EINER VON UNS
 Der eigentümliche Erfolg des Bürgermeisters Andreas Babler
 Andreas Babler, Bürgermeister der Stadtgemeinde Traiskirchen

_18 KREISKY FORUM SPECIAL
 BRUNO-KREISKY-PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH
 Sonderpreis ›Arbeitswelten – Bildungswelten‹
 Preisträgerin: Melisa Erkurt für das Buch Generation Haram.
 ›Warum Schule lernen muss, allen eine Stimme zu geben.‹ (Zsolnay Verlag, 2020)
 Anerkennungspreis
 Preisträger: Gerald Knaus für das Buch ›Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl‹ (Piper Verlag, 2019)
 Preis für besondere verlegerische Leistungen
 Preisträger: Falter Buchverlag

_19 HEGEMONIES AND ALLIANCES
 YEMEN AT CROSSROADS
 Webinar under Chatham House Rule
 Curated by Stephan Reiner, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

_20 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
 GRENZEN DER EINIGUNG IN LIBYEN
 Wolfram Lacher, Politikwissenschaftler, Arabist, Afrikanist, Stiftung Wissenschaft und Politik,
 Walter Posch, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

_25 30 JAHRE BRUNO KREISKY FORUM
 Jahrestag der Gründung
 Jubiläumsvideo

_26 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE
 KREISKY-BRANDT CONVERSATIONS IN JERUSALEM
 CRITICAL REFLECTIONS ON THE RECENT DEVELOPMENTS IN PALESTINE/ISRAEL
 Bashir Bashir, Open University of Israel, Senior Research Fellow at the BKF, Vienna and the Van Leer Jerusalem Institute.

_27 WITHOUT BLUEPRINT: YOUNG INTERNATIONALS
 ›WIR‹ GEGEN ›SIE‹
 Rechtspopulistische Diskurse zu Geschlechterthemen
 Jutta Bichl, Absolventin der Universität Wien, Bruno Kreisky Forum
 Ruth Wodak, Sprachwissenschaftlerin, emeritierte Professorin für Diskursforschung an der Universität Lancaster, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bruno Kreisky Forums

_31 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE
 KREISKY-BRANDT-JERUSALEM SYMPOSIUM
 THE RIGHT TO NATIONAL SELF-DETERMINATION AND SOVEREIGNTY: Statist Interpretation Versus Federalism
 Bashir Bashir, Open University of Israel, Senior Research Fellow at the Bruno Kreisky Forum, Vienna and the Van Leer Jerusalem Institute.

JUNE

_1 BORDERS.GRENZEN UND IDENTITÄTEN
 ›OH, WHAT A TANGLED WEB WE WEAVE‹
 Unasking Europe's Jewish Question
 Brian Klug, Philosoph, University of Oxford

_8 JAHRESTHEMA: SOLIDARITÄT UND KRISE
 LACHEN UND STERBEN
 Franz Schuh, Schriftsteller, Essayist
 Armin Thurnher, Journalist und Publizist, Herausgeber des Falter

_9 PHILOXENIA
 INVISIBLE WALLS
 A Journalist in Search of Her Life
 Hella Pick, Journalist, former UN-correspondent for the Guardian

_11 DIE FREIHEIT, FREI ZU SEIN. Gespräche über Demokratie und Solidarität
 WELCHE BEDINGUNGEN MUSS EINE GERECHTE GESELLSCHAFT SCHAFFEN, UM GEWALT GEGEN FRAUEN UND FEMIZIDE ZU VERHINDERN?
 Carolin Emcke, Autorin und Publizistin

_14 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE
 KREISKY-BRANDT-JERUSALEM SYMPOSIUM
 LIBERAL DEMOCRACY AND BINATIONALISM IN ISRAEL/PALESTINE
 Bashir Bashir, Open University of Israel, Senior Research Fellow at the BKF, Vienna and the Van Leer Jerusalem Institute.

_15 ZERRISSENE JAHRE
 AM SEE
 Reise zu meinen Vorfahren in Krieg und Frieden
 Kapka Kassabova, Autorin, Journalistin

_16 GENIAL DAGEGEN
 WOHIN GEHT DEUTSCHLAND?
 Wolfgang Schmidt, SPD-Politiker, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen



A. Förderl-Schmidt | G. Levy



R. Löw | E. Nowotny



N. Yilmaz | R. Misik | G. Valchars



H. Mayer

_17 TRANSATLANTICA

WAS TUN WIR MIT EUROPA?

John Kornblum, Diplomat i.R., ehem. Deutschland-Chef der US-Investmentbank Lazard

Eva Nowotny, Botschafterin i.R., Vorstandsmitglied des BKF
Raimund Löw, Außenpolitikexperte und langjähriger Auslands-korrespondent des ORF

_21 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE

HAS ISRAEL CROSSED A LINE?

Gideon Levy, Haaretz Columnist and a Member of the Newspaper's Editorial Board

Alexandra Förderl-Schmid, Deputy editor-of Süddeutsche Zeitung

_21 KREISKY FORUM SPECIAL

ARI RATH PREIS-VERLEIHUNG

Begrüßung: **Franz Vranitzky**, Bundeskanzler a.D., Gründungs-und Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums

Begründung der Jury: **Gertraud Auer Borea d'Olmo**, Vorsitzende der Jury

Hauptpreis: **Thomas Seifert**, stv. Chefredakteur der Wiener Zeitung

Laudator: **Oliver Rathkolb**, Univ. Prof., Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien

Ehrenpreis: **Gideon Levy**, Kolumnist, Mitglied der Redaktion von Haaretz

Laudatorin: **Alexandra Förderl-Schmid**, stv. Chefredakteurin der Süddeutschen Zeitung

Musik: **Isabel Frey**, Sängerin und Social Justice Aktivistin

_22 JAHRESTHEMA:

SOLIDARITÄT UND KRISE. DER WIENER JUGENDANWALT

Über Extremismus-Prävention und Demokratieförderung

Ercan Nik Nafs, Kinder- und Jugendanwalt der Stadt Wien

Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

**_24 HEGEMONIES AND ALLIANCES
DSCHIHADISMUS IN ÖSTERREICH**

Eine gefährliche Szene mit großer ideologischer Strahlkraft

Guido Steinberg, Islamwissenschaftler, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

_28 KREISKY FORUM SPECIAL

BRUNO-KREISKY-PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH

Hauptpreis

Preisträger: **Roger de Weck**

Preis für das publizistische Gesamtwerk

Preisträger: **Ruth Wodak** und **Paul Lendvai**

Preisverleihung durch die Präsidentin des Karl-Renner-Instituts, NR-Präsidentin **Doris Bures**

_29 GENIAL DAGEGEN

KONFLIKTE UM NACHHALTIGKEIT

Sighard Neckel, Professor für Soziologie, Universität Hamburg

**_30 DIE FREIHEIT, FREI ZU SEIN.
Gespräche über Demokratie und Solidarität**

VERERBTE BILDUNGSCHANCEN

Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt

Betina Aumair, Literaturwissenschaftlerin, Autorin, Gender und Diversity-Beauftragte in der Erwachsenenbildung

Esra Özmen, Rapperin, bildende Künstlerin, Performerin, Workshop-Leiterin für Rap/Gesang/Reimen/Texte

JULY

_6 WITHOUT BLUEPRINT: YOUNG INTERNATIONALS

WEM GEHÖRT DIE STADT?

Nadine Cobbina, freie Journalistin, Medienfachfrau, Mitbegründerin der IG Clubkultur

Ilkim Erdost, Geschäftsführerin der Wiener Jugendzentren

Rihab Toumi, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wiens

Nathalie Luftensteiner, Bruno Kreisky Forum

SEPTEMBER

_2 HEGEMONIES AND ALLIANCES

SYRIA TRACK 2 – MEETING ›COUNCIL OF THE SYRIAN CHARTA‹

_7 GENIAL DAGEGEN

FÜR LIEBE BIN ICH NICHT ZUSTÄNDIG

Helene Klaar, Rechtsanwältin, Autorin

_8 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

AFGHANISTAN – WIE GEHT ES WEITER?

Magdalena Kirchner, Politologin, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul

_13 ES IST EIN GUTES LAND.

Eine republikanische Geschichtsstunde

DAS PRIVATE IST POLITISCH: MARIANNE UND OSCAR POLLAK

Helmut Konrad, Historiker, ehem. Rektor der Universität Graz, Autor

_14 PHILOXENIA

MR. WILDER AND ME

Jonathan Coe, Novelist and Writer

_15 GENIAL DAGEGEN

STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT UND INTEGRATION

Gerd Valchars, Politikwissenschaftler, Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien

Nurten Yilmaz, Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ

Manfred Matzka, Verfassungs- und Verwaltungsrechtler, Sektionschef i.R., Publizist

_16 JAHRESTHEMA: SOLIDARITÄT UND KRISE

SOLIDARITY IN CRISIS – PERSPECTIVES FROM THE MIDDLE EAST

Solidarity in Crisis

Aziz Alazmeh, University Professor at Central European University, Co-Director of the Striking from the Margins Project, CEU Vienna

Strangers, diasporas and transregional connections

Valentina Zagaria, Post-doctoral research Fellow Striking from the Margins, CEU Vienna and Visiting Fellow IRMC, Tunis

Sectarian and anti-sectarian solidarities in the Arab Mashriq:

A decade in review

Harout Akdedian, Senior post-Doctoral research Fellow Striking from the Margins, CEU and Visiting Scholar Portland State University, Middle East Studies Centre

National fragmentation and tribal solidarity: Lessons from Syria and Iraq

Haian Dukhan: Post-Doctoral Research Fellow Striking from the Margins, CEU and Fellow of the Centre for Syrian Studies at the University of St Andrews

_17 GENIAL DAGEGEN

BIDENOMICS

Jeffrey Sachs, Economist, Director of the Center for Sustainable Development at Columbia University, Public Policy Analyst

_20 TRANSATLANTICA

ZUKUNFT DER DIPLOMATIE

Teresa Indjein, Botschafterin, Geschäftsleiterin Internationale Kulturbeziehungen, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Martin Sajdik, Diplomat, ehem. Sonderbevollmächtigter der OSZE in der Ukraine

Friedrich Stift, Direktor der Austria Development Agency, davor Botschafter in Peking

Eva Nowotny, Botschafterin i.R., Vorsitzende des Universitätsrats der Universität Wien

_22 HEGEMONIES AND ALLIANCES

DER KALTE KRIEG AM GOLF

Guido Steinberg, Islamwissenschaftler, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP),

_23 KREISKY FORUM SPECIAL

30 JAHRE BRUNO KREISKY FORUM – FESTVERANSTALTUNG

_24 GENIAL DAGEGEN

WELT IM LOCKDOWN

Die globale Krise und ihre Folgen

Adam Tooze, Wirtschaftshistoriker, Autor, Professor an der Columbia University, New York

_27–28 WOMEN IN DIALOGUE

UNSCR 1325 - TWENTY YEARS DOWN THE ROAD

A regional view on Participation, Protection, Prevention, Relief and Recovery

International Conference under Chatham House Rule

_30 GENIAL DAGEGEN

RECHTSSTAAT IN GEFAHR?

Heinz Mayer, Verfassungs- und Verwaltungsjurist, em. Universitätsprofessor an der Universität Wien und ehem. Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Autor

OCTOBER

_4 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING

THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE

KREISKY-BRANDT-JERUSALEM SYMPOSIUM – PHASE 2

THE HOLOCAUST AND THE NAKBA

Amos Goldberg, Associate Professor at the Department of Jewish History and Contemporary Jewry, Fellow at the Research Institute of Contemporary Jewry, Hebrew University Jerusalem

_4 GENIAL DAGEGEN

EINE NEUE ÄRA FÜR DEUTSCHLAND

Kevin Kühnert, stellvertr. Vorsitzender der SPD, Bezirksverordneter der SPD in Berlin Tempelhof-Schöneberg, Mitglied des Deutschen Bundestags

_6 PHILOXENIA

FROM GENOCIDE TO EXOCIDE

How a Legal Definition of Climate Crimes Could Change

the Fight against Climate Change

Philippe Sands, Author and International Lawyer

Kreisky Forum at Café Book Shop Singer



K. Kühnert



M. Schulz



C. Kahlweit



K. Rogenhofer

_7 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
DER NAHE UND MITTLERE OSTEN 10 JAHRE NACH DEM ARABISCHEN FRÜHLING UND 20 JAHRE NACH 9/11: Dynamiken und Prozesse des politischen, sozialen und religiösen Wandels
Reinhard Schulze, Islamwissenschaftler, Direktor, Forum Islam und Naher Osten, Universität Bern

_8 JAHRESTHEMA: MIGRATION – DIASPORA – FLUCHT
DAS WOHL DES KINDES IM ASYL- UND BLEIBERECHT
Eine Diskussion über den Bericht der Kindeswohlkommission
 Kuratoren: **Ruth Wodak**, Lancaster University
Ernst Berger, Universität Wien
 Symposium

_11 JAHRESTHEMA: SOLIDARITÄT UND KRISE
CHANCEN ERKENNEN UND MÖGLICHKEITEN NUTZEN
Krisenmanagement und Zukunftsperspektiven in Wien
Peter Hanke, Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales
Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

_12 AUF DER SUCHE NACH EUROPA
FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, RENNER INSTITUT UND KREISKY FORUM
ERNEUERUNG DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIEN
 Begrüßung: **Franz Vranitzky**, Gründungs- und Ehrenpräsident des BKF
 Vorstellung der Wiener FES-Büros: **Sabine Fandrych**, Geschäftsführendes
 Vorstandsmitglied der FES
Wie können wir die europäischen Demokratien erneuern?
Martin Schulz, Vorsitzender der Friedrich Ebert Stiftung,
 ehem. Präsident des Europäischen Parlaments
Doris Bures, Zweite Nationalratspräsidentin, Präsidentin
 des Karl-Renner-Instituts
Philipp Ther, Professor für Osteuropäische Geschichte, Universität Wien
Timea Szabo, Ko-Vorsitzende von Párbeszéd (Dialog), Ungarn
Martin Schulz, Vorsitzender der FES, Präsident des EU-Parlaments a.D.
 Moderation: **Johanna Lutz**, Leiterin des FES Regionalbüros, Demokratie
 der Zukunft, Wien

13 WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE
MENSCHENRECHTSPOLITIK MIT HANDLUNGSBEDARF
Manfred Nowak, Generalsekretär des Global Campus of Human
 Rights, Venedig, Vorstandsmitglied im Wiener Forum für Demokratie
 und Menschenrechte, Gründer des Ludwig Boltzmann-Instituts für
 Menschenrechte
Ruth Wodak, Sprachsoziologin, Diskursforscherin, Beirätin im Wiener
 Forum für Demokratie und Menschenrechte,
 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bruno Kreisky Forums

_14 DEMOKRATIE RELOADED
POLITIK MIT HALTUNG
 Erstpräsentation des Buches **Franz Vranitzky. Politik mit Haltung** von
Margaretha Kopeinig
 Begrüßung und Moderation: **Rudolf Scholten**, Präsident des BKF
Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., Gründungs- und Ehrenpräsident
 des Bruno Kreisky Forums
Sabine Gruber, Schriftstellerin, Publizistin
David Schalko, Regisseur, Schriftsteller

_18 PHILOXENIA
VERSAGT EUROPA?
Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin, Vorsitzende der Grundwerte-
 kommission der SPD

_19 AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT
KONFLIKTLANDSCHAFTEN DES SÜDSUDAN
Fragmente eines Staates
Jan Pospisil, Politikwissenschaftler, Forschungsdirektor am Österreich-
 ischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ASPR),
 Privatdozent an der Universität Wien
Ishrage Mustafa Hamid, Schriftstellerin, Übersetzerin,
 Politikwissenschaftlerin, Journalistin

_21 AUF DER SUCHE NACH EUROPA
UNGARN 1956 – 2021
Zum 65. Jahrestag des Ungarn-Aufstands im Herbst 1956
Paul Lendvai, Publizist, Autor und Osteuropa-Experte, Leiter des
 Europa-Studios des ORF und Kolumnist bei Der Standard
Cathrin Kahlweit, Korrespondentin für Mittel- und Osteuropa
 der Süddeutschen Zeitung

NOVEMBER

_3 DIE FREIHEIT, FREI ZU SEIN.
Gespräche über Demokratie und Solidarität
AUFSTAND DER KÖRPER
Warum wir Schönheit politisch sehen müssen
Elisabeth Lechner, Kulturwissenschaftlerin, Feministin, Referentin für
 Digitales AK Wien

_4 GENIAL DAGEGEN
ERZÄHL MAL, CHARLY!
Karl Blecha, BM a.D., Abg.z.NR a.D., Politiker und Meinungsforscher,
 zuletzt Obmann des Österreichischen Pensionisten-Verbandes

_7 KREISKY FORUM SPECIAL
WIENER FREUNDESKREIS DES JÜDISCHEN MUSEUMS HOHENEMS
 Gründungsabend im Bruno Kreisky Forum

_8 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING
THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE
KREISKY-BRANDT-JERUSALEM SYMPOSIUM – PHASE 2
ON CONFEDERATION IN ISRAEL/PALESTINE AND WHEN
SETTLERS BECOME NATIVE
Raef Zreik, Jurist, Scholar, Co-Director of the Minerva Humanities
 Center Tel Aviv University

_8 PHILOXENIA
WAS HENRY KISSINGER RIGHT AFTER ALL?
The Grandmaster's Name of Pragmatic Realism in World Politics
Returns to the Conversation
Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs, New School
 University, New York

BUCH WIEN 2021 IM KREISKY FORUM
_11 GENIAL DAGEGEN
ZWISCHEN GLOBALISMUS UND DEMOKRATIE
Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus
Wolfgang Streeck, Soziologe, Direktor emeritus am Max-Planck-
 Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, Autor

BUCH WIEN 2021 IM KREISKY FORUM
_12 GENIAL DAGEGEN
WOZU RASSISMUS? Von der Erfindung der Menschenrassen bis
zum Rassismus kritischen Widerstand
Aladin El-Mafaalani, Soziologe, Professor für Erziehungswissen-
 schaften, Universität Osnabrück

_15 GENIAL DAGEGEN
ÄNDERT SICH NICHTS, ÄNDERT SICH ALLES
Warum wir jetzt für unseren Planeten kämpfen müssen
Katharina Rogenhofer, Klimaaktivistin, Sprecherin des Klimavolks-
 begehrens, Mitbegründerin von Fridays for Future Österreich

_16 REGIONALISM AND BORDERS
THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS
Rethinking Israel/Palestine
 Book Talk at Jüdisches Museum Hohenems
Bashir Bashir, Open University of Israel
Hanno Loewy, Direktor des JMH
Gertraud Auer Borea d'Olmo, Bruno Kreisky Forum

_17 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES
AFGHANISTAN, QUO VADIS?
Manizha Bakhtari, Diplomat, Lecturer and Author; currently
 Ambassador of the Islamic Republic of Afghanistan

_18 REGIONALISM AND BORDERS
TELL ME THE END: SHORT TAKES ON BEING PALESTINIAN
Life in a Country – The Luxuriance and Longing of Deracination
 Introduction: **Bashir Bashir**, Open University of Israel
 Key Note: **Nathalie Handal**, Poet and Writer; Professor, New York
 University Abu Dhabi
 Moderator: **Refqa Abu-Remaileh**, Professor of Modern Arabic Literature
 and Film at the Department of Semitic and Arabic Studies at
 Freie Universität Berlin

19–20 REGIONALISM AND BORDERS
ARAB JEWISH ENGAGEMENTS
EXILE, RESISTANCE AND UNIVERSAL RESONANCE
 Workshop under Chatham House Rule



K. Stocker



E. Menasse

_20 JAHRESTHEMA: MIGRATION – DIASPORA – FLUCHT

DAS WOHL DES KINDES IM ASYL- UND BLEIBERECHT

Eine Diskussion über den Bericht der Kindeswohlkommission
 Kuratoren: **Ruth Wodak**, emerit. Lancaster University
Ernst Berger, Vienna University

_22 TRANSATLANTICA

THE AGE OF UNPEACE: HOW CONNECTIVITY CAUSES CONFLICT

Mark Leonard, Political Scientist, Author, Director of ECFR

_24 ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

WOMEN IN LIBYA: CONFLICTED REALITIES AND HOPES

Asma Khalifa, Libyan Women's Rights and Peace Activist, Researcher

DECEMBER

_2 AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT

DER TIGRAY KONFLIKT

Ein Pulverfass für das Afrikanische Horn

Belachew Gebrewold, Professor für Politikwissenschaft und Migration, Innsbruck
Gerald Hainzl, Institute für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

_6 ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE

KREISKY-BRANDT-JERUSALEM SYMPOSIUM - PHASE 2

THE MIZRAHI OPTION FOR DECOLONIZING ISRAEL/PALESTINE

Orly Noy, Editor at Local Call, Political Activist, Translator of Farsi Poetry and Prose. Member of B'Tselem's Executive Board and Activist with Balad Political Party

_9 ES IST EIN GUTES LAND.

Eine republikanische Geschichtsstunde

VORWÄRTS IN DIE ZUKUNFT: DIE REVOLUTIONÄREN 70ER JAHRE
Kurt Stocker, Filmproduzent, Mitbegründer Instituts für Kulturstudien

_13 GENIAL DAGEGEN

DIE ERSCHÖPFUNG DER FRAUEN

Wider die weibliche Verfügbarkeit

Franziska Schutzbach, Soziologin, Geschlechterforscherin, Publizistin

_21 PHILOXENIA

VON GRENZEN UND ABGRÜNDE

Betrachtungen über die besondere Lage Österreichs

Eva Menasse, Schriftstellerin

_30 JAHRESTHEMA: SOLIDARITÄT UND KRISE

IM DIENSTE DER MENSCHLICHKEIT

Zum 50. Geburtstag von Ärzte ohne Grenzen

Reinhard Dörflinger, Arzt für Allgemeinmedizin, ehem. Vorsitzender von Ärzte ohne Grenzen Österreich, Mitglied des Vorstands von Médecins Sans Frontières International

MIGRATION – DIASPORA - FLUCHT

Es gibt mehr vertriebene Menschen weltweit als je zuvor und humanitäre Krisen ereignen sich oft an instabilen und unerreichbaren Orten. Eine Gruppe, deren Bemühungen Anerkennung erhalten, sind Diasporas. Diasporas setzen sich aus ehemaligen Migrant-innen und Geflüchteten zusammen, die eine Rolle darin spielen können, ihr Herkunftsland durch Fundraising, Entwicklungsarbeit und in manchen Fällen politische Tätigkeiten zu unterstützen. Da Vertretungen wie die Internationale Organisation für Migration und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen die Fähigkeiten und das Wissen von Diasporas erkannt haben, bieten sie praktische Programme für qualifizierte Diaspora Mitglieder an, um sie dabei zu unterstützen, temporär in ihr Herkunftsland zurückzukehren, um dort Schulungen in ihrem Fachgebiet zur Verfügung zu stellen. Aufnahmelande können die beachtlichen Diasporas, die innerhalb der eigenen Gemeinschaft ansässig sind, anerkennen. Dies beinhaltet auch die Anerkennung der politischen Bedeutung von Diasporas, was auch als ein Frühwarnsystem für veränderte Entwicklungen in ihren Herkunftsländern dienen könnte.

JAHRESTHEMEN – FOCUS 2021



M. H. Šunjić | E. Meinhart



J. Kohlenberger | M. Berger | G. Auer Borea d'Olmo | R. Wodak

DIE VON EUROPA TRÄUMEN

Wie Flucht und Migration ablaufen

Melita Šunjić, Publizistin und Politikwissenschaftlerin, ehem. Sprecherin des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR)

Edit Meinhart, Journalistin, Profil

In Zusammenarbeit mit dem Picus-Verlag

Die ganze Welt spricht über Flüchtlinge und Migranten, Melita H. Šunjić, langjährige Pressesprecherin des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen, spricht mit ihnen.

In den vergangenen Jahren führte Melita H. Šunjić Interviews in Asien, Afrika und Europa. Sie sprach mit Menschen, die die Absicht hatten, nach Europa zu kommen, die sich auf dem Weg befanden oder schon angekommen waren. In ihrem Buch erörtert sie die wichtigsten Begriffe und Zusammenhänge der Migrationsdebatte und geht mit der europäischen Migrationspolitik ins Gericht, die seit Jahren erfolglos auf der Stelle tritt. Darüber hinaus gibt sie Betroffenen eine Stimme und lässt sie von Flucht und Migration erzählen: Warum kommen sie, wie kommen sie, was haben sie sich erträumt und was finden sie tatsächlich vor? Prototypische Fallgeschichten führen dramatische Lebensrealitäten vor Augen und zeigen, wie Schlepper- und Menschenhändlerlinge funktionieren und welche Rolle soziale Medien dabei spielen.

Jede Geschichte ist anders und trotzdem ein Muster für die ›typische‹ Flucht: aus Afghanistan, Syrien, Afrika und anderen Regionen. Melita Šunjić hat aus vielen Fallgeschichten eine fiktionalisierte Erzählung von wahren Einzelgeschichten geschrieben. Jedes Herkunftsland hat andere Fluchtmechanismen, allen ist gemeinsam das Narrativ des Erfolges, einen Misserfolg kann man nicht erzählen. Man muss sich selber eingestehen, dass sich die Migration gelohnt hat, man redet es sich schön, auch wenn die Realität schmerzhaft und unerträglich ist. Frauen auf der Flucht haben mit zusätzlichen Gefahren von extremer sexueller Gewalt zu rechnen, allerdings wird nicht darüber gesprochen aus Scham. ›Dort Angst vor der Zukunft, hier Angst vor der Zukunft‹ ist den meisten gemein und das Drama vor der Flucht nur mit dem Blick nach vorne nach dem Asyl zu beschreiben.

Die Tatsache, dass niemand kommen kann, dass es keine legale Migration nach Europa gibt, liegt allen diesen Tragödien zugrunde. Die Tragik des Scheiterns, wenn sie abgeschoben werden und zurückkommen, zerstört Familien, die alle ökonomischen Ressourcen zusammengekratzt haben um einen von ihnen die Flucht zu ermöglichen. Wie Paul Scheffer, der niederländische Migrationsexperte es nennt: ›Migration ist Opfer für die Kinder‹.

Einzigster Ausweg aus diesem Teufelskreis wäre eine zirkuläre Migration, eine Art Gastarbeiter-Programm 2.0 für eine bestimmte Zeit, Ausbildungs- und Arbeitsaufenthalte, die Lernen und ein erfolgreiches Zurückkommen möglich machen könnten. Das derzeitige System von viel zu teuren Asylverfahren, von Ausbildung und dann Abschiebung gehört zur Doppelbödigkeit der gesamten Flucht- und Migrationsfrage. Das Leben in Europa ist nicht unbedingt der Traum, sondern ein besseres Leben in den Herkunftsländern. Migration muss in vernünftige Bahnen gelenkt werden, fordert Melita Šunjić, dann kann sie auch ein Treiber für Entwicklung werden.

RÜCKKEHR IN DIE FREMDE HEIMAT

Die vertriebenen Dichter und Denker und die ernüchternde Wirklichkeit in Nachkriegseuropa

Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., Gründungs- und Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums

Herbert Lackner, Journalist, Autor

In Zusammenarbeit mit dem Ueberreuter-Verlag

Nur ein Teil der 440.000 vor den Nazis aus Deutschland und Österreich Geflüchteten kehrt nach 1945 zurück. Willkommen sind sie nicht immer. In diesem Buch geht es um die Rückkehr in Länder, die sich oft hartnäckig weigern, ihre jüngere Geschichte aufzuarbeiten. Es geht um Willy Brandt, Thomas Mann, Robert Stolz, Bruno Kreisky, Alma Mahler-Werfel, Bertolt Brecht und viele andere.

Rückkehr in die fremde Heimat ist der dritte Teil von Herbert Lackners Kulturgeschichte-Trilogie. Mit dieser Trilogie, begonnen im Zeichen der Flüchtlingskrise von 2015/16, wollte Herbert Lackner, wie er im Gespräch mit Franz Vranitzky erzählt, zeigen, dass Flüchtlinge nicht immer aus Syrien, Afghanistan oder dem Sudan kommen, sondern das vor gar nicht so langer Zeit Menschen aus der Wiener Taborstraße, aus Graz, Eisenstadt oder Berlin fliehen mussten. Nur ein Fünftel der vor den Nazis aus Österreich geflohenen Menschen kam nach Kriegsende zurück. Selbst dieser kleine Teil wurde keineswegs mit offenen Armen empfangen. Bemerkenswert ist, sagt Franz Vranitzky, wie sich einige der ›Nicht-Willkommenen‹ durchkämpften. Die Bandbreite reicht von Politikern wie Bruno Kreisky bis zu Theaterleuten.

Und wie ging Nachkriegs-Österreich mit ehemaligen Nazis um? Die Nachkriegsjustiz, die zunächst strenge Urteile gegen Täter gefällt hatte, wurde rasch großzügig. Spätestens 1957 wurden die letzten Nazis begnadigt. Und die politischen Parteien buhlten um die Stimmen von 700.000 (ab 1949 wieder wahlberechtigten) ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und ihrer Angehörigen. Vranitzky thematisierte auch,



F. Vranitzky



H. Lackner

dass in den Emigrationsländern zunächst gegen Faschismus und die NS-Diktatur gekämpft wurde; nach dem Krieg verschoben sich oft die Fronten: Hauptfeind wurde der Kommunismus. Lackner verwies dazu auf Friedrich Torberg, der in den USA im Auftrag des FBI Bert Brecht bespitzelt hatte. 1948 musste sich dieser vor dem Komitee des Repräsentantenhauses ›gegen unamerikanische Umtriebe‹ verteidigen und schließlich die USA verlassen. Über die DDR kam er nach Österreich, wo Torberg in seiner (mit CIA-Mitteln gegründeten) Zeitschrift Forum und Zeitungskolumnen gegen ihn und andere Re-Immigranten kampa-gniserte. ›Lackners Trilogie stellt Dinge dar und richtig, die vorher nicht oder falsch gesehen wurden‹, sagt Vranitzky. ›Es sind zutiefst politische Bücher, die in unsere Zeit hineinragen. Haben wir heute großen Handlungsbedarf?‹ Lackner dazu: ›Jedenfalls haben wir die Pflicht zur Wachsamkeit.‹

WAS FLUCHT UND EXIL MIT KINDERN HEUTE MACHT

Kuratoren: **Ruth Wodak** und **Ernst Berger**

In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung

Flucht und Exil bedeuten für Kinder fast immer schwere und nachhaltig wirksame Belastungen. Der Schutz des Kindeswohls wird daher in allen internationalen und nationalen Rechtsnormen als vorrangiges Prinzip definiert. Der Umgang damit in der Realität des politischen Alltags ist allerdings meist ein anderer und nimmt die Traumatisierung von Kindern in Kauf.

Anlässlich des 5. Mai, des ›Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus‹, diskutierten österreichische Expert:innen diese Zusammenhänge aus psychosozialer, historischer, soziologischer, soziolinguistischer und rechtlicher Perspektive. Interessierte hatten die Möglichkeit, über Zoom und Facebook an der Diskussion teilzunehmen.

Teilnehmer:innen

Ernst Berger, Kinder- und Jugendpsychiater, Med. Universität Wien

Gerald Knaus, Soziologe, European Stability Initiative, Berlin

Manfred Nowak, Univ. Prof für Menschenrechte, Wien; Generalsekretär des Global Campus Human Rights, Venedig

Nora Ramirez-Castillo, Psychologin und Psychotherapeutin, Hemayat

Christoph Reinprecht, Soziologe, Vizerektor, Universität Wien

Anna Sporrer, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichtshofs

Philipp Ther, MA., Historiker, Universität Wien

Ruth Wodak, Sprachsoziologin und Diskursforscherin, University Lancaster/Universität Wien

Lisa Wolfsegger, Asyl Koordination Österreich, Expertin für Kinderflüchtlinge

Birgit Ulla Wurm, Kinderpsychiaterin, Psychosozialer Dienst, Eisenstadt

Programm

Einleitung: **Ruth Wodak**, **Ernst Berger**

Panel 1: FLUCHT UND TRAUMA

Birgit Ulla Wurm: ›Aspekte psychotherapeutischer/psycho-educativer Arbeit mit Eltern aus dem Lager Kara Tepe – ein Erfahrungsbericht‹

Lisa Wolfsegger: ›Wir haben zwei Arten von Kindern – Kinder und Kinderflüchtlinge‹

Nora Ramirez-Castillo: ›Verletzt und stark zugleich: Geflüchtete Kinder und Jugendliche‹

Diskutant: **Christoph Reinprecht**

Panel 2: FLUCHT UND MENSCHENRECHTE

Manfred Nowak: ›Freiheitsentzug von Kindern‹

Anna Sporrer: ›Das Kindeswohl in asyl- und fremdenrechtlichen Verfahren‹

Gerald Knaus: ›Mitgefühl, Völkerrecht und Gewalt – Lässt sich die Flüchtlingskonvention noch retten?‹

Diskutant: Philipp Ther

DAS WOHL DES KINDES IM ASYL- UND BLEIBERECHT Eine Diskussion über den Bericht der Kindeswohlkommission

Kuratoren: Ruth Wodak und Ernst Berger

In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung

Teilnehmer-innen:

Ernst Berger, Kinder- und Jugendpsychiater, Med. Universität Wien, Mitglied der Kindeswohlkommission

Maria Berger, Juristin, ehem. Justizministerin und ehem. Richterin des Europäischen Gerichtshofs

Irmgard Griss, Juristin, Leiterin der Kindewohlkommission, ehem. Präsidentin des OGH, Leiterin der Kindeswohlkommission

Gerald Knaus, Soziologe, European Stability Initiative, Berlin

Nora Ramirez-Castillo, Psychologin und Psychotherapeutin, Hemayat

Christoph Reinprecht, Soziologe, Vizerektor, Universität Wien

Philipp Ther, MA., Historiker, Universität Wien

Ruth Wodak, Sprachsoziologin und Diskursforscherin, University Lancaster/Universität Wien

Lisa Wolfsegger, Expertin für Kinderflüchtlinge, Asyl Koordination Österreich

Programm:

Einleitung: Ruth Wodak, Ernst Berger

Panel 1: Kann der Bericht der Kindeswohlkommission an der österreichischen Praxis etwas verändern?

Vortrag: Irmgard Griss

Discussants: Lisa Wolfsegger, Nora Ramirez-Castillo, Christoph Reinprecht

Panel 2: Internationale Perspektiven zu Kinderrechten im Asyl- und Fremdenrecht

Vortrag: Maria Berger

Discussants: Gerald Knaus, Philipp Ther

Das Symposium basierte auf Ereignissen in Moria und Lesbos, und der mangelnden Bereitschaft zur Aufnahme der Flüchtlingskinder. Als in weiterer Folge eine Abschiebung georgischer Mädchen unter großem medialem Interesse erfolgte, wurde eine Kommission eingesetzt, um die Situation der Kinder im Asyl und Fremdenrechtsverfahren zu prüfen, und Empfehlungen in einem Bericht zu präsentieren. Irmgard Griss, Vorsitzende des KWK hatte freie Hand für die Zusammensetzung der Kommission. Das Fazit von Irmgard Griss lautete: Auf internationaler Ebene ist die Absicherung sehr gut, aber der Weg zum einzelnen Kind ist weit.

Der Bericht stützte sich neben der Auswertung von Bescheiden und Urteilen auf die Befragung von Kinder- und Jugendanwälten, Besuch bei Kindern im Lager in Traiskirchen und es wurde auch mit Kindern gesprochen, die Österreich verlassen mussten. www.bmj.gv.at/

Lisa Wolfsegger, wies auf mangelnde finanzielle Ressourcen hin, die eine Betreuung von Jugendlichen schwer mache. Sie bestätigte vor allem das Problem der Obsorge und verwies darauf, dass dies unter anderem rechtliche Konsequenzen hätte. Zur Thematik des Verschwindens von Kindern führte sie aus, dass die meisten Kinder in der Bundesbetreuung verschwinden.

Nora Ramirez-Castillo von der Organisation Hemayat wies auf die psychischen Belastungen des Asylverfahrens hin, vor allem durch Retraumatisierung durch Polizeieinsätze, oftmaligen Wechsel der Lebensorte und mangelnde Möglichkeit eine Beziehung zu einer Bezugsperson aufzubauen.

Maria Berger erläuterte die europäischen rechtlichen Aspekte, die UN-Kinderrechtskonvention und die rechtliche Grundlage in Österreich. Der Bericht der Kindeswohlkommission erscheint Berger ›höflich‹. Die Diskrepanz in der Spruchpraxis ist enorm. Außerdem würde die Kindeswohlprüfung soweit überhaupt zu pauschal stattfinden und sofern auf Kriterien eingegangen wird, diese gegen die Kinder verwendet werden. Kinderschicksal folgt Elternschicksal.

Die von Maria Berger betonten Schwierigkeiten der Rolle von Frontex und ›Pushbacks‹ wurde vom Diskutanten Gerald Knaus aufgegriffen und weiter erörtert. Die systematische Rechtslosigkeit ist eine bewusste Konsequenz des Fehlens einer gemeinsamen europäischen Politik. Die einzige Lösung für Knaus ist die Verbindung von Kontrolle und Menschenwürde. Nur so kann illegale Migration reduziert und gleichzeitig menschenfreundlicher werden.

Philip Ther betonte wie die Hilfsbedürftigkeit der Kinder zu ihrem Nachteil wird, die Incentives für negative Entscheidungen der Behörden sind hoch. Der Umgang mit Migration seit der 2. Ölkrise Anfang der 80-er Jahre ist beständig problematisch. Ansätze sind moralischer Natur, die bedingt wirken, oft gegen teiliges bewirkt. Gerade unbegleitete Minderjährige und Kriegswaisen sollten auf jeden Fall hereingeholt werden. Partner zu finden, die mitspielen, hätte viel mit Motivation zu tun.



M. H. Šunjić



E. Meinhart



E. Berger



Ph. Ther



U. Wurm



I. Griss



M. Berger



R. Wodak



E. Nik Nafs | G. Auer Borea d'Olmo | R. Scholten

SOLIDARITÄT UND KRISE

Solidarität war einmal ein starkes Wort. Heute ist die Gesellschaft tiefer denn je zwischen Arm und Reich gespalten. Natürlich gibt es ein Sozialsystem, das einen Ausgleich bewirkt. Dazu bräuchten wir aber ein neues Verständnis von Solidarität. Wir sollten uns nicht damit begnügen, materielle Not zu lindern, sondern im Anderen uns selbst als Mensch wiedererkennen. Erst durch diese freie Entscheidung zur Mitmenschlichkeit findet eine Gesellschaft wieder zusammen.

Durch die Corona-Pandemie sind unsere Gesellschaften in neuer und besonderer Weise gefordert, Solidarität neu zu denken und anzuwenden.

Eine Forscher-innengruppe um Barbara Prainsack, Politologin an der Universität Wien, widmet sich in ihren »Zeitgenössischen Solidaritätsstudien« der Erforschung von neuen »Lösungsstrategien für einige der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen«, wobei Solidarität »nicht als unspezifischer Begriff, der jegliche prosoziale Praxis bezeichnet« gesehen wird, »sondern als präzise ausdifferenziertes Konzept, das konkrete Anleitungen für Politikgestaltung bieten kann«.

GEWISSEIT IST HOCH IM KURS. ALLE WOLLEN SIE HABEN

Bogdan Roščić, Direktor der Wiener Staatsoper
Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

Mehr als ein Jahr kein regulärer Betrieb wäre für jede Organisation schwer zu bewältigen, noch viel komplizierter ist das in einer so sensiblen Institution wie der Wiener Staatsoper. Was ist die Position der Kunst in einer Gesellschaft, die so sehr mit sich zu kämpfen hat, wie es derzeit allgegenwärtig ist?

In diesen »finsternen Zeiten« für Kultur (© Roščić) gibt es für den Direktor der Staatsoper sowohl Euphorie als auch Frustration, ein Wechselbad der Gefühle. Einerseits wurden durch die neuen technologischen Mittel des Streamings, aber vor allem durch die gute alte Fernsehübertragung, unglaublich viele Zuseher:innen erreicht. Er erinnerte sich, wie in den 1980er Jahren die Familien Samstagabend am Fernsehgerät Opernübertragungen angeschaut haben und reproduzierte diese Form mit dem ORFIII zur Perfektion. Allein die letzte Produktion »Carmen« erreichte so über 300.000 Menschen. Auf der anderen Seite: ein leerer Saal und das Gefühl, dass damit natürlich nicht das Erlebnis des Hörens und Erlebens mit anderen im selben Raum ersetzt werden kann. Viele Details in diesem so großen und schwerfälligen Haus bleiben unbemerkt und werden trotz Kurzarbeit erledigt, Proben, Aufführungen, Kartenrücklauf abwickeln, etc. In den ersten Monaten seiner Direktion hat Roščić auch verschiedene Möglichkeiten von experimentellen und partizipativen Formen begonnen, Überlegungen einer 2. kleineren Spielstätte und Projekte in der Ankerbrotfabrik mit Jugendlichen.

Sein Motto »Aus allen Nachteilen etwas Positives zu machen« versucht er durch Pflöcke einschlagen jetzt umzusetzen. Dabei meinte er, ginge es aufgrund von staatlichen Hilfen Institutionen besser, denn wirklich schwierig wäre die Situation für die freien Künstler:innen. Für die Zeit »danach« wird sich zeigen, wie sehr die behauptete Zentralität von Kunst in der Gesellschaft effektiv verankert sein wird.



B. Roščić



Ch. Wiederkehr

BAUSTELLEN UND HERZENANLIEGEN

Christoph Wiederkehr, Vizebürgermeister von Wien, Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz
Rudolf Scholten, Bundesminister a.D., Präsident des Bruno Kreisky Forums

»Chancen-Ressort« nennt Christoph Wiederkehr im Gespräch mit Rudolf Scholten seinen Zuständigkeitsbereich, denn Bildung, Jugend und Integration gehören zusammen und sind in einer Großstadt wie Wien gemeinsam zu denken. Stolz ist er, dass es erstmals einen eigenen »Transparenzstadtrat« gibt. Politik muss, betont er, offen und transparent sein; sie ist der Bevölkerung, die sie legitimiert, Rechenschaft schuldig.

Was Bildung betrifft, stimmen Scholten und Wiederkehr überein, dass die Pandemie bestehende Probleme deutlicher sichtbar macht. Die von ihr verursachte Ausnahmesituation mit ihren sozialen Folgen führt hoffentlich dazu, alte ideologische Grabenkämpfe – mit Hauptfront Gesamtschule – zu überwinden und den Blick und finanzielle Mittel freizubekommen für das Wesentliche.

In der Bildungspolitik braucht es einen kulturellen und atmosphärischen Wandel: mehr Blick auf gute Leistungen von Schülern oder Pädagogen, mehr Möglichkeiten von Schulen, sich zu vernetzen und voneinander zu lernen. Auch der spätere Quereinstieg in pädagogische Berufe soll forciert werden. Über die Schulen müssen wir auch Integration denken, denn die beste Integrationspolitik ist Bildungspolitik.

Integration ist für Wiederkehr Bring- und Holschuld, ein »Zumutungs- und Aushandlungsprozess«. Der Stellenwert von Einbürgerungen (als Zeichen gelungener Integration), ihre demokratiepolitische Bedeutung (Stichwort Wahlrecht) und finanzielle und bürokratische Hürden wurden ebenfalls erörtert.

Christoph Wiederkehers Schlusswort: »Jede Krise birgt auch Chancen, weil sie Disruption ist und damit Politik die Notwendigkeit gibt, Sachen neu zu denken.«

LACHEN UND STERBEN

Franz Schuh, Schriftsteller, Essayist
Armin Thurnher, Journalist und Publizist, Herausgeber des Falter
 In Zusammenarbeit mit Zsolnay-Verlag

»Den witzigsten Essayisten deutscher Sprache«, einen »Montaigne unserer Tage, bloß ohne Landgut, Amt und Vermögen« nennt Falter-Herausgeber Armin Thurnher den Wiener Schriftsteller Franz Schuh. In Kreiskys Wohnzimmer sind beide Ende Mai 2021 zu einem Gespräch zusammengelassen. Anlass dazu gab Franz Schuhs neues, im Zsolnay-Verlag erschienenes Buch Lachen und Sterben.

Armin Thurnher hat von dieser Begegnung in einer Falter-Kolumne erzählt (gekürzte Wiedergabe):

Ja, wir hatten ein paar Mal telefoniert, ich hatte sein neues Buch »Lachen und Sterben« gelesen und im Falter einen Text dazu geschrieben. Von Angesicht zu Angesicht gesehen hatten wir uns nicht. Unsere Telefonate waren kurz. Franz lag in Spitälern, in Pflegeheimen, auf Intensivstationen, überlebte mehrere Operationen, schaute, wie man so sagt, dem Tod ins Auge. Das kann mit dem schönsten Verstand etwas machen, vom Körper gar nicht zu reden.

Es war also spannend: Wie würde Franz sprechen, wie würde er aussehen? Der Tag begann für mich nicht besonders, ich hatte vorher noch andere Termine, wollte mich routinemäßig auf Corona testen, und meine Frau machte mich darauf aufmerksam, dass ich meine Covid-Gratistests für den Mai noch nicht ab-



A. Thurnher



F. Schuh



F. Schuh



E. Nik Nafs | R. Scholten

geholt hatte (in der Einschicht brauche ich sie selten). So fiel mir auf, dass ich meine Geldtasche nicht eingesteckt hatte, und ich begann sie zu suchen. (...)

Es war natürlich kein Treffen im Kaffeehaus, es war ein Interview, die Präsentation seines Buchs in Form einer kleinen Lesung und eines Gesprächs, in der Kreisky-Villa, dem Sitz des Kreisky Forums für internationalen Dialog. Gern wäre ich, wie es sich gehört, eine Viertelstunde vorher dort gewesen, aber ich war geldtaschenbedingt im Verzug und kam mit dem Auto von auswärts. (...)

Ich schwitzte also, als ich das Zimmer betrat, in dem alles vorbereitet war und nur noch auf mich wartete. Da saß er, der Franz. Meinem Reflex, ihn zu umarmen, wehrten wir beide mit dem Ellbogengruß ab, eine Aggressionsgeste, wie er gleich lächelnd erklärte, das habe er vom Pantomimen Sami Molcho. Diese Ersatzbegrüßungen in der Pandemie – lauter symbolische physische Attacken.

Ganz der Alte! Gewiss, er war leichter geworden, ging aber schwerer. Sah gut aus, statt der Stoppelfrisur trug er die Haare etwas länger, aber sonst gab's da nichts zu bangen, meine Freude wurde medial gebändigt, indem man uns Mikrophone ansteckte, ich wurde aufs Kreisky'sche Blumensofa verwiesen, auf dem sonst Robert Misik und andere Kapazunder sitzen, und teilte Franz mit, was sich der Zsolnay-Verleger Herbert Ohrlinger als Ablauf vorgestellt hatte, dass nämlich er am Anfang etwas lesen und wir dann etwa ein Dreiviertelstündchen miteinander reden sollten.

Spontan wählte er drei Stücke aus seinem zu Recht hymnisch gelobten Buch aus, die Erzählung, wie sein Vater den Herztod verfehlte, mit dem er fix rechnete, dafür aber von einer unterschätzten Bronchitis erwischte wurde, die Geschichte, wie in Hietzing aus einem Wagen der Wiener Bestattung ein Sarg herausrollte und auf dem Pflaster zerschellte, und das Gedicht vom ertrunkenen Rudi (ein Dialektgedicht, das man hören muss, denn erstens trifft auf Schuhs Schriften das Kraus'sche Prädikat ›geschriebene Schauspielkunst‹ zu wie auf wenig anderes, und zweitens wurde er kürzlich zu Recht als Hörspiel-Schauspieler des Jahres ausgezeichnet, für seine Präsentation von Konrad Bayers ›Kasperl am elektrischen Stuhl‹).

Dann redeten wir, und wie das immer ist mit ihm, die Vorbereitung konnte ich gleich schmeißen, es wurde ein richtiges Gespräch, er erzählte mir, wie das war, als er dem Tod ins Auge schaute, wie er die Furcht vor ihm verlor und überhaupt, wie es zugeht in Krankenhäusern und Pflegeheimen.

Das Buch endet mit einem absurden Drama, in dem ein Dr. Nedbal die Hauptrolle spielt, der Schuhs Züge trägt (Nedbal, ich habe auf Google Translator nachgesehen, heißt tschechisch soviel wie ›I couldn't care less‹, Mir doch egal). Da wird offenbar, dass Schuh Ärzte selbst dann nicht mag, wenn sie ihm das Leben retten. Sein Lebensretter, sagte er mir nach dem Gespräch, habe, als er ihm mitteilte, dass er nicht fähig sei, ihm gegenüber so etwas wie Dankbarkeit zu fühlen, kühl erwidert: ›Dankbarkeit brauche ich nicht.‹

Mir geht's da anders, und ich fühlte mich nach diesem Gespräch tatsächlich dankbar, weil angeregt, vor allem aber, weil Schuh nach seiner Leidensgeschichte nicht mehr derselbe ist, aber keineswegs geläutert. Ich verrate nicht zu viel im Voraus. (...)

Sie können, ja Sie sollten einstweilen das Buch jenes Mannes lesen, den ich den witzigsten Essayisten deutscher Sprache nenne. Statt all der Vergleiche, die nicht zutreffen, obwohl sie alle mehr oder weniger Wahrheit beinhalten (Kraus, Polgar, Kuh, Friedell und so weiter), möchte ich behaupten, Franz Schuh ist ein Montaigne unserer Tage, bloß ohne Landgut, Amt und Vermögen. Wie unser kulturverliehtes Österreich halt mit seinem geistigen Vermögen umgeht.

JAHRESTHEMEN – FOCUS 2021

DER WIENER JUGENDANWALT Über Extremismus-Prävention und Demokratieförderung

Ercan Nik Nafs studierte Politikwissenschaft und war viele Jahre im Bereich der Jugendarbeit tätig.

Er ist seit 2014 Kinder- und Jugendanwalt der Stadt Wien.

Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

Der Aufgabenbereich des Kinder- und Jugendanwalts ist breit gefächert. Er umfasst sämtliche Kinderrechtsthematiken im Bildungsbereich sowie der außerschulischen Jugendarbeit. Ebenso gehören Themenbereiche wie der Jugendschutz, das Monitoring von Haftanstalten, Gewaltprävention, Jugenddelinquenz, Kriminalität, Gerichtsbarkeit, Religion und Umwelt zum Sachgebiet des Kinder- und Jugendanwalts. Ein wesentlicher Schwerpunkt des Kinder- und Jugendanwalts stellt darüber hinaus die Extremismus-Prävention sowie die Förderung der Demokratiekultur im Rahmen des Wiener Netzwerks Demokratiekultur und Prävention dar.

Nik Nafs kam 1992 aus der Türkei nach Wien um zu studieren und blieb. Seine zwei Migrationserfahrungen – die erste aus dem Nordosten der Türkei und entlegenen ländlichen Gebieten in die türkische Großstadt, und dann von der Türkei nach Wien – prägten ihn und machten ihn sensibel für die Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund, die ihren Lebensraum zurückgelassen haben. Hoffnungslosigkeit macht angreifbarer für extremistische Verlockungen. Persönlicher Perspektivenverlust ist ein häufiger Anknüpfungspunkt für Gewalt, aber auch extremistische Ideologien aller Art. Meistens handelt es sich dabei um Abwertungsideologien, die übernommen sind aus der eigenen Familie. Daneben gibt es Jugendliche, die Halt suchen, und Gruppen finden, wo sie diesen Halt finden, und dabei verkennen, dass diese Gruppen im Grunde ausgrenzend sind. Ein Weg, dies zu unterbrechen, ist ein Fokus auf Partizipation. Gleichzeitig müssen Armut und Diskriminierung bekämpft werden.

Es ist hilfreich, wenn es Plattformen gibt, wo jugendliche ›Wutbürger‹ ihre Wut positiv umwandeln können. Als Beispiel nennt Nik Nafs das Projekt ›Junges Wien‹, wo die Mehrzahl der Teilnehmer Klima und Umwelt als Ziele ihrer Energie formulierten; aber auch die Rückeroberung des öffentlichen Raums im Zusammenhang mit der Pandemie.

SOLIDARITY IN CRISIS – PERSPECTIVES FROM THE MIDDLE EAST

In Cooperation with the Striking from the Margins Project, Center for Religious Studies of the Central European University, Vienna

On Solidarity in Crisis

Aziz Alazmeh, University Professor at CEU, Vienna and Co-Director Striking from the Margins, CEU Vienna Interventions by Fellows of Striking from the Margins project:

Strangers, diasporas and transregional connections

Valentina Zagaria, Post-doctoral research Fellow Striking from the Margins, CEU Vienna and Visiting Fellow IRMC, Tunis

Sectarian and anti-sectarian solidarities in the Arab Mashriq: A decade in review

Harout Akdedian, Senior post-Doctoral research Fellow Striking from the Margins, CEU and Visiting Scholar Portland State University, Middle East Studies Centre

National fragmentation and tribal solidarity: Lessons from Syria and Iraq

Haian Dukhan: Post-Doctoral Research Fellow Striking from the Margins, CEU and Fellow of the Centre for Syrian Studies at the University of St Andrews



A. Alazmeh | B. Bashir | G. Auer Borea d'Olmo



V. Zagaria



P. Hanke | R. Scholten



R. Dörflinger

Striking from the Margins (SFM) is a series of research that has proceeded in phases. SFM 1 was motivated by civil wars, state atrophy, social regression, and by dissatisfaction with explanatory models in circulation. Empirical work conducted brought new models of explanation in terms of process, so that SFM 2 could take on a more prognostic function. The central focal question that has emerged is what holds societies together, not least those that have suffered civil wars, migration, exile, and destruction.

Everyday human solidarity is everywhere, and at all times. However, undermining the idea of common humanity has had structural effects, which promise to be lasting. When we see solidarity in crisis, what kind of crisis are we talking about? Is it a flare, an eruption, or a lingering crisis or perhaps better a condition characterising a period of transition between a before and an after, an historical shift, a mutation? From historical perspectives, two dates are important in this respect. 1981 marks the end of the Cold War with a triumphant and triumphalist America, a truly pivotal turning point in the history of the twentieth century in which what was once familiar receded, in some cases instantaneously. 2001 marks the invasion and demolition of Iraq, and a new departure for the history of the Eastern Arab World.

Looking at 1981 and how it shaped solidarity, the end of the Cold War brought about the breakdown of two rival systems of public solidarity that had structured the world since 1945. One system was Communist, the other capitalist, in constant conflict at all levels, including war in proxy theatres—think of the Congo, Angola, Malaysia, and indeed Afghanistan, perhaps the most dramatic theatre in which the US and her allies created jihadist forces which have since come to menace not only their own countries but much of the world as well.

The war of civilisations was declared, pronouncing upon the natural impossibility of human solidarity while asserting solidarities of putative origin, with the invention of traditions, such as the Judaeo-Christian tradition theory of European origins, favoured not only by the Right but also by their Islamist mirror image during this era. In all cases, national solidarity is ceding to sub-national and hitherto sub-political forces.

Be it in Iraq, in France or in the US, we witness the margins striking: hitherto marginal forces occupying the centre: fascistic movements in Europe, Islamist and ethnic or locality and clan based forces, for long marginal and virtually non-existent.

CHANCEN ERKENNEN UND MÖGLICHKEITEN NUTZEN Krisenmanagement und Zukunftsperspektiven in Wien

Peter Hanke, amtsführender Stadtrat für Finanzen, Arbeit und Internationales von Wien.
Im November 2020 übernahm er zusätzlich die Verantwortung für die Wiener Stadtwerke.
Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums für internationalen Dialog

Die Maßnahmen der Stadt Wien zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie haben wirtschaftlich und auch stimmungsmäßig gegriffen. 600 Mill € wurden in die Wiener Wirtschaft investiert. 50 unterschiedliche Maßnahmen wurden gesetzt, und zwar zusätzlich zu Maßnahmen des Bundes. In einer Situation, die man so nicht kannte, musste rasch agiert werden.

Mit heutigem Wissen würden, sagt Hanke, vielleicht manche Strukturen anders aufgesetzt, z.B. von Anfang an mehr Mittel für Digitalisierungsmaßnahmen oder ein offensiverer Fokus auf die Arbeitsform Home Office, die sich im Lauf der Krise bewährt hat. Wir müssen, auch mit Blick auf die Bewältigung der Klima-Herausforderung, Risikobewusstsein auf Führungsebene schärfen, bereit sein, Risiken einzugehen und Entscheidungen – natürlich unter Beiziehung von Experten – beschleunigen.

Am Arbeitsmarkt ist Wien in vielen Bereichen wieder auf Vorkrisenniveau, aber jede Euphorie wäre verfrüht: Die Energie-Preise steigen, die internationale Entwicklung ist unsicher, es gibt soziale Herausforderungen. Bis 2040 soll Wien eine klimaneutrale Stadt werden. Dies kann nur mit aktiver Politik gelingen, mit massiven Investitionen in Zukunftsbranchen und in die Qualifizierung junger Menschen, die jetzt auf den Arbeitsmarkt kommen.

Wesentliche Faktoren, dass die Stadt als attraktiv angesehen wird, sind für Hanke: Wien muss seine Qualität als leistbare Stadt, die uns gegenüber anderen Metropolen abhebt, bewahren; dies betrifft vor allem Wohnen und den öffentlichen Verkehr. Telekommunikation und Infrastruktur müssen ausgebaut werden. 2019 wurde eine Wirtschafts- und Innovationsstrategie auf den Weg gebracht, in der 6 Spitzenthemen definiert worden sind, bei denen Wien eine Vorreiterrolle erreichen kann: Smarte Lösungen für den städtischen Lebensraum des 21. Jahrhunderts – Gesundheitsmetropole Wien – Digitalisierung – smarte Produktion in der Großstadt – Stadt internationaler Begegnungen – Kultur- und Kreativmetropole Wien. Die Realisierung begleiten hochrangige ExpertInnen im Rahmen des Vienna Economic Council.

IM DIENSTE DER MENSCHLICHKEIT Zum 50. Geburtstag von Ärzten ohne Grenzen

Reinhard Dörflinger, Arzt für Allgemeinmedizin, ehem. Vorsitzender von Ärzten ohne Grenzen Österreich, Mitglied des Vorstands von Médecins Sans Frontières International
Robert Misik, Journalist und Autor

Am 22. Dezember 2021 jährte sich zum fünfzigsten Mal der Gründungstag von ›Ärzten ohne Grenzen‹ (›Médecins Sans Frontières‹), jener Hilfsorganisation, die dorthin geht, wo es massive medizinische Unterversorgung gibt, schwere Gesundheitskrisen, Krieg, Hungersnöte. Der Wiener Allgemeinmediziner Reinhard Dörflinger war aus diesem Anlass Gast ›in Kreiskys Wohnzimmer‹. Dörflinger ist Vorstandsmitglied von ›Ärzten ohne Grenzen‹-Österreich, war über viele Jahre Präsident der Organisation und auch Vize-Präsident von MSF-International. In mehr als 70 Ländern war MSF in diesen fünfzig Jahren präsent. Dörflinger hat schon vor seiner MSF-Zeit als ›kritischer Mediziner‹ nicaraguanische Flüchtlinge in Honduras versorgt, später in Uruguay gearbeitet und dann auch Pakistan. Für MSF arbeitete er unter anderem in Niger. Was MSF auszeichnet, ist auch, dass es nicht nur medizinische Versorgung leistet, sondern sich auch politisch zu Wort meldet. ›Witnessing‹, da, wo es nötig ist, war für die Organisation nie ein Tabu, auch wenn die Voraussetzung für manche Einsätze eine Art von Neutralität ist. Es ist immer eine heikle Abwägung, was man im Kauf nimmt. Jahrelang hat MSF beispielsweise eine Klinik im afghanischen Taliban-Gebiet betrieben, und zweifelsohne, so Dörflinger, ist das nur möglich, wenn sich auch die örtlichen Machthaber davon einen Nutzen erwarten (also Gesundheitsversorgung der Bevölkerung). Die Neutralität hindert aber nicht daran, das Wort zu erheben und die Weltöffentlichkeit aufzurütteln: ›Wenn wir reden, dann wissen wir wovon wir reden. Immer sehr Augenzeugenmäßig, immer vor Ort. Wir wollen eine Wirkung haben für das Überleben der Menschen‹, formuliert Dörflinger. Heute macht sich MSF etwa für die Anpassung der Lizenzrechte für die Covid-19-Impfstoffe stark, skandalisiert aber zugleich das Grenzregime im Mittelmeer. ›Wenn jemand zu ertrinken droht, muss man den retten‹. MSF betreibt daher heute auch ein Schiff zur Seenotrettung, die ›Geo Barents‹, eine Praxis, die sie durchaus auch in Konflikt mit westeuropäischen Regierungen bringt.



G. Lennkh



C. Gudenus

LECTURE SERIES

AFRICA. DIMENSIONS OF A CONTINENT

Kurator: Georg Lennkh, Botschafter i.R., Mitglied des Vorstands des Bruno Kreisky Forums

The lens through which Europe, and indeed the international community as a whole, used to look at Africa was for a long time that of development policy. It was only with the presentation of a common European strategy for Africa that political aspects and the new African institutions shifted into focus.

The founding of the African Union (AU) in 2002, based on an African Union Commission (AUC) modeled on the European Commission. The establishment of an African security architecture and the associated claim to be able to counter conflicts in Africa using African means were to follow.

However, the general perception Europe has of Africa is, still largely dominated by clichés and generalizations. The series ›Africa. Dimensions of a Continent‹, launched in 2009, has thus focused on the diversity and vitality of African politics from a scientific perspective, considering it from various angles and addressing the different dimensions of the continent as well as the Austrian development policy strategies and the EU-Africa Strategy.

DEMOKRATIE IN AFRIKA

Kann der Senegal ein Beispiel sein?

Caroline Gudenus, Diplomatin i.R., ehem. Botschafterin Österreichs im Senegal (2015–2019)

Zuletzt meist überschattet von der Covid-Problematik, kommen seit einiger Zeit auch aus Afrika wieder vermehrt Meldungen über negative Trends bis offene Konflikte bei demokratiepolitischen Entwicklungen. Im Vordergrund stehen dabei Fragen wie friedlicher Machtwechsel, Gewaltenteilung, Journalistenarbeit und freie Meinungsäußerung, Korruption, die Rolle der Zivilgesellschaft im öffentlichen Leben, und die Versuchung der Machthaber, sich dabei auch mit Einsatz von Gewalt durchzusetzen. Wahlen sind nicht länger formale und wenig aufregende Fortschreibungen oder Änderungen politischer Machtverhältnisse. Sie sind zu Brennpunkten sämtlicher Spannungen, Ungleichheiten und aufgestautem Zorn über die sich ganz offensichtlich bereichernden Eliten und damit zu politischen Krisenereignissen mit unbestimmtem Ausgang geworden. Beispiele dafür sind die in den letzten Monaten abgehaltenen Wahlen in Tansania, Côte d'Ivoire, der Zentralafrikanischen Republik und Uganda. Für 2021 stehen zumindest neun weitere kritische Wahlen bevor.

Moussa Faki Mahamat, seit 2017 Vorsitzender der Kommission der Afrikanischen Union, meinte in einem Interview nach seiner Wiederwahl, dass Wahlen immer mehr zu Auslösern für Instabilität und Bürgerkrieg wären. Alle Konflikte in Afrika sind staatsinterne und nicht zwischenstaatliche Auseinandersetzungen.

Vor diesem Hintergrund sprachen Georg Lennkh und Caroline Gudenus über ein Land, den Senegal, dem es gelungen ist, trotz aller Spannungen einen weitgehend friedlichen demokratiepolitischen Kurs zu steuern. Der allgemeinen Auffassung, dass Afrika geschichtslos sei, widersprach Botschafterin Gudenus und gab eine Zeitlinie zur Geschichte Senegals und seiner Institutionen. Die traditionellen Institutionen der Konsensfindung durch ›Palaver‹ bis man sich einig war, wurden durch Kolonialstrukturen ersetzt und zerstört. Heute ist ungewiss, welche Institutionen die Grundlage für gute Regierungsführung und Demo-



J. Pospisil



I. Mustafa Hamid

kratie sein sollen. Im heutigen Senegal, das in viele Großprojekte investiert hat, die viel Geld gekostet haben aber der Bevölkerung nichts gebracht haben, wächst die Unzufriedenheit. Es sind keine ethnischen Konflikte, denn spätestens seit dem Dichter-Präsidenten Senghor, wurde die Kultur zu einem identitätsstiftenden Element. Die Zivilgesellschaft, Menschenrechtsorganisationen und die ›Y-en-a-marre‹-Bewegung werden hauptsächlich von europäischen Geldgebern unterstützt, haben wenig eigene Reserve und sind daher sehr fragil. Die Afrikanische Union hat erkannt, dass sie mehr für die afrikanische Bevölkerung tun muss und näher zu den Menschen kommen muss.

KONFLIKTLANDSCHAFTEN DES SÜDSUDAN

Fragmente eines Staates

Jan Pospisil, Politikwissenschaftler, Forschungsdirektor am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ASPR), Privatdozent an der Universität Wien

Ishraga Mustafa Hamid, Schriftstellerin, Übersetzerin, Politikwissenschaftlerin und Journalistin

Zehn Jahre nach Erlangen der Unabhängigkeit befindet sich die junge Republik Süd Sudan nach einem zunächst vielversprechenden Beginn seit 2013 in einem komplexen und schwer durchschaubaren Bürgerkrieg. Jan Pospisil geht in seinem neu erschienen Buch ›Konfliktlandschaften des Südsudan‹ der Frage nach, wie stabil dieser Staat sein und ob er überhaupt existieren kann. Dabei spannt er einen Bogen, der die koloniale Vergangenheit und deren Auswirkungen ebenso berücksichtigt wie den Transitionsprozess und die Ethnopolitik.

Pospisil meinte, dass es ein sehr komplexer Konflikt sei, der sich durch viele verschiedene Aspekte des Landes ziehe und nicht einfach so mit einem Friedensvertrag gelöst werden kann. Grund dafür sei die Größe des Landes und auch, dass es abgelegen und schwer zu erreichen sei. So hatten sich schon diverse Kolonialbeamte nie wirklich durchsetzen können, da verschiedene Gesellschaften hartnäckig Widerstand leisteten und es auch an entsprechender Infrastruktur fehlte. Als Folge sei der Süd Sudan als Territorium relativ unberührt geblieben, auch jegliche Form von Governance erschwert.

Ein weiterer Punkt, den man bezüglich des Süd Sudan bedenken muss, sind seine Ölvorkommen, die eine zentrale Einnahmequelle darstellen. Das führt auch dazu, dass das Lohnniveau (aber auch die Lebenskosten) höher ist als in den Nachbarstaaten, was in weiterer Konsequenz auch bedeutet, dass es viele Gastarbeiter:innen im Süd Sudan gibt. In Bezug auf internationale Beziehung spielen die USA eine wichtige Rolle, da diese ein prominenter Treiber der Unabhängigkeit waren, ebenso wie viele europäische Staaten.

Ishraga Mustafa Hamid gab Einblicke aus ihrer persönlichen Biographie und ihrem Aufwachsen und ihrer Politisierung im Sudan. Auf die Frage, wie sie die Unabhängigkeit miterlebt habe, meinte sie, sie habe die Spaltung mit Traurigkeit unterstützt. Denn niemand möchte sein Land gespalten sehen, jedoch stelle sich die Frage, ob es wirklich ›ihr‹ Land gewesen sei, ob sie wirklich die gleichen Ressourcen und Macht gehabt hätten.

LECTURE SERIES



I. Mustafa Hamid | F. Schmidjell



B. Gebrewold

DER TIGRAY KONFLIKT

Ein Pulverfass für das Afrikanische Horn

Belachew Gebrewold, Politikwissenschaftler und Migrationsforscher.

Professor an der Fachhochschule Management Center Innsbruck und an der Universität Innsbruck

Gerald Hainzl, Institute für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, Landesverteidigungsakademie

In der äthiopischen Region Tigray herrscht ein von Gräueltaten geprägter Krieg, und die Zivilbevölkerung trägt die Hauptlast. Auf internationalen Druck hat Addis Abeba Zugeständnisse beim Zugang zu Hilfsgütern angeboten und den Rückzug der eritreischen Truppen zugesagt. Doch die Aussichten auf eine Verhandlungslösung erscheinen düster. Ein tief verwurzelter tigrayischer Widerstand in Kombination mit der Entschlossenheit der äthiopischen und eritreischen Behörden, die flüchtigen Führer von Tigray von der Macht abzuhalten, bedeuten, dass sich der Konflikt zu einem langwierigen Krieg entwickeln könnte. Das würde Tigray weiter verwüsten und Äthiopien, dem Dreh- und Angelpunkt am Horn von Afrika, schwer schaden. Da ein entscheidender Sieg für beide Seiten in weiter Ferne liegt, könnten die Parteien eine Einstellung der Feindseligkeiten in Betracht ziehen, die zumindest erweiterte humanitäre Hilfe ermöglicht. Dieser praktische erste Schritt würde das Leid der Zivilbevölkerung verringern und im Idealfall den Weg für eine spätere Rückkehr zum Dialog ebnen.

Im Mai 2020 kam es zu einer politischen Krise in Äthiopien, seit November 2020 zu einem de facto Bürgerkrieg zwischen der Regierung in Addis Abeba und der Provinz Tigray im Norden. Auf Grund der Größe seines Territoriums und seiner Bevölkerung zieht dieser Konflikt auch die gesamte Region, das sogenannte Horn von Afrika, in einen Zustand der Unsicherheit und der Spannungen, zumal so gut wie alle diese Länder von eigenen politischen Problemen geplagt sind.

Belachew Gebrewold widerlegte das Narrativ westlicher Medien, dass es sich um einen neuen Konflikt handle. Der Konflikt gehe sehr weit zurück. Unter der früherer sozialistisch orientierten Regierung wurden ethnische Unterschiede und Konflikte, ähnlich wie in vielen anderen afrikanischen Staaten auch, ignoriert. Nach deren Sturz wurde ethnische Identität sehr hochgehalten; und künstliche ethnischen Grenzen gezogen. Gebrewold merkte außerdem an, dass westliche mediale Berichterstattung über Äthiopien sehr einseitig und lückenhaft sei und sorgte sich, dass Äthiopien kurz und mittelfristig dem Westen abhandekomme und die Partnerschaft untergehe. Dies wiederum werde ausgenutzt von anderen Akteuren wie China, Russland, der Türkei oder dem Iran.

Gerald Hainzl wies nochmals darauf hin, dass sich Äthiopien nicht im luftleeren Raum befinde, sondern einerseits Akteure von außerhalb eben in Äthiopien wirken und andererseits Äthiopien selbst ein regional wichtiger Player ist. Wie auch Gebrewold äußert Hainzl die Vermutung, dass sich Äthiopien vom Westen abwenden werde und anderen internationalen Akteuren (allen voran China) annähern könnte. Valide Informationen wären schwierig zu bekommen, da diese meist nicht unabhängigen Quellen entstammen.



G. Levy



A. Förderl-Schmidt

ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL/PALESTINE

Curator: **Bashir Bashir**, Open University Israel, Senior Research Fellow, Van Leer Jerusalem Institute

HAS ISRAEL CROSSED A LINE?

Gideon Levy, Haaretz Columnist and a Member of the Newspaper's Editorial Board

Alexandra Förderl-Schmidt, Deputy Editor-of Süddeutsche Zeitung, previously Correspondent for Israel and the Palestinian Territories

Gideon Levy joined Haaretz in 1982, and spent four years as the newspaper's deputy editor. He was the recipient of the Euro-Med Journalist Prize for 2008; the Leipzig Freedom Prize in 2001; the Israeli Journalists' Union Prize in 1997; and The Association of Human Rights in Israel Award for 1996. In 2016 Gideon Levy won the Olof Palme Prize, shared with Palestinian pastor Mitri Raheb, for their ›fight against occupation and violence‹. In 2021, Levy was awarded the Ari Rath Prize! in Austria and Israel's top journalism award, the Sokolow Prize. In its citation, the prize committee wrote that Levy ›presents original and independent positions that do not surrender to convention or social codes, and in doing so enriches the public discourse fearlessly‹. Israel has controlled the West Bank for over 50 years. How has the country changed as a result? The award-winning Israeli journalist Gideon Levy warns about ›apartheid‹ against the Palestinians.

Sitting in the living room of the late Bruno Kreisky, Levy becomes slightly sentimental: ›I wish he would come through this door to join me on this sofa‹, he says. ›I would like to speak to him about Israel, that he cared so much about, and was the first one to criticize, as Israel deserves to be criticized. I would like to praise him for the courage to do so. A real friend cares for the future, and he (Kreisky) did.‹

Gideon Levy was brought up as a Zionist but he no longer identifies with it, because ›Zionism stands for Apartheid‹. ›I totally identify myself as an Israeli, with a sense of belonging and a wish to stay there forever. However, Zionism is about Jewish supremacy in Palestine. Zionism ignores the fact that there is another people in Palestine‹. Formerly a strong supporter of a two-state solution Levy is now arguing for a one-state solution. Most of the European leaders supporting a two-state solution know that it has become irrelevant. ›The only alternative is to start talking about equal rights. The ball to end occupation was with the International Community; Israel would not end it.‹

The pressure for solutions regarding Israel/Palestine usually comes from the US. However, Gideon Levy is little hopeful in this respect. Europe took actions in the past like in South Africa to bring about change but Israel, with its new strategy of labeling any criticism as anti-Semitism, managed to silence Europe. This is a matter of Freedom Speech, and it has led to a situation where even journalists do no longer dare to speak out. Palestinian leadership will not be able to change much either, says Gideon Levy. ›No Palestinian leader can change Israeli policy: armed struggle would be condemned, the diplomatic path, the legal avenue would be condemned - whatever they will attempt, they will not have a chance. It is time for Abbas to go, it is time for the Palestinians to unite, to solve corruption but they will still not stand a chance (to bring about change).‹

Gideon Levy sees little to no sign of hope for the next decade for peace in Israel/Palestine. Yet, when nobody expects change, change may happen within months. This was the case with the Soviet Union, the fall of the Berlin Wall, the end of Apartheid in South Africa. Therefore, the project of Jewish supremacy and racism might eventually finally collapse.



G. Harrer



K. Al-Gawhary

ARAB/MIDDLE EAST CHANGES

Kuratorin: Gudrun Harrer, Autorin, leitende Redakteurin bei Der Standard, Lektorin für Moderne Geschichte und Politik des Nahen und Mittleren Ostens an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien

Diese von Gudrun Harrer kuratierte Reihe wurde als Reaktion auf die Umbrüche in der arabischen Welt im und nach dem Revolutionsjahr 2011 eingerichtet. Das Programm ist breit gefächert: Die Vorträge prominenter Experten und Expertinnen können sowohl Entwicklungen einzelner arabischer Staaten zum Inhalt haben als auch Themen auf einer übergeordneten Ebene wie Demokratie, Demografie u.ä. Vor allem jene Länder, in denen der sogenannte Arabische Frühling Umstürze brachte und/oder wo in der Folge bewaffnete Konflikte ausbrachen, werden regelmäßig wieder aufgegriffen und neu beleuchtet. Die Herausforderungen des Islam durch den islamistischen Extremismus vom Schlage Al-Kaidas oder des Islamischen Staats werden vereinzelt in Islam-Vorlesungen verhandelt, die auch die westliche Rezeption zum Inhalt haben.

ÄGYPTEN – ZEHN JAHRE DANACH

Karim Al-Gawhary, Journalist, Leiter des ORF-Büros in Kairo und Nahost-Korrespondent für verschiedene deutschsprachige Zeitungen

Karim El-Gawhary zieht zehn Jahre nach Beginn der ›Arabellion‹ für Ägypten und die arabische Welt eine eher düstere Bilanz: Von dem, wofür die Menschen damals auf die Straße gegangen seien, sei nichts erreicht worden. Nicht nur die politische Freiheit ist ausgeblieben, auch die sozialen und wirtschaftlichen Lebensumstände haben sich weiter verschärft. In Ägypten lebt ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, das heißt, von höchstens 1,3 Euro am Tag. Die arabischen Länder sind die einzige Region der Welt, in der sich in der vergangenen Dekade die Armutsraten vergrößert haben. Vor allem die Jugend- arbeitslosigkeit ist dramatisch, nicht nur in Ägypten, sondern auch in Tunesien, wo es ja nach dem zehnten Jahrestag des Sturzes von Ben Ali am 14. Jänner 2011 zu neuen Protesten gekommen ist. Der weltweite Schnitt der Jugendarbeitslosigkeit liegt bei neun Prozent, in der arabischen Welt bei 21 Prozent. Die Uno- Statistiken zeigen, dass die arabische Welt außer beim Einkommen auch bei den anderen Parametern wie Zugang zu Bildung und Gesundheit und der Kindersterblichkeit etc. sehr schlecht liegt.

In seinem neuen Buch *Repression und Rebellion. Arabische Revolution – was nun? –* und in seinem Vortrag – beschreibt El-Gawhary das ›unselige arabische Dreigespann‹ Armut, Ungleichheit und Machtlosigkeit. Nirgends sei die Ungleichheit, die Unterschiede zwischen Reichen und Armen, so krass wie in der arabischen Welt. Das sei wie ein Dampfkochtopf, der irgendwann einmal hochgehen müsse. Die Covid-19-Krise könnte wie ein Brandbeschleuniger wirken.

Die Zukunft nach dem Scheitern vor zehn Jahren? Politische Prozesse könne man nicht mit Jahreszeiten beschreiben, der Begriff ›Arabischer Frühling‹ sei unpassend. Der Drang nach Wandel ist ungebrochen, wie man im Jahr 2019 sehen konnte, als in Algerien und im Sudan Langzeitherrscher gestürzt wurden, Abdelaziz Bouteflika und Omar al-Bashir, sowie im Irak und im Libanon Protestbewegungen entstanden sind. Auch hier sei die soziale Frage die allerwichtigste.

Die neuen Protestbewegungen haben von den Fehlern von 2011 gelernt. Erstens ist heute klar, dass es nicht mit dem Sturz der Regimespitze getan ist, solange der ›tiefe Staat‹ noch erhalten sei. Es bedarf tiefer greifender Veränderungen. Zweitens weiß man heute, dass der Gewaltverzicht, ›das friedlich Bleiben‹ essenziell ist: ›Salmiya‹ ist einer der wichtigsten Slogans. Die Lektion wurde vor allem von Syrien gelernt,



H. Chennaoui



H. Chennaoui

wo sich die Protestbewegung bewaffnet hat, nachdem das Regime mit Gewalt gegen sie vorgegangen ist. Und drittens, so El-Gawhary, wisse man heute auch, dass man seinen ›Nachbarn‹ nicht trauen dürfe. Er meint damit vor allem Akteure wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, deren Kronprinzen eine konterrevolutionäre Agenda verfolgen – weil sie Angst haben, dass sie die nächsten sein könnten.

TUNESIA: TEN YEARS OF REVOLUTION

Henda Chennaoui, Freelance Journalist, Blogger, Activist for Women's Rights, Tunis

Die Perspektive von Henda Chennaoui ist nicht nur die einer Beobachterin des Umsturzes in Tunesien im Jänner 2011 und der Jahre danach, sondern einer Aktivistin, die sich vor allem für Frauenrechte einsetzt. Die Revolution sei noch nicht abgeschlossen, sagt sie, die Menschen in Tunesien würden ihre Forderungen von damals – den Traum von einem freien und demokratischen Land und vom Wohlstand nicht nur für die Eliten – nie vergessen. Die Menschen leben heute nicht mehr in einer Diktatur, aber echte Reformen müssen noch verwirklicht werden.

Der Fokus sei in den vergangenen Jahren auf dem politischen Prozess gewesen, aber der sei nicht inklusiv. Es gibt dagegen einen gewaltigen Widerstand vonseiten der wirtschaftlichen und der politischen Eliten. Die echten Probleme werden nicht einmal angesprochen, es gibt darüber keine öffentliche Debatte. Die Medien sind abhängig und manipuliert und spielen die sozialen Fragen als Forderungen einzelner herunter, wie zum Beispiel das Thema Staatsland vs. Bauern ohne Boden, Mikrokredite, die Rolle internationaler Unternehmen, Schulden und Ähnliches. Oder es heißt in den Medien, dass die neue Generation nicht wisse, was sie wolle, und gewaltbereit sei. Die jungen Menschen in Tunesien stehen vor der Herausforderung, dass sie einen neuen Weg, Politik zu denken und zu machen, finden müssen, von unten nach oben. Es gibt eine neue Solidarität. Auch die sozialen Medien werden stark genutzt, etwa, wenn es gilt, für Verhaftete zu mobilisieren. Die gewalttätigen Reaktionen des Staates zeigen, dass er Angst hat.

Chennaoui bestätigt, dass es in gewissen Bevölkerungsteilen auch Nostalgie nach der alten Zeit gibt – auch das werde oft von Medien geschürt. Den tunesischen Medien stellt sie ein verheerendes Zeugnis aus, sie seien korrupt und von Parteien und Geschäftsleuten gesteuert. Bereits nach der Revolution 2011 hätten sie damit angefangen, diese zu attackieren, während Personen des alten Regimes eingeladen wurden, gut über die Herrschaft Ben Alis zu sprechen. Die sozialen Bewegungen wurden diskreditiert. Aber etwa die Hälfte der Bevölkerung stand ja wirklich hinter dem Regime. Zur Sehnsucht nach der vermeintlich guten alten Zeit tragen aber auch die Probleme, die aktuelle tiefe wirtschaftliche und soziale Krise bei. Covid-19 habe alle diese Probleme noch weiter verschärft.

Zur Rolle der Islamisten in Tunesien erinnert Chennaoui daran, dass es ein Fortschritt war, als Ennahda – die Partei der tunesischen Muslimbrüder – legalisiert wurde. Das war ein Zeichen dafür, dass die Diktatur wirklich zu Ende war. Die Islamisten schnitten bei den Wahlen anfangs gut ab, aber die Menschen hätten bald begriffen, dass sie im Grunde nicht anders seien als das alte Regime. In dieser Hinsicht hat sich im letzten Jahrzehnt viel getan, islamische Parteien hätten viel an Vertrauen eingebüßt, man weiß nun, dass sie nicht die Lösung bringen. Auch die Ereignisse in Ägypten, wo im Jahr 2013 die Muslimbruderschaft wieder verboten wurde, haben Ennahda veranlasst, etwas zurückzustehen. Ein Problem ist die versuchte Einflussnahme von arabischen Staaten und der Türkei, die jeweils ihren eigenen Islamismus fördern. Die Arbeit gegen den islamischen Extremismus wurde der Zivilgesellschaft überlassen, der Staat tut nichts dagegen. AktivistInnen wie Henda Chennaoui versuchen die Debatte über Extremismus in sozial schwache Wohngebiete, wo die Anfälligkeit besonders hoch ist, zu tragen.



M.-Ch. Heinze



A. Hamzawy



St. Weidner

ARABELLION. JEMEN – ZEHN JAHRE DANACH

Marie-Christine Heinze, Center for Applied Research in Partnership with the Orient (CARPO), Bonn

Die Vortragende erinnert an die optimistische Aufbruchsstimmung, in die der sogenannte Arabische Frühling vor zehn Jahren viele Jemeniten und Jemenitinnen versetzt hatte: Die raschen Umstürze in Tunesien und Ägypten nährten die Hoffnung, dass nicht nur das Regime fallen, sondern dass sich das System an sich verändern lassen könnte. Im Jemen, schon damals ärmstes Land der arabischen Welt, wurde das als besonders dringlich empfunden, auch im Sinn einer Umverteilung nach unten.

Als damalige Akteure nennt Heinze grob vier Gruppen: die Jugend und die Jüngeren, Aktivistinnen und Aktivistinnen, die die Anliegen auf die Straßen trugen; die Joint Meeting Parties inklusive der starken Islah-Partei, die der Bewegung das Rückgrat gaben; die Huthi-Rebellen, die die Revolution zu ihrer Ausbreitung nutzen konnten; und die südliche Bewegung, die die Proteste damals unterstützte, aber sich auch wieder relativ bald distanzierte, als sich die Joint Meeting Parties anschlossen, denn diese galten als ›nordjemenitisch‹.

Die Rebellion hatte die Initiative des Golfkooperationsrats (GCC) zur Folge. Es ist ganz klar, dass diese sich um den Status Quo bemühte und nicht die Ziele teilte, die die Protestbewegung verfolgte. Das führte dazu, dass zentrale Akteure nicht inkludiert wurden. Aber auch die Umsetzung der GCC-Initiative im Allgemeinen war ein Problem, sowie die Immunität, die dem abtretenden Präsidenten Ali Abdullah Saleh gewährt wurde, und letztlich auch, dass die an sich gute Idee einer ›Nationalen Dialogkonferenz‹ nicht konsensual verfolgt wurde. Nicht der Föderalismus war dabei umstritten, sondern das Modell, das die Übergangsregierung von Präsident Abd Rabbo Mansur Hadi durchzusetzen versuchte. Während die einzelnen Gruppen um Macht und Ressourcen rangen, wurde die wirtschaftliche Situation im Land immer schlechter. Ein eklatanter Kommunikationsmangel führte dazu, dass die Bevölkerung der Führung gegenüber immer misstrauischer wurde. Das half den Huthis, auf deren Seite sich Expräsident Saleh geschlagen hatte, bei der Ausbreitung. Im September 2014 etablierten sie sich in der Hauptstadt Sanaa, von wo die Regierung Hadi im Februar 2015 nach Aden und Ende März nach Riad flüchtete. Saudi-Arabien griff im Namen Hadis ein, sechs Jahre danach sitzen die Huthis immer noch in Sanaa.

Die heutige Herrschaft der Huthi-Rebellen kann man als repressiven Polizeistaat bezeichnen, jeder Dissens wird unterdrückt, die Menschenrechtssituation ist verheerend, das Regime trägt zur humanitären Krise bei. Auch wenn die US-Regierung von Joe Biden den Jemen zur humanitären Priorität erklärt hat und Saudi-Arabien drängt, den Krieg zu beenden, so wird ein Frieden nicht leicht zu erreichen sein – nur mit konsequentem Druck auf die Huthis, flankiert von Anreizen –, und danach wird es Jahrzehnte dauern, bis sich das Land erholt. Für die Generation von 2011 gibt es zehn Jahre später kaum Hoffnung.

PAX AUTOCRATICA

Der Friede der Autokraten im Nahen Osten

Amr Nabil Ahmed Osman Hamzawy, Politologe, Senior Research Scholar, Center on Democracy, Development and the Rule of Law at Stanford University

Die erste Welle des ›Arabischen Frühling‹ vor zehn Jahren, die sehr unterschiedliche Resultate hervorgebracht hat, wird von der Politikwissenschaft und allgemein von der Literatur über den Nahen Osten, mit Ausnahme des Falls Tunesien, als ›fehlgeleitet‹ beschrieben: für viele ein Synonym für Chaos, Instabilität, Gewalt und Bürgerkriegen in Syrien, Libyen und dem Jemen. Eine Relativierung dieser Sicht setzt 2018 ein,

als sich die zweite Welle abzeichnet: im Sudan, Algerien, aber auch im Irak und im Libanon, wo man nach Wegen aus der konfessionellen Politik sucht. Im Sudan ist die Zwischenbilanz positiv, es gibt einen geordneten demokratischen Transitionsplan, in Algerien ist zumindest eine neue Dynamik. Amr Hamzawy hält deshalb auch die Bezeichnung ›Arabischer Frühling‹ für zutreffend, die Dynamik der Aufstände im arabischen Raum sei noch nicht abgeschlossen.

In Ägypten kann man heute von einem ›populären Autoritarismus‹ sprechen, der von den Menschen generell nicht abgelehnt wird. Das ist mit mehreren Faktoren zu erklären. Zwischen den Jahren 2011 und 2013 gab es politische Öffnung, Meinungsfreiheit, politische und kulturelle Vielfalt und eine Mobilisierung der Bürger und Bürgerinnen. Gleichzeitig traten jedoch eine Verschlechterung der sozio-ökonomischen Situation und eine Destabilisierung ein, weshalb seit 2013 die Rückkehr zu einer Form der autoritären Regierung von vielen willkommen geheißen wurde. Die Parameter – von Arbeitslosigkeit bis zu nationaler Sicherheit – verbesserten sich danach wieder: Der Nationalstaat wirkt stabilisierend.

Der Personenkult hat in Ägypten eine historische Bedeutsamkeit, siehe etwa jenen um die Person von Gamal Abdel Nasser. Heute ist es ein Kult um eine Person mit einem starken Machtorgan – dem Militär – im Hintergrund. Präsident Abdelfattah al-Sisi wird als letzte Instanz des Machtorgans des Staats gesehen. Die ideologischen Narrative decken eine Sphäre ab, die von keiner Opposition besetzt werden: der Staat, der im Sinne einer moderaten Moral agiert, der für die nationale Sicherheit sorgt, etwa durch die Terrorbekämpfung oder dadurch, dass er sich um Wasser als Ressource kümmert, und anderes mehr. Außerhalb der formalen Politiksphäre gibt es auch reformistische Ansätze: wenn es um die Stellung der Frauen in der Gesellschaft oder um jene der koptischen Minderheit geht. Das gehört zum Prinzip des Agierens der Regierung, wie man am Kabinett sieht, in dem Frauen in führenden Rollen sitzen. Das kommt intern in Ägypten – aber auch extern – gut an, vor allem, wenn man es mit den Jahren 2011 bis 2013 kontrastiert, als viele Kopten nur mehr auswandern wollten und die Frauen Objekte des islamistischen Diskurses wurden. Zu den reformistischen Elementen gehört auch die vermehrte Einbindung von Zivilisten und das Wiedererstarken ziviler Organe – wie man etwa bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie sieht. Das sind alles Legitimationsstrategien, die gut funktionieren – innerhalb derer es aber auch Repression gibt. Aber der allgemeine Wunsch zurück zu einer großen Mobilisierung ist nicht vorhanden, die große nationale Erzählung funktioniert.

GROUND ZERO: KÖNNEN WIR MIT 9/11 ABSCHLIESSEN?

Stefan Weidner, Islamwissenschaftler, Schriftsteller und Übersetzer

Stefan Weidner nahm das Erscheinen seines Buchs Ground Zero. 9/11 und die Geburt der Gegenwart zum Anlass, in einem Vortrag darüber zu reflektieren, wie es zur Verhärtung des Verhältnisses zwischen ›Westen‹ und ›Islam‹ kam. Diese Konstellation dominiert Politik und Gesellschaft und verhindert, dass wir uns den wahren Herausforderungen der Gegenwart stellen, wie vor allem dem Klimawandel. Weidner benützt die ›Trümmer von Ground Zero‹ als Metapher für die Geburtsstunde des 21. Jahrhundert, das bisher von dieser Auseinandersetzung geprägt ist.

9/11 bedeutete eine ›scharfe Kurve‹ im west-östlichen Verhältnis, das sei auch an eigenen und anderen Biografien abzulesen, so Weidner. Auch das Jahr 2011 ist ohne diese Ereignisse nicht zu verstehen. 9/11 wurde sozusagen in den Lauf der Dinge eingespeist, das Trauma durch die Anschläge, die folgenden Krisen und Kriege, der Terrorismus und das Gefühl der Bedrohung (ein einfaches, aber anschauliches Beispiel dafür sei, wie man vor und nach 9/11 geflogen ist...). Die Corona-Krise weist fast schon unheimliche Pa-



W. Lacher



W. Posch

rallelen dazu auf, etwa durch den autoritären Zugriff des Staates auf unser aller Leben. Es ist der Zeitpunkt gekommen, zu überlegen, was wir nachher davon so weiterschleppen wollen.

Weidner widmete sich in seinem Vortrag dann der Vorgeschichte von 9/11 und da besonders dem Kalten Krieg, der sich ja auch im Nahen Osten in einer Spaltung niederschlug: der Wettkampf der Systeme etwa zwischen den reichen Golfstaaten, die durch ihre Lage auch noch strategisch ungeheuer wichtig waren, und jenen Staaten, die mit Moskau enge Beziehungen pflegten. Dem Westen standen weniger progressive, sondern meist konservative Staaten zur Seite – das bedeutete auch, dass Religion als ›Gegengift‹ gegen den Sozialismus benützt wurde, wobei das nicht nur den Nahen Osten betraf, sondern etwa auch Spanien und Portugal oder Polen mit seinem politisch wichtigen Papst Wojtyła. Jedenfalls fand sich der Westen mit dem Islam gegen den Kommunismus verbündet – aber dieses Bündnis zerfiel in dem Moment, in dem die Sowjetunion zerfiel. In ihrer eigenen Wahrnehmung hatten die islamistischen Kräfte den Kommunismus besiegt – Stichwort Afghanistan –, als nächstes würde der Kapitalismus drankommen. Einer dieser islamistischen Akteure war Osama bin Laden.

9/11 führte auch direkt zur US-Invasion im Irak, die Hoffnungen auf einen ›Osteuropa-Effekt‹ in der Region lösten sich jedoch bald auf. Im Gegenteil, die Nachbarn Syrien und Iran fühlten sich durch die US-Präsenz im Irak bedroht, andere – allen voran Saudi-Arabien – davon, dass das Modell eines demokratischen Irak vielleicht gelingen und vielleicht Beispielwirkung bekommen könnte. Mit den Protesten 2009 im Iran, nach der mutmaßlich gefälschten Wiederwahl von Ahmadinejad, geriet etwas ins Rollen, das 2011 in Form des ›Arabischen Frühling‹ in der ganzen Region sichtbar wurde. Es folgten die Wahlsiege der Islamisten, die Gegenreaktionen, die Bürgerkriege in einigen Ländern – sowie in Europa der neue Terrorismus durch den ›Islamischen Staat‹, die Migrationswelle aus dem Nahen Osten und der Aufstieg der Rechtspopulisten. Diese Spirale gilt es zwanzig Jahre nach 9/11 endlich zu brechen.

GRENZEN DER EINIGUNG IN LIBYEN

Wolfram Lacher, Politikwissenschaftler, Arabist, Afrikanist, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Walter Posch, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Die Bildung der Einheitsregierung unter Abdelhamid Dabeiba in Libyen im März 2021 verbirgt alte und neue Gräben. Zwar gelang ein Durchbruch in den Bemühungen, die politische Spaltung Libyens zu überwinden, doch die Kehrseite der Übereinkunft zeichnet sich bereits ab. Bislang haben sich die politischen Akteure lediglich darauf geeinigt, innerhalb der Regierung um den Zugang zu staatlichen Mitteln zu konkurrieren. Die Verteilungskämpfe könnten schnell zur Zerreißprobe werden. Spannungen zwischen Profiteuren und Gegnern der Regierung drohen eine neue politische Krise zu verursachen, falls Fortschritte hin zu den für Dezember 2021 geplanten Wahlen ausbleiben. Aber auch die Wahlen selbst bergen beträchtliches Konfliktpotential.

Libyen bleibt ein Land mit fragiler Sicherheitslage, zersplittert, aufgeteilt in Einflussgebiete bewaffneter Gruppen. Seit Gaddafis Sturz vor zehn Jahren gab es keine staatliche Zentralmacht, keine staatlichen Sicherheitskräfte, sondern nur einzelnen Netzwerken zugeordnete Milizen. Das änderte sich nicht mit der ersten Einheitsregierung 2015 (nach dem Bürgerkrieg 2014) und bleibt auch mit der aktuellen so.

Anders als 2015 ist die derzeitige Einheitsregierung tatsächlich im ganzen Land anerkannt. Das Grundproblem des fehlenden staatlichen Gewaltmonopols und fehlender Kontrolle über die Milizen besteht jedoch weiter. In den Konflikten geht es um Macht und Zugang zu staatlichen Ressourcen. Die Machtverhältnisse



M. Kirchner



G. Harrer

sind seit 2011 ungeklärt. Da der Staat die einzige Einnahmequelle – Erdöl – kontrolliert, geht es bei der Kontrolle des Staates auch um Kontrolle des Reichtums. Es hat sich eine rege Kriegswirtschaft herausgebildet; staatliche Ressourcen werden als ›Beute‹ angesehen und die Beteiligung an Regierungen als Gelegenheit zur Unterschlagung staatlicher Gelder.

Der Konflikt ist zunehmend internationalisiert. Im Krieg um Tripolis 2019 haben ausländische Interventionen eine völlig neue Dimension angenommen: Von der Unterstützung der Emirate mit Kampfdrohnen, russischen Abwehrraketen und Söldnern bis zur offenen türkischen Militärintervention im Frühjahr 2020.

Die Divergenz europäischer Interessen ist seit der Niederlage Haftars und der Bildung der Einheitsregierung geringer geworden. Was sie aber vor allem eint ist das Interesse, die Zahl der Flüchtlinge, die über Libyen kommen, gering zu halten. Mit dem Rückgang der Flüchtlingszahlen ist das europäische Interesse an der Befriedung libyscher Konflikte erlahmt.

AFGHANISTAN – WIE GEHT ES WEITER?

Magdalena Kirchner, Politologin, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan

Drei Wochen nach der widerstandslosen Machtübernahme der Taliban in Kabul wird man die Frage nicht los, wie es so weit gekommen ist: Wie kam es zum Scheitern, wie kam es zur eklatanten Fehleinschätzung, dass sich die Regierung von Ashraf Ghani zumindest in Kabul halten können würde? Magdalena Kirchner hält die ›Geburtsfehler‹ der Afghanistan-Mission, die 2001 nach den Anschlägen von 9/11 begonnen wurde, für entscheidend. Nicht erst etwa im Doha-Abkommen, in dem sich die USA 2020 mit den Taliban einigten, sei die Entscheidung gefallen, dass die Gruppe es zurück an die Macht schaffen wird, sondern viel früher.

Bereits kurz nach dem Sturz der Taliban wurde klar, dass man zwar diese, aber nicht die Organisation Al-Kaida und den Jihadismus besiegen könne. Die USA standen vor drei Möglichkeiten: abzuziehen (und vielleicht wiederkommen, wie im Irak 2014 angesichts des Vormarsches des ›Islamischen Staats‹); als rigide Besatzungsmacht bleiben, vergleichbar den Sowjets in den 1980er Jahren; oder der Mittelweg: der Versuch einer Stabilisierung. Um diesen Weg jedoch erfolgreich zu machen, wurden letztlich zu wenige Mittel eingesetzt, sowohl finanziell als auch militärisch. Entscheidend war dafür auch der Irak-Krieg, den die USA im Frühjahr 2003 begannen, viele Ressourcen wurden dafür aus Afghanistan abgezogen. Sehr bald ging es in Afghanistan nur mehr um den Erhalt des Status quo, nicht mehr um einen ›Sieg‹.

Selbstverständlich gab es auch Erfolge in der Aufbauarbeit: Etwa, wenn man sich die Fortschritte bei der Alphabetisierung ansieht, den Rückgang der Müttersterblichkeitsraten, überhaupt im Gesundheitssektor oder was die Rolle der Frauen in der Gesellschaft betrifft. Aber all das war stets mit einer Präsenz von außen verbunden – wie auch die Arbeitsplätze, die alleine von den USA geschaffen wurden. Letztlich setzten sich in der US-Politik andere Prioritäten durch. In Doha wurde dann mit dem Einverständnis, dass die Taliban wieder an die Macht kommen können, eine rote Linie überschritten: Alle anderen Fragen waren danach eigentlich Makulatur. Während in Doha verhandelt wurde, wurde in Afghanistan gekämpft, die Taliban bereiteten sich vor.

Die Taliban versuchten nach ihrer Machtübernahme anfangs ein ›positiveres‹ Image zu vermitteln, sie wissen heute, was westliche Politiker hören wollen.



R. Schulze



M. Bakhtari



A. Khalifa

DER NAHE UND MITTLERE OSTEN 10 JAHRE NACH DEM ARABISCHEN FRÜHLING UND 20 JAHRE NACH 9/11:

Dynamiken und Prozesse des politischen, sozialen und religiösen Wandels

Reinhard Schulze, Islamwissenschaftler, Direktor, Forums Islam und Naher Osten, Universität Bern

Die Terroranschläge des 11. Septembers 2001 und der sogenannte Arabische Frühling zehn Jahre später markieren zwei Höhepunkte in einem Umbruchsprozess, der die politischen Landkarten, die sozialen Welten und die religiösen Ordnungen im Nahen und Mittleren Osten markant veränderten. Das Ausmaß dieser Veränderungen ist durchaus mit jenen der Wendezeit in Europa rund um das Jahr 1989 zu vergleichen. Das stellt sich sogar in der geografischen Definition des ›Nahen Ostens‹ dar, der sozusagen expandiert ist. Die Trennung zwischen arabischer und nichtarabischer Welt ist aufgehoben, die Nahost-Thematik reicht heute im Osten bis Pakistan, im Kaukasus umfasst sie Aserbaidschan, und durch die Migration sogar Europa.

Wann hat die postmoderne Transformation begonnen? Eine entscheidende Phase war die Rekonstruktion der Weltwirtschaft Anfang der 1970er Jahre, als der Außenhandel zu deren tragender Säule wurde. Ein anderer Faktor wäre die Urbanisierung, eine neue Urbanität, etwa gut abzulesen am Beispiel der Entstehung Südteherans, wo sich ein neuer sozialer Raum und eine neue semiurbane Schicht bildet, die in der Revolution von 1979 eine große Rolle spielen wird. Sie bringt neue kulturelle Vorstellung mit sich: Diese ›Islamisierung‹ ist demnach ein Produkt der Sozialgeschichte der 1970er Jahre. Der stärkste soziale Wandel geht im Iran, Afghanistan und Pakistan vor sich, und er drückt sich in mehr ›Islamität‹ aus. Mit Veränderungen in den religiösen und konfessionellen Landschaften konkurrieren tiefgreifende Prozesse der Säkularisierung.

Der Transitionsprozess lässt sich an einigen Haltepunkten festmachen. Dazu gehört in den späten 1980er Jahren die Erwartung, dass ein zivilgesellschaftlicher Raum entstehen wird, der sich gegen die Autoritäten wendet. Die Herausbildung einer zivilgesellschaftlichen Idee ist etwa in der 1. Intifada zu sehen. Gleichzeitig mit dem Scheitern ideologischer Vorstellungen im Westen scheitert aber auch die Vorstellung, dass über den Islam utopische Ordnungen geschaffen werden können.

Mit den Transformationen fand auch ein Wandel der religiösen Ordnungen statt: der Verlust des Konsenses, was eigentlich noch Islam ist. Es gibt kein Selbstverständnis mehr, was den Islam definiert. Der Islam ist keine einheitliche Tradition mehr. 2001 ist nicht nur das Jahr der Al-Kaida-Anschläge in den USA, sondern auch der Beginn einer ›Entblockierung‹. Der Begriff ›Arabischer Frühling‹ taucht schon bei der Zedernrevolution 2005 auf, 2011 wird dann der große soziale Befreiungsschlag versucht, der jedoch wiederum scheitert.

AFGHANISTAN, QUO VADIS?

Manizha Bakhtari, Diplomat, Lecturer and Author. Afghanistan's Ambassador to Nordic Countries (2009–2015) and Chief of Staff of the Ministry of Foreign Affairs in Kabul (2007–2009); currently Ambassador of the Islamic Republic of Afghanistan to the Republic of Austria

Es ist drei Monate her, dass die Taliban in Kabul die Herrschaft übernommen haben – und obwohl das internationale Entsetzen darüber groß war, verschwindet nun das Interesse an Afghanistan, konstatierte die Botschafterin Afghanistans, die auch nach der Flucht ihrer Regierung aus Kabul in Wien im Amt geblieben ist. In ihrem Vortrag und der nachfolgenden Diskussion appellierte die Diplomatin, Autorin und Spezialistin für Genderfragen und Journalismus an die Öffentlichkeit, sich für die Afghanen und besonders Afghaninnen einzusetzen. Viele Faktoren hätten zum Zusammenbruch des Systems geführt, das nach dem Sturz der Taliban im Jahr 2001 aufgebaut wurde: Stellvertreterkonflikte in den Hinterhöfen Afghanistans, die Ressentiments von Afghanistans Nachbarn gegen die US-Präsenz im Land, Kriminalität und Drogenhandel, ethnische

Dispute, die von den Taliban ausgenutzt wurden, sowie Entwicklungsrückstand und Armut. Die US-Verhandlungen mit den Taliban, aus denen die afghanische Regierung weitgehend ausgeschlossen war, gaben den Taliban während der letzten Jahre ein neues politisches Gewicht. Und dann kam die Ankündigung des sofortigen Abzugs. US-Präsident Joe Biden hatte sich an das von Donald Trump vorgegebene Skript gehalten. Die afghanische Armee war zu sehr von den USA abhängig, um den Taliban etwas entgegensetzen zu können.

Die Botschafterin betonte die traditionell enge Beziehung der Afghanen und Afghaninnen zum Islam, der aber von den Taliban zur Waffe gemacht wurde. Die Auswirkungen auf den Bildungssektor, und da wieder besonders für Frauen, seien schrecklich. Höhere Bildung habe keine Relevanz, so sagte es der Bildungsminister der Taliban-Regierung selbst. Mädchen über 12 werde jedes Recht auf Bildung verweigert. Der Fortschritt, den Frauen in den vergangenen zwanzig Jahren gemacht haben, wurde in einem Augenblick zerstört. Die Taliban sind aber auch nicht in der Lage, so wie sie es versprochen hatten, für Sicherheit zu sorgen. Am Tag des Vortrags, dem 17. 11. 2021, gab es gleich zwei Bombenanschläge in Kabul. Die Verwaltung sei zusammengebrochen – abgeschafft –, und der Staat nehme seine Aufgabe, den Bürgern und Bürgerinnen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, nicht mehr wahr. Die Taliban wenden sich gezielt gegen Volksgruppen, und wie vor 2001 sind die schiitischen Hazara besonders betroffen, die vertrieben werden. Vor allem jedoch ist die humanitäre Situation akut bedrohlich, Millionen von Afghanen und Afghaninnen hungern, weitere Millionen sind vom Hunger bedroht. Sie brauchen Hilfe – unabhängig davon, wer sie regiert.

WOMEN IN LIBYA: CONFLICTED REALITIES AND HOPES

Asma Khalifa, Libyan Women's Rights and Peace Activist and Researcher

Die libysche Friedens- und Frauenrechtsaktivistin Asma Khalifa räumte gleich zu Beginn mit der irrigen Einschätzung auf, die Inklusion von Frauen unter Muammar al-Gaddafi vor allem in den Sicherheitssektor habe in Libyen den Feminismus befördert. Das Gegenteil war der Fall, in der Gesellschaft setzte sich dadurch ein sehr negatives Bild von Frauen in der Politik fest: vermännlichte Frauen, Marionetten der Macht, Teil eines Schurkenregimes. Das führte dazu, dass viele Familien ihre Mädchen so weit weg wie möglich von allem Politischen hielten. Für Frauenrechtsaktivistinnen war das nach dem Sturz Gaddafis eine sehr komplizierte Ausgangslage.

Dabei haben im Februar 2011 zu Beginn der Revolution Frauen den Protestfunken entzündet und waren während der Revolution sehr aktiv: sie demonstrierten, schmuggelten Waffen – und die Opposition nutzte das aus, um sich einen progressiven Anstrich zu geben. ›Unsere Körper wurden dazu benützt, die Agenda gegen Gaddafi aufzubauen‹, sagte Asma Khalifa. Die Stunde der Wahrheit kam, als in der Siegesrede Mustafa Abdeljalil (der Vorsitzende des Übergangsrats) den Männern alles Mögliche versprach. Den Frauen wurde allein die Rolle von Ehefrauen, Müttern, Töchtern und Schwestern zugewiesen. Für die libyschen Frauen begann der Kampf von neuem, und der Raum begann wieder zu schrumpfen. Gewalt gegen Frauen, vor allem gegen Aktivistinnen und Politikerinnen, breitete sich aus, Parlamentarierinnen wurden geradezu dämonisiert. In der Zivilgesellschaft blieben Frauen jedoch weiterhin aktiv – und brachten Lösungen zustande.

Mit der Verschlimmerung des Konflikts ab 2014 brach Recht und Ordnung völlig zusammen: Inmitten von Gewalt wird Gewalt gegen Frauen unsichtbar. Die Covid-Pandemie verschlimmerte ab 2020 die Situation für Frauen einmal mehr, denn im Lockdown steigt die familiäre Gewalt, nicht nur in Libyen. Unter den 98 Kandidaten, die sich für die Präsidentschaftswahlen vom 24. Dezember angemeldet haben, sind nur zwei Frauen. Das ist auch dem Risiko geschuldet, das Frauen eingehen, wenn sie sich politisch engagieren, neben physischer Gewalt droht ihnen auch Diffamierung.

AUF DER SUCHE NACH EUROPA

ERNEUERUNG DER EUROPÄISCHEN DEMOKRATIEN

Eine Kooperation von **FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, RENNER INSTITUT UND BRUNO KREISKY FORUM** aus Anlass der Eröffnung des Wiener Regionalbüros ›Demokratie der Zukunft‹ der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung

Begrüßung und Keynote: **Franz Vranitzky**, Gründungs- und Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums

Vorstellung der beiden Wiener FES-Büros: **Sabine Fandrych**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Podiumsdiskussion: Wie können wir die europäischen Demokratien erneuern?

Martin Schulz, Vorsitzender der FES, Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Maria Maltschnig, Direktorin des Karl Renner Instituts

Philipp Ther, Professor für Osteuropäische Geschichte, Universität Wien

Timea Szabo, Ko-Vorsitzende von Párbeszéd (›Dialog‹), Ungarn

Moderation: **Johanna Lutz**, Leiterin des FES Regionalbüro ›Demokratie der Zukunft‹, Wien

Demokratie in der Krise? – Oder im Wandel?

Im Zuge von Globalisierung, Finanzkrise und digitalem Kapitalismus stellen sich immer mehr Menschen die Frage, inwieweit demokratische Politik noch in der Lage ist zu gestalten – im globalen Großen wie im alltäglichen Kleinen. Diese Sorge geht einher mit einer steigenden Unzufriedenheit mit den etablierten Strukturen der demokratischen Interessensvertretung und Entscheidungsfindung.

Das Vertrauen in demokratische Institutionen und Akteure_innen sinkt, ebenso wie die Mitgliederzahlen und Zustimmungswerte der Volksparteien. Im Gegenzug sind rechtspopulistische, teils demokratiekritische Bewegungen im Aufwind, die soziale Probleme für ihre Zwecke instrumentalisieren. Die zunehmende Polarisierung des politischen Diskurses setzt den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter Druck.

Gleichzeitig aber bleiben das Engagement und der Einsatz der Deutschen für die Gesellschaft hoch, das hat nicht zuletzt der zivilgesellschaftliche Einsatz in der Flüchtlingshilfe gezeigt. Dieses Engagement geht einher mit der Forderung, mehr zivilgesellschaftliche Expertise in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen und mehr Möglichkeiten der direkten Partizipation am politischen Prozess zu eröffnen, nicht zuletzt über neue digitale Wege. Erleben wir eine Krise oder einen Formenwandel unserer Demokratie? Wie sieht die Demokratie der Zukunft aus, die weiterhin Mitbestimmung, Teilhabe und Interessenvertretung aller Menschen gewährleistet?

UNGARN 1956 – 2021

Zum 65. Jahrestag des Ungarn-Aufstands im Herbst 1956

Paul Lendvai, Publizist, Autor, Osteuropa-Experte, Leiter des Europa-Studios ORF und Kolumnist bei *Der Standard*
Cathrin Kahlweit, Korrespondentin für Mittel- und Osteuropa der Süddeutschen Zeitung

Am 23. Oktober 1956 löste eine Demonstration von Studenten in Budapest einen Volksaufstand gegen das kommunistische System in Ungarn aus. Die Sowjetarmee schlug den Aufstand am 4. November 1956 brutal nieder. 3000 Menschen kamen ums Leben, Zehntausende wurden verwundet, rund 200.000 flüchteten Richtung Westen. Die mit Sowjet-Panzern niedergewalzten Hoffnungen auf einen friedlichen Übergang zu einem Mehrparteiensystem, zu Demokratie und Freiheit sollten sich für die Ungarn erst mit dem Zusammenbruch des kommunistischen ›Ostblocks‹ 1989/1990 erfüllen. Im März 1990 fanden die ersten freien Parlamentswahlen Ungarns seit 1947 statt. 1999 wurde Ungarn Mitglied der NATO, 2004 Mitglied der Europäischen Union. Im Mai 2010 wurde Viktor Orbán zum zweiten Mal (nach 1998-2002) Ministerpräsident und begann, gestützt auf das mit 2/3-Mehrheit ausgestattete Rechtsbündnis Fidesz-KDNP, Ungarns staatliches System nach seinen Vorstellungen zu transformieren. Im Juli 2021 leitete die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn (und Polen) im Zusammenhang mit dem Schutz der Grundrechte ein.

Cathrin Kahlweit sprach mit Paul Lendvai über Ungarns Weg seit jenen dramatischen Wochen im Herbst 1956 und seine Einschätzung der Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in unserem Nachbarland.

Paul Lendvai, 1929 in Budapest geboren, war damals Journalist (allerdings mit Berufsverbot belegt) und erlebte hautnah jene dramatischen Tage. Im Jänner 1957 konnte er Ungarn verlassen und lebt seither als Journalist und Autor in Wien. In seinen Büchern *Die Ungarn* und *Orbans Ungarn* zeichnet Lendvai die Geschichte des Landes aber auch insbesondere die politische Figur Viktor Orbán und das damit verbundene System nach.

Cathrin Kahlweit führte ihn gekonnt in die Gegenwart und die damit verbundenen Einschätzungen zu den Wahlen im nächsten Jahr. Das Fazit für Lendvai: Er ist pessimistisch was die Möglichkeiten der Opposition betrifft, die Wahlen zu gewinnen und sieht die Zukunft Ungarns ähnlich wie unter Salazar oder Franco, ein autoritäres System, das Nachahmer in der Region finden könnte und eine wahre Sprengkraft für Europa sein würde. Nur die eigene Elite und die Zivilgesellschaft können den Kurs beeinflussen, die monetären Sanktionen seitens der EU würden wenig bewirken, Orbán & Co würden sich das Geld woanders holen.



F. Vranitzky | M. Schulz



M. Ludwig | F. Vranitzky



M. Ludwig | M. Schulz | F. Vranitzky



C. Kahlweit



P. Lendvai



Ch. Katsoulis | G. Auer Borea d'Olmo | F. Vranitzky

AUF DER SUCHE NACH EUROPA



H. Loewy



A. Burg

BORDERS. GRENZEN UND IDENTITÄTEN

Kurator: Hanno Loewy, Literatur- und Medienwissenschaftler, Direktor des Jüdischen Museums Hohenems

Während man von Globalisierung und internationaler Gemeinschaft spricht, werden überall in der Welt neue Grenzzäune und Mauern errichtet: um Staaten, besetzte Territorien und exklusive Wohnsiedlungen, zwischen öffentlichem und privatem Raum. Manche dieser Grenzen sind weit hin sichtbar, andere werden durch Sprachtests oder biometrische Verfahren gezogen. Grenzen und kulturelle Codes entscheiden über Leben und Tod, ›Identität‹ und ›Fremdheit‹, Zugehörigkeit und Ausschluss. Sie entscheiden über das Recht von Menschen, sich von einem Ort zum anderen zu bewegen oder überhaupt an irgendeinem Ort zu sein.

IRGENDWO ZWISCHEN EUROPA UND ISRAEL

Avraham Burg, Autor, ehemaliger israelischer Politiker

In Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Hohenems

Throughout his career as a politician and writer, Avram Burg followed two core pursuits: The separation between church and state and an end of occupation of the Palestinian people. Upon passing a law that defines Israel as a nation state of the Jewish people, Burg, the former President of the Knesset, appealed to the court to being registered at the population registry not as a Jew, but only as an Israeli. Doing so, he triggered a national debate and was joined in his appeal by many others. According to Burg the citizenship law redefined the nation and the notion of belonging to Israel and moved Israel from a country of ›equal but different, different but equal‹ to ›I am the sovereign, I am the Israeli, I am the Jew.‹ Burg argued how this position stood in contrast with the concept of liberal democracy, where the majority decides, and individual ›the one‹ is protected.

A secular civilisation faces the challenge to find secular answers to questions of religious dilemmas. Answers of modernity are no more sufficient and many are looking for explanations that are not necessarily logical. About 70 per cent of Israeli Prime Ministers were born in Eastern Europe. Not surprisingly, today's Israel resembles more and more the eastern European model. One monolithic tribe, the centrality of religion, enhance proto-nationalistic, chauvinist values ideas and actions. Within Israeli society, Burg sees three ›cold wars‹ waging: First, between church and state. Second, in its relationship with Palestinians; a one state solution with privileges for Jews only OR one with equal rights for ALL; Third, the neo-liberal against a social economic system.

In terms of Israel's relation to Arab states, Burg welcomes the arrival of a moment of clarity: Arab regimes never seriously committed themselves to the Palestinian cause, but used it to their advantage. The Saudi formula ›you make peace with the Palestinians and then you will have peace with us‹ has turned upside down, putting an end to the ›hypocrisy‹ of the Arab regimes and the Palestinians' trust in their Arab neighbours.



B. Klug

›OH, WHAT A TANGLED WEB WE WEAVE‹

Unasking Europe's Jewish Question

Brian Klug, Philosoph, University of Oxford

In Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Hohenems

The idea of a post-war Europe founded on universal values of human rights, justice and peace, goes by the name ›Project Europe‹ (or: ›New Europe‹). In a Jewish perspective Brian Klug offers, Jews, as Jews, are woven into the crisis of New Europe, which simultaneously is a crisis in Judaism. For New Europe is still haunted by Old Europe's ›Jewish Question‹; and Jews are too. The general sense of this toxic question (whose roots lie in antiquity) is this: ›What should Europe do with its Jews?‹ With the change from Old to New, Jews have gone from foil to model: from internal alien to ›the first, the oldest Europeans‹ (Romano Prodi). The hyphen in ›Judeo-Christian‹ writes Judaism into the European self. At the same time, Europe is written into the Jewish state: ›Europe ends in Israel. East of Israel, there is no more Europe‹ (Benjamin Netanyahu). This entwining of New Europe and the Jews entails the othering of both Islam and Palestinians. ›Oh, what a tangled web we weave‹ (Walter Scott). The lecture argues that, for the sake of the future, we need to take the web apart at the seams: un-weaving it means unravelling Europe's Jewish Question.

In the old Europe, Jews paid the ultimate price for ›the Jewish Question‹ with the Shoah. As the Shoah led to the Nakba, the cost was transferred to the Palestinians. Now, with the New Europe, the Palestinians pay the price again. They pay twice over: once for Jews being the stigmatized ›Other‹ and a second time for Jews being the valorized ›Other‹. First, they pay the price for the anti-Semitic exclusion of Jews in Europe. Then they pay for their anti-anti-Semitic inclusion. The cloak of despised ›Other‹ has settled firmly on the shoulders of the Palestinian in Israel's midst, like a hand-me-down. The ›Jewish Question‹ in Europe has turned into the ›Palestinian Question‹ in Israel. Such are the vicissitudes of European Jewish otherness.

BORDERS. GRENZEN UND IDENTITÄTEN



I. Giner-Reichl



D. Steinbock



Y. Xuetong

CHINA IM BLICK

Kuratorin: Irene Giner-Reichl, Diplomatin, ehemalige Botschafterin in China und Brasilien

Wie wir in der EU China wahrnehmen, hat Auswirkungen auf unsere politische Positionierung. Wie die EU in China wahrgenommen wird, hat Auswirkungen auf Chinas politische Positionierung. Es ist nichts Außergewöhnliches, wenn der Blick von außen und das jeweilige Selbstverständnis nicht deckungsgleich sind. Wenn es um China und die EU geht, so scheint es der Kuratorin, ist die Diskrepanz zwischen Selbstverständnis und Außensicht jedoch besonders groß. »China im Blick« versucht, die wechselseitigen Perzeptionen in einer lockeren Folge von Veranstaltungen miteinander in Dialog zu setzen und ein neues Verständnis für internationale Beziehungen im 21. Jahrhundert aufzubauen, die China maßgeblich mitgestaltet und tiefgreifend verändert.

CORONA, CHINA AND THE WORLD – MISSED OPPORTUNITIES, NEW BEGINNINGS?

Dan Steinbock, Economist, Non-Resident Fellow of Shanghai Institutes for International Studies, Founder of the Global Consultancy »Difference Group«

The current Covid19 pandemic seems to have led to a strong emphasis on national decision-making (manifested, inter alia by border closings), mounting rivalry between major nations, including the use of vaccines to strengthen alliances and a weakening of multilateralism. As could be expected, the impact of the pandemic is worst on under-privileged segments of the world's population and on emerging economies. In their talk, Irene Giner-Reichl and Dan Steinbock explored which insights Europe could draw from the reports as it struggles to move through a second wave of the pandemic, and the emerging lessons for multilateral cooperation.

Despite of the WHO's warnings of a global pandemic, neither the US nor Europe opted for a rapid action response. The WHO requested country reports but many states failed to produce these. At that moment, the epicentre was in Europe and moved to the US, and new issues emerged including testing delays, lack of masks and lack of follow up on measures, along with personal attacks on Dr Tedros and WHO leadership and institutional criticism. The absence of a central coordination mechanism, once lockdowns started to happen led to implementation challenges (f. ex. in many countries social distancing did not happen appropriately). The global spread that would have again invited for cooperation on an international level, did not lead to such.

Concerning possible international alliances around vaccine supplies such as advanced economies preferably supplying »friendly« countries, such as Russia and China have indicated to do, Steinbock noted that advanced economies have managed to secure vaccines first. This approach will backfire.

Solving the pandemic should be a moral and economic issue, but there was no moral solidarity on the international level.

SUPER POWER RELATIONS AND GLOBAL GOVERNANCE IN TIMES OF DIGITALIZATION

Yan Xuetong, Political Scientist, Professor and Dean of the Institute of International Relations at Tsinghua University, Beijing; Secretary General of the World Peace Forum

Yan Xuetong, a well-known Chinese authority on international relations, has focused his most recent work on the rise and fall of great powers, emphasizing the role of political leadership. According to Yan, super power leaderships have a strong influence on states with less power, and they are a strong factor for shaping international relations. Under the Trump administration, super power politics exacerbated trade and technology rivalries between the United States and China. Biden's Presidency gives a new momentum to the US leadership – and also to US-China relations.

China's spectacular rise has introduced a new bipolarity to the world, which is different from the one we experienced during the cold war. While the US – Soviet Union bipolarity focused on ideological expansion through proxy war, today's China – US bipolarity focuses on technological competition (see for example the conflict around Huawei). Economic competition is based on invention, innovativity and on cooperation, as implied by the Biden administration's proposal to create a »technology club« uniting democratic countries in competition against China. US – China competition creates opportunities, because both want to win European support. On the other hand, Europe fears technological dependency from either side. Other players on the international scene are adopting »hedging strategies«, i.e. by taking side between the two superpowers simultaneously but on different issues. Europe might side with China on trade and investment and with the US on security and human rights.

And what role do the African and Latin American continent play in the new (dis)order? African countries need less military support from the US but hope for economic aid from China. Their hedging strategy is thus not as obvious as those from some Asian countries located nearer to China (as Japan or South Korea). China's relations with countries in Latin America are improving: China has no political or security conflicts with them and economically there is a lot of potential for cooperation.



D. Schalko | F. Vranitzky | C. Vranitzky



F. Vranitzky | S. Gruber



D. Schalko | S. Gruber



E. Scharang

DEMOKRATIE RELOADED

Ausgangspunkt der Reihe war die Frage, ob man mit dem Begriff der ›Postdemokratie‹ die aktuellen Veränderungen des demokratischen Systems in den Blick bekommt. Die erhobene Skepsis gegenüber der ›Postdemokratie‹ als reine Verfallsgeschichte, als Verfallsform von dem, was früher eine echte, intakte Demokratie gewesen sein soll, diese Skepsis hat sich bestätigt. Das Konzept der ›Postdemokratie‹ zeigt zwar das Krisenphänomen an, mit dem die Demokratie heute konfrontiert ist – gleichzeitig ist es aber gerade dieses Konzept, das den Blick auf die spezifischen Veränderungen der Demokratie verstellt. Gibt es also eine Krise der Demokratie, droht gar das Ende des ›Erfolgsmodells‹ Demokratie, wenn die tragenden Säulen der Demokratie – Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Minderheitenschutz – bröckeln und nachzugeben drohen?

POLITIK MIT HALTUNG

Begrüßung: Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

Gespräch: Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., Gründungs- und Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums

Sabine Gruber, Schriftstellerin, Publizistin, David Schalko, Regisseur, Schriftsteller

Moderation: Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forum

Erstpräsentation des Buches ›Franz Vranitzky. Politik mit Haltung‹ von Margaretha Kopeinig

In Zusammenarbeit mit dem Czernin-Verlag

Rudolf Scholten leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, dass man vermeiden sollte, Haltung als eine Angelegenheit von früher zu sehen und ihr einen moralischen Glorienschein zu geben. Sie sei Grundvoraussetzung für ordentliches Agieren, für anständiges Verhalten. In der Politik kommt dazu, dass Entscheidungen zu treffen sind, die über sehr lange Zeit wirken und deren Wirkung oft erst sehr viel später bewertet werden kann. Umso wichtiger sind klare Prinzipien und Positionen, die Bestand haben. Ein Beispiel dafür sei Bundeskanzler Vranitzkys Rede in Jerusalem 1993. Zu Haltung gehört Konsequenz, mit gewisser Hartnäckigkeit Dinge durchzusetzen. Zugleich tendieren wir heute dazu, die Suche nach Kompromissen als Schwäche zu interpretieren. Wie versöhnt man den Anspruch auf Kompromiss mit der Notwendigkeit von Haltung?

Franz Vranitzky dazu: Im politischen Zusammenwirken mit anderen, insbesondere innerhalb einer Regierung, ist Kompromiss unentbehrlich. Die Bevölkerung erwartet Kompromisse, schätzt es nicht, wenn die Parteien einer Koalitionsregierung Meinungsunterschiede als öffentlichen Streit austragen. Letztlich ist Kompromiss aber nötig, um zu Entschlüssen zu kommen. Andernfalls kommt es zum Patt, zum Nicht-Handeln. Haltung ist, so Vranitzky weiter, verwandt mit Anstand, mit Respekt. Haben Haltung und Prinzipien gegenüber früher an ›Modewert‹ verloren?

Sabine Gruber denkt mit Sehnsucht an die Kanzlerschaft Vranitzkys zurück; das hat mit Umgangsformen, mit klarem sozialen Verständnis von Politik zu tun, mit klaren Richtlinien. Anstand bedeutet auch eine klare Abgrenzung von Verbrechen und Rassismus, wie Vranitzky es z.B. in der Affäre Reder (1985) gezeigt hat. Es braucht auch mehr Empathie in der Politik.

Wonach David Schalko sich in der Politik sehnt? Dass sich die Tonalität wieder ändert. Es ist schwer vorstellbar, dass Vranitzky und Busek sich ähnliche Nachrichten schicken könnten wie Kurz und Schmidt,

DEMOKRATIE RELOADED

deren Chats zeigen, dass sehr viel an Anstand verloren gegangen ist. Was Haltungen betrifft, so gibt es auch negative: wenn Kältherzigkeit zur Tugend erklärt wird, wie von Kurz & Co bei Abschiebungen oder der Verweigerung von Asyl für Kinder. Kompromisslosigkeit wird im Negativen gelebt, weil es einfacher ist, beim Wähler Negatives abzurufen. Verändert hat sich auch die Einstellung zum Staat – Respektlosigkeit gegenüber dem Rechtsstaat und seinen Institutionen nimmt zu. Gerade auch in der Flüchtlingspolitik schwingt die ›Ästhetik der weißen Vorherrschaft‹ mit.

Der Glaube an ›white supremacy‹ ist auch in den USA, im ›System Trump‹ tief verankert, ergänzt Vranitzky. Dazu kommt die Täter-Opfer-Umkehr im Stil von ›Ihr tut nichts für uns. Ihr tut alles für die Zugewanderten‹, der es zu begegnen gilt. Politik heißt erklären, überzeugen, einstehen.

›DIE FREIHEIT, FREI ZU SEIN‹ ©HANNAH ARENDT

Gespräche über Demokratie und Solidarität

Kuratorin: Elisabeth Scharang, freischaffende Filmemacherin, Drehbuchautorin und Journalistin in Wien

›Die Freiheit, frei zu sein‹ (©Hannah Arendt) steht als Titel über einer neuen Gesprächsreihe über Solidarität und Demokratie, kuratiert und moderiert von der Filmregisseurin und Radiomoderatorin Elisabeth Scharang. Wieviel Individualität verträgt eine Gemeinschaft und wieviel Partizipation der Bürgerinnen braucht die Demokratie? Scharang diskutiert mit ihren Gästen über Themen wie die Auflösung von Gesellschaftsverträgen, vererbte Bildungschancen und die Möglichkeiten von Bürgerinnenräten. Sie greift dabei aktuelle Debatten auf, die polarisieren und stellt ihnen in dieser Gesprächsreihe eine differenzierte Auseinandersetzung gegenüber.

MEHR FREIHEITEN FÜR GEIMPFTEN ODER BESCHRÄNKUNGEN FÜR ALLE?

Über die neue Freiheit in einer Post-Corona Gesellschaft und die Solidarität in Zeiten von ›Impfprivilegien‹

Ulrike Guérot, Politikwissenschaftlerin und Publizistin, Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems, Gründerin des European Democracy Lab

›Die (individuelle) Freiheit, die die Menschen in Anbetracht der notwendigen Regulierungen glauben fordern zu müssen, ist überholt‹, schreibt Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot in dem Band ›Begräbnis der Aufklärung?‹ aus der Reihe Wiener Vorlesungen aus dem Jahr 2019. Es braucht, so Guérot, eine anspruchsvolle Art von Freiheit, eine, die ein Ziel hat, nämlich ein würdevolles Leben für die gesamte Menschheit, selbst wenn dies mit Einschränkungen für den Einzelnen verbunden ist. 2019 wussten wir noch nicht, dass unser Leben und unsere individuelle Freiheit in Europa vor geschlossene Grenzen und Ausgangsbeschränkungen aufgrund einer weltweiten Pandemie stehen würden. Aus heutiger Sicht sind die Aussagen der Demokratieforscherin Guérot noch brisanter. Wir diskutieren derzeit über die Einführung eines digitalen



C. Emcke



E. Ozmen | B. Aumair | E. Scharang



E. Scharang | B. Aumair | E. Ozmen



E. Lechner

europäischen Impfpasses, der die Grundrechtseinschränkungen für geimpfte Personen aufheben soll. In den einzelnen EU-Staaten besteht allerdings bislang keine Einigkeit darüber, welche genauen Auswirkungen der Nachweis für die Bewegungsfreiheit der Bürger haben wird. Gemäß dem Grundrecht ist jedoch jeder Mensch mit denselben Rechten ausgestattet. Privilegien und Sonderrechte sind somit ausgeschlossen – zumindest theoretisch.

Wie ein Immunitätsausweis funktionieren kann, zeigt das Beispiel Israel. Dort ermöglicht ein sogenannter Grüner Pass seit dem 21. Februar von einer Corona-Infektion genesenen und gegen das Virus geimpften Menschen wieder mehr Freiheiten als noch Ungeimpften. Das Prinzip der Rechtsgleichheit gilt jedoch auch in der Pandemie, wie kann es dann sein, dass mit Begriffen wie Sonderrechte oder Impfprivilegien argumentiert wird? Wer hat Zugriff auf den Impfstoff und eine Impfung? Wenn man das global diskutiert, sind doch von vornherein ganz viele Länder ausgeschlossen und die Welt zerfällt in dieser Frage einmal mehr in eine 1., 2. und 3. Welt.

WELCHE BEDINGUNGEN MUSS EINE GERECHTE GESELLSCHAFT SCHAFFEN, UM GEWALT GEGEN FRAUEN UND FEMIZIDE ZU VERHINDERN?

Carolin Emcke, deutsche Autorin und Publizistin

Elisabeth Scharang diskutierte mit der Publizistin Carolin Emcke über Strukturen der Misogynie und die Frage, wie sich Gewalt entlarven und verhindern lässt. Welche Bilder und Begriffe prägen unsere Vorstellung von Lust und Unlust? Welche Mechanismen greifen, um sexualisierter Gewalt im öffentlichen Bewusstsein zu verleugnen? Ein Gespräch über das komplexe Geflecht aus Ignoranz, Verdrängung, Scham, Aggression und Kränkung, das offenbar dazu führt, dass Männer ihre Partnerinnen oder Ex-frauen ermorden; und über die Frage: Warum hat #MeToo in Österreich nicht stattgefunden?

›Ist ahnungslos, wer erwartet, nicht gedemütigt zu werden? Ist selbst schuld, wer erwartet nicht belästigt, angegriffen, verletzt, gewürgt oder ermordet zu werden? Ist naiv, wer nicht damit rechnet, mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen, gewaltsam penetriert oder mit dem Messer erstochen zu werden?‹ schreibt C. Emcke in Ja heißt ja und...

In den USA haben sich Frauen im Zuge der #MeToo Bewegung über Sammelklagen zusammengeschlossen, um sich gegen sexuelle Gewalt, die ihnen im Arbeitsleben widerfahren ist, zu wehren und die Täter vor Gericht zu bringen. Die Debatte hat die Perspektive auf sexuelle Übergriffe und die Definition dessen, was gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert wird verändert; und sie hat eine Welle der offenen Solidarität für Opfer von sexuellen Übergriffen ausgelöst.

›Ob wir nachhaltig etwas verändern können, wird vor allem davon abhängen, ob die Kritik an Machtmissbrauch und Sexismus auch jene sozialen Zonen und Lebenswelten adressiert, die prekärer und marginalisiert sind,‹ schreibt Emcke. ›Es reicht nicht, sich den sexuellen Übergriffen und Demütigungen im künstlerischen, akademischen oder medialen Kontext zuzuwenden. Sondern es geht auch um Machtmissbrauch derjenigen, die in weniger sichtbaren, weniger stabilen Jobs arbeiten z.B. die Saisonarbeiterinnen in der Landwirtschaft, Frauen in der Hotel- und Tourismusbranche, die Putzfrauen, Zimmermädchen, die Kellnerinnen und Barfrauen, es geht um geflüchtete Frauen (und junge Männer), die alleine unterwegs sind oder in Wohneinheiten leben mit unabschließbaren Duschräumen. Ob wir nachhaltig etwas verändern, wird auch davon abhängen, dass wir genauso Männer als potentielle Opfer von Missbrauch und Gewalt wahrnehmen, dass wir nicht wieder Eigenschaften koppeln an Bilder von Männern und Frauen, dass wir nicht wieder festschreiben und zuschreiben, was männlich oder weiblich sein soll.‹

›DIE FREIHEIT, FREIZU SEIN‹

VERERBTE BILDUNGSCHANCEN Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt

Betina Aumair, Literaturwissenschaftlerin, Autorin, Gender und Diversity-Beauftragte in der Erwachsenenbildung mit dem Fokus Jugendliche und junge Erwachsene

Esra Özmen, Rapperin, bildende Künstlerin, Performerin, Workshop-Leiterin für Rap/Gesang/Reimen/Texte

Ein Gespräch über Bildungschancen in Österreich, über Startbedingungen der Kinder, die Rolle der Eltern und warum die Bildungsdebatte in Österreich eigentlich eine Debatte über das traditionelle Familienbild ist. Die Behauptung, man könne mit Bildung in Österreich alles erreichen, ist ein Märchen.

In dem Buch ›Klassenreise‹ porträtiert Aumair elf Menschen, die, wie sie selbst, als erste in ihrer Familie eine höhere Schule abgeschlossen oder ein Studium absolviert haben und beschreibt die sozialen Auswirkungen eines Aufstiegs in ein bürgerliches Milieu. Mit dem formalen Bildungsabschluss ist es jedenfalls nicht getan; das weiß auch die Musikerin Esra Özmen. Sie hat an der Universität für angewandte Kunst studiert. Aufgewachsen in einer Gastarbeiterfamilie in Ottakring in Wien, war Esras Bildungsweg Ergebnis eines Zufalls: Eine engagierte Lehrerin hat das Mädchen in der Schule gefördert. Im Gespräch erzählt sie, dass die Entscheidungshilfe, was man später im Leben lernen und als Beruf ausüben möchte für viele Kinder nicht da sind; dass es mehr oder minder ein Zufall ist, ob man im Umfeld jemanden hat, der einen unterstützt. Meist eine engagierte Lehrperson. Aber kann soll die Zukunft von Kindern tatsächlich dem reinen Zufall überlassen werden? Trotz all der schmerzhaften Erinnerungen an eine Kindheit, in der man ihr gesagt habe, sie sei zu dumm für die Hauptschule, sieht Özmen heute die positiven Aspekte ihrer Geschichte. ›Ich spreche zwei Sprachen perfekt, Deutsch und Türkisch, lebe in zwei Kulturen, ich habe also von allem mehr durch meinen Migrationshintergrund. Man muss das auch so sehen! Ich frage mich, wie es jemandem geht, der keinen Migrationshintergrund hat.‹

AUFSTAND DER KÖRPER Warum wir Schönheit politisch sehen müssen

Elisabeth Lechner, Kulturwissenschaftlerin, Feministin und Referentin für Digitales in der AK Wien

›Riot, Don't Diet! Aufstand der widerspenstigen Körper.‹ ist der Titel eines im April 2021 erschienenen Buches der Kulturwissenschaftlerin Elisabeth Lechner. Derzeit ist sie in der Abschlussphase ihrer Dissertation Beyond Disgust – The Popfeminist Politics of Body Positivity über ›eklige‹ weibliche* Körper und die Body Positivity Bewegung. Lechner steht für engagierte Forschung, Kulturanalyse und Gesellschaftskritik abseits des Elfenbeinturms. Ein starkes Gerechtigkeitsempfinden und der Wunsch nach gesellschaftlicher Teilhabe für alle treiben sie an – sowohl in ihrer wissenschaftlichen, als auch in ihrer ehrenamtlichen/aktivistischen Arbeit.

Im Kreisky Forum spricht Elisabeth Scharang mit Elisabeth Lechner über die politische Sprengkraft des Umgangs mit Schönheit und verortet die Debatte über Aussehen und Diskriminierung zwischen Kapitalismus, Patriarchat und kolonialem Zusammenhang. Lechners Forschung über die Body Positivity Bewegung, die ihre Anfänge Anfang der 60iger Jahre mit sogenannten Fat Ins im New Yorker Central Park hatte, fließt in ihr aktuelles Buch ein, das sich mit den Auswirkungen und Zuschreibungen von Schönheit und Schönheitsidealen beschäftigt: Riot, don't Diet!

›Die Umprogrammierung unserer Gefühlswelt hält im Endeffekt ein System aufrecht, das uns verletzt und ausgrenzt,‹ beschreibt Elisabeth Lechner die Schönheitspolitik des 21. Jahrhunderts. Was ist die ökonomische Dimension des Konzepts Schönheit? Worin liegt das politische und das transformative Potential von Scham? Und wie hat eine globale Vernetzung feministischen Aktivismus gegen Schönheitsnormen verändert? Es ist Zeit für eine Schönheitsrevolution, sagt Elisabeth Lechner. Aber wer startet sie?



M. Hofko | E. Orth | G. Auer Borea d'Olmo



E. Orth



R. Schindel



W. Maderthaner

ES IST EIN GUTES LAND. REPUBLIKANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)

Kurator: **Wolfgang Maderthaner**, Anglist und Historiker, Verein der Geschichte der Arbeiter-Innenbewegung

In unserer Reihe ›Es ist ein gutes Land. Republikanische Geschichtsstunde(n)‹ entwirft Wolfgang Maderthaner mit unterschiedlichen Gesprächspartner-innen eine aktualitätsbezogene Geschichte jenes Raumes, der in unterschiedlichsten Grenzen und in jeweils massiv wechselnden Bedeutungszuschreibungen mit der Signatur ›Österreich‹ versehen worden ist.

ZUM 85. GEBURTSTAG VON ELISABETH ORTH

Elisabeth Orth, SchauspielerIn, Doyenne des Burgtheaters

Elisabeth Orth wurde am 8. Februar 1936 als Tochter von Paula Wessely und Attila Hörbiger in Wien geboren. Ihre Berufslaufbahn begann sie als Filmcutterin, daneben studierte sie Sprachen und war als Regieassistentin tätig, ehe sie das Max Reinhardt Seminar besuchte. Sie übernahm als Künstlernamen den Mädchennamen ihrer Großmutter mütterlicherseits: Orth. 1968 wurde sie fixes Ensemblemitglied am Burgtheater und ist es, obwohl sie von 1995 bis 1999 an der Berliner Schaubühne engagiert war, bis heute. Neben ihrem Bühnenengagement ist Orth auch für Film und Fernsehen tätig. Elisabeth Orth macht aber nicht nur als SchauspielerIn von sich reden, sondern auch durch ihr sozialpolitisches Engagement gegen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit. Neben zahlreichen Auszeichnungen wie dem Kritikerpreis Bad Hersfeld und dem Bayerischen Staatspreis erhielt Elisabeth Orth von Judith Holzmeister den Liselotte-Schreiner-Ring. Im Jahr 2006 erhielt sie das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, 2010 wurde Orth mit dem Preis der Hörspiel-SchauspielerIn des Jahres 2009 ausgezeichnet und im Jahre 2011 mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse. 2014 wurde sie Ehrenmitglied des Burgtheaters. Nach dem Tod Annemarie Düringers wurde Elisabeth Orth im Februar 2015 zur Doyenne des Burgtheaters ernannt.

Anlässlich ihres 85. Geburtstags baten wir Elisabeth Orth in Kreiskys Wohnzimmer zu einem Gespräch mit Wolfgang Maderthaner. Zur Situation der Kultur in Zeiten der Pandemie befragt, beklagte sie den offenbar vernachlässigbaren Stellenwert von Kunst und Kultur und wies kategorisch die Begriffe Kunstliebhaber und Kunstverliebte zurück. Als ›Vorkriegsware‹ wie sie sich bezeichnete, erzählte sie, wie sie als behütetes Kind den Krieg eigentlich nicht wahrgenommen hatte (›Ich war nie hungrig!‹), vom Hausarzt in Sölden, der die Einberufung des ›Attila‹ (ihres Vaters) dank einer Gallenkolik verhindert hatte, und wie der amerikanische Sergeant auf der Brücke der Tiroler Ache die kleine Holzbüste Hitlers in weitem Bogen ins Hochwasser geworfen hatte und diese in dem eiskalten Wasser unterging. Ihre Karriere als SchauspielerIn begann in der Provinz, in Ulm, was sie für einen Segen und wesentliche Voraussetzung für den Beruf sieht. Aus dieser berühmten Schauspielerfamilie stammend fand sie zwischen der disziplinierten Mutter und dem ›Naturburschen‹ Vater ihren eigenen Weg.

Elisabeth Orth ist auch eine öffentliche, politische Figur, sozialisiert durch ihre jüdische Freundin in München, die ihr die Augen für alles öffnete, das geschehen war und das geschah. ›Ich bin in der Zeitgeschichte aufgewachsen und habe im Eiltempo aufgeholt‹. Dann ihre Rückkehr nach Wien, wo ›mit dem K in dessen Wohnzimmer wir sitzen, der Mief aus dem Land vertrieben‹ wurde. Beim Namen von Bruno Kreisky, ›der uns mit Sicherheit geführt hat‹, wird Elisabeth Orth nostalgisch. Von den bildenden Künstlern der 70er Jahre – Wotruba, Fuchs – war sie hingerissen, die freie Theaterszene hatte sie nicht wirklich mitbekommen: ›Ich habe immer gearbeitet.‹

ES IST EIN GUTES LAND. REPUBLIKANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)

Was ihr Fazit der derzeitigen – pandemischen – Situation sei, fragt Maderthaner zum Schluss. ›Ich trainiere mir jeden Tag ›keine Angst‹ an. Ich sitze allein in meinem Wohnzimmer, lese und trainiere wie eine Sportlerin zum Überleben aber lasse mir nicht Angst machen.‹

DIE VERWEIGERER (©Wolfgang Benz)

Jüdisch-kommunistischer Widerstand

Robert Schindel, Schriftsteller, Dichter, Lektor an der Universität für Angewandte Kunst, Wien

In der Erinnerung an den Widerstand gegen Hitler gibt es Konjunkturen, Meinungen, Diskurse, Kontroversen. Das hat politische, wissenschaftliche und emotionale Gründe. Ein Bereich, der in der Geschichtsschreibung weitgehend ausgeklammert ist, ist der Widerstand jüdischer Kommunist:innen.

Der österreichische Schriftsteller Robert Schindel wurde am 4. 4. 1944 in Bad Hall bei Linz geboren und in die Urkunden mit dem Familiennamen Soël eingetragen. Seine Eltern, Gerti Schindel und René Hajek, österreichische Kommunisten jüdischer Herkunft, waren im Sommer 1943 von Frankreich aus als ›elsässische Fremdarbeiter‹ unter den Decknamen Susanne Soël und Pierre Lutz nach Österreich eingeschleust worden, um im Auftrag der Exil-KPÖ in Linz eine Widerstandsgruppe aufzubauen.

Nach der Entdeckung der Mission im August 1944 wurden die Eltern deportiert, der Vater wurde im März 1945 in Dachau ermordet, die Mutter überlebte Auschwitz und Ravensbrück, kehrte 1945 nach Wien zurück und fand ihren Sohn bei kommunistischen Pflegeeltern wieder. Die Zeit des Nationalsozialismus hatte er im jüdischen Spital (Ferdinandstrasse/Mohapelgasse/Tempelgasse) überlebt.

Robert Schindel hat keine Erinnerung an das letzte Kriegsjahr, als Einjährigem blieb ihm in Träumen der Nachthimmel mit Drachen, wohl der Blick aus dem Luftschutzbunker in den Nachthimmel. Er hatte mit anderen Kindern im Jüdischen Spital überlebt, Angstzustände und Alpträume hatte er als Jugendlicher. Aufgewachsen in der Tradition des marxistischen Antifaschismus, mit einer tapferen Frau als Mutter →sie hat der Gestapo Parole geboten‹ – die keinen Zweifel an Stalin aufkommen ließ, bis zur Heldenverehrung mit gestickten Deckerln und Huldigungen von zwiespältigen Intellektuellen (Brecht: Stalin-Gedicht) im Interesse der guten Sache und des Sozialismus. Für kommunistische Juden wie seine Mutter war Judentum eine Religionsgemeinschaft, und da man Atheist:in war, war man daher kein Jude/keine Jüdin. Wie sie kamen viele aus orthodoxen Familien mit einem starken Hang zum Messianismus, der ihnen im Kommunismus geblieben ist. ›Jüdin bin ich‹, sagte seine Mutter, ›wenn ein Antisemit kommt‹. Allerdings war Schindel früh mit antijüdischen Ressentiments konfrontiert →so wie ich ausschaue‹ – auf der Jesuitenwiese beim Fußballspielen zum Beispiel. Als er seine Mutter fragte, was denn ein ›Sajud‹ wäre, meinte sie ›Wir sind keine Juden, wir sind Kommunisten‹. Schindel war bis 1967 Mitglied der KPÖ, gründete 1968 die Kommune Wien als radikalen Ausdruck gegen das Establishment, fiel in den 70er Jahren in die ›Maoistenfalle‹ (›niemand ist vor Ideologisierung gefeit‹), machte alle Stationen der K-Gruppen durch bis er 1978 bei einer Protestveranstaltung zu 30 Jahre Israel reumütig seinen Irrtum erkannte und aus dem Bund austrat. Sein jüdisches Bewusstsein speist sich aus der Erkenntnis, dass ›wir die ersten sind, die über die Klinge springen werden‹. Als nicht Religiöser ist das Judentum für ihn Kultur und Identität mit aller Problematik. In den 80er Jahren begann eine kleine Gruppe von Wiener Juden und Jüdinnen, die Frage ›wer sind wir‹ zu stellen und letztlich brachte Waldheim die letzten jüdischen Kommunisten dazu, sich zu finden. Seine Literatur wurde von diesem Prozess beeinflusst, aber nicht als Einbahnstraße, sondern als gegenseitige Befruchtung. Heute sieht Schindel die Gefahr, dass Gesellschaften immer mehr nach rechts gehen und meint daher, dass der Kampf um Demokratie und gegen Rechtsextremismus Vorrang hat



H. Konrad



K. Stocker | W. Maderthaler

DAS PRIVATE IST POLITISCH: MARIANNE UND OSCAR POLLAK

Helmut Konrad, Historiker, war 1993 – 1997 Rektor der Karl-Franzens-Universität Graz und Leiter des dortigen Instituts für Geschichte. Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur politischen Geschichte der Ersten Republik und zur Alltagsgeschichte. Zahlreiche Veröffentlichungen.

In Zusammenarbeit mit dem Picus-Verlag

Selten haben zwei Menschen eine Bewegung, ein Land, eine Zeit so sehr geprägt wie die Journalistin Marianne und der Journalist Oscar Pollak. Selten finden sich auch Lebensläufe, in denen das Private so sehr vom Politischen – von politischen Überzeugungen und deren Vermittlung – durchsetzt war. Die beiden prägten den österreichischen Journalismus der Zwischen- und Nachkriegszeit, Marianne Pollak als eine der ersten sozialistischen Nationalratsabgeordneten, die sich nicht nur für die Frauenrechte, sondern auch für das Recht auf Abtreibung engagieren, und als Chefredakteurin der Frau, Oscar Pollak als langjähriger Chefredakteur des Zentralorgans der SPÖ, der Arbeiter-Zeitung. Helmut Konrads Doppelbiografie zeichnet nicht nur das Leben und Wirken der beiden nach, sondern wirft auch einen Blick auf den Umgang der Sozialistischen Partei mit Emigrantinnen und Emigranten.

Eine umfassende politische Doppelbiografie zweier wegweisender österreichischer Persönlichkeiten und damit ein Kapitel der Geschichte der frühen Jahre der Zweiten Republik

VORWÄRTS IN DIE ZUKUNFT: DIE REVOLUTIONÄREN 70ER JAHRE

Kurt Stocker, Filmproduzent, Mitbegründer des Instituts für Kulturstudien

Kurt Stocker, aufgewachsen im obersteirischen Trieben und in der Ramsau, wollte schon früh ›die Welt verbessern‹. 1975 ging Stocker, der große Sehnsucht nach Kultur, Urbanität und Anonymität hatte, nach Wien und begann ein Studium der Psychologie und Pädagogik, engagierte er sich in der Studierendenvertretung und gründete die Institutsgruppe Psychologie mit.

Im Gespräch mit Wolfgang Maderthaler, der ebenfalls Mitte der 70er Jahre aus dem Waldviertel zum Studium nach Wien kam, erinnert er sich an die Atmosphäre dieser Jahre: Wien war Frontstadt des Kalten Krieges, grau und unfreundlich. Doch es begann sich eine linke Subkultur zu organisieren, die erstmals in der Arena-Besetzung kulminierte und zur Gründung des autonomen Kulturzentrums ›Amerlinghaus‹ im 7. Bezirk führte. Im Sog der Modernisierungspolitik der SPÖ-Alleinregierung von Bruno Kreisky wuchs eine Generation heran, deren Lebensgefühl von der Rock-Musik der Stones und Beatles ebenso beeinflusst war wie von Impulsen der Studentenrevolte der Sechziger. Prägend war auch der ›neue‹ Feminismus mit Leitfiguren wie Alice Schwarzer.

Ein Interessenschwerpunkt Kurt Stockers lag auf kultur- und sozialwissenschaftlichen Studien und Projekten, seine Leidenschaft galt einer ›Sozialwissenschaft im Sinne der Aufklärung‹. Mit Gleichgesinnten gründete er das ›Institut für Kulturstudien‹. Eine der ersten Studien zur psychotherapeutischen Versorgung in Österreich wurde zur Grundlage des Psychotherapiegesetzes.

Als Geschäftsführer der ›Dor-Film‹ produzierte er neben preisgekrönten Filmen wie ›Indien‹ ›Hinterholz 8‹ oder ›Komm, süßer Tod‹ auch erfolgreiche TV-Serien. Eine weit über Österreichs Grenzen hinauswirkende Produktion war ›Im toten Winkel – Hitlers Sekretärin‹: Andre Heller interviewte dafür Traudl Junge, die Stocker als ›fleischgewordene Aufarbeitung der Geschichte‹ beschrieb. Die dafür entwickelte Interviewtechnik wurde Grundlage der – noch laufenden – Serie ›Menschenkinder‹.



R. Misik



V. Bohrn-Mena

GENIAL DAGEGEN

Kurator: **Robert Misik**, Autor und Journalist

Die Fragen, die in der Reihe ›Genial dagegen‹ seit 2005 erörtert werden kreisen grob um die drei großen Fragen:

- Was macht der soziale Wandel mit unserer Gesellschaft – und wie strukturiert er die Arbeitsgesellschaft der Zukunft?
- Was sind die intellektuellen Grundlagen und praktischen Vorschläge einer linken Wirtschaftspolitik, die in Zukunft ökonomische Gleichheit, Wohlstand für alle und mehr Sicherheit garantieren will?
- Und welche politischen Kräfte können in Zukunft Motor dafür sein, die Gesellschaft zu verbessern und voran zu bringen?

LEISTUNGSKLASSE

Wie Frauen uns unbedankt und unerkannt durch Krisen tragen

Veronika Bohrn Mena, Autorin, Arbeitsmarktexpertin und Kolumnistin

›Die neue Arbeiter-innenklasse ist stark weiblich dominiert. Die atypische prekäre Beschäftigung ist mittlerweile zur weiblichen Norm geworden‹, schreibt Veronika Bohrn Mena in ihrem Buch ›Leistungsklasse‹, das darüber berichtet, wie vor allem Frauen Gesellschaften durch die Krise bringen. Die Monate der Corona-Krise haben den Diagnosen der 34jährigen Publizistin und Arbeitsmarktexpertin Bohrn Mena zusätzliches Gewicht gegeben. Es sind meist Frauen, die als Systemhalter den Laden am Laufen halten, mit niedrigem Status, oft niedrigem Einkommen und geringer Sicherheit, und für die dann jetzt geklatscht wird. Von jenen, die unmittelbar nach Pandemiebeginn ihren Job verloren haben, waren 55.000 Frauen und 9.000 Männer. Im Homeoffice haben Frauen den Großteil der Hausarbeit und des Distance-Learning übernommen, Frauen tragen schon zu normalen Zeiten einen Großteil der privaten Pflegekosten.

Bohrn Menas Buch lebt nicht nur von Zahlen und Daten, sondern auch von exemplarischen Porträts. Unsere Sozialsysteme gehen von 45 Jahren fitter, ununterbrochener Erwerbsarbeit aus. ›Aber diese 45 Jahre sind praktisch unerreichbar, wenn man Kinder bekommt, wenn man arbeitslos wird, wenn man Krankheitsphasen hat – unser Sozialsystem beruht somit auf einer Fiktion‹, so Bohrn Menas Resümee.

DER PERSONALCHEF

AMS-Vorstand über den Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und die Aufgaben staatlicher Arbeitsmarktpolitik
Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice Österreich (AMS)

Die Corona-Pandemie ist eine Gesundheitskrise, aber auch eine Wirtschafts- und damit eine Arbeitsmarktkrise. Neben dem Einbruch der Konsumnachfrage und dem praktischen Zusammenbruch der Tourismusindustrie ist die Ursache dafür natürlich die Abfolge von Lockdowns und die behördliche Schließung ganzer Branchen. Eine Monsteraufgabe also für die Arbeitsmarktpolitik. Johannes Kopf, Mitglied des Vorstandes des AMS, verdeutlicht im Gespräch, welche unmittelbaren und längerfristigen Überlegungen hier angestellt werden müssen.

Das wirksamste, aber auch schwierigste Mittel war die Kurzarbeit, mit Hilfe derer es gelungen ist, rund 500.000 Arbeitsplätze zu retten. Weder die Firmen noch das AMS selbst waren darauf vorbereitet, da

ES IST EIN GUTES LAND. REPUBLIKANISCHE GESCHICHTSSTUNDE(N)



J. Kopf



J. Galbraith

bisher Kurzarbeit vor allem für einzelne, große Konzerne angewendet wurde: Jetzt wurde das Instrument für viele zigtausende, auch kleine Unternehmen angewendet. ›Das waren bisher Einzelfallmaßnahmen, wir hatten dafür vor der Krise nicht einmal digitalisierte Antragsprozesse.‹ Wesentlich wird sein, dass bis zum Ende der Pandemie so viele Unternehmen und Arbeitsplätze wie möglich gerettet werden, damit es dann wieder schnell bergauf gehen kann. ›Wir werden sicherlich bald wieder sinkende Arbeitslosenzahlen sehen, aber weiter auf einem unakzeptabel hohen Niveau bleiben.‹ In den Krisen der letzten Jahrzehnte blieb immer eine höhere Sockelarbeitslosigkeit zurück. ›Um hier eine Umkehr zu schaffen, braucht es einen langen Aufschwung.‹ Auch unter Normalbedingungen gibt es chronische Arbeitsmarktinstabilität, eine Million Menschen pro Jahr sind über eine kürzere oder längere Phase arbeitslos. Das größte Problem, so Kopf, werden jene Menschen bekommen, die schon vor Corona arbeitslos waren und aufgrund der Krise zu ›Langzeit-Arbeitslosen‹ wurden – und jene, die seit Beginn der Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben. Beschäftigungsmaßnahmen von der Art der ›Aktion 20.000‹ sind ›sinnvoll‹, so Kopf, gehören aber in die Hände der Kommunen, da hier öffentliche Aufgaben finanziert werden, ›denn damit werden neue gemeinschaftliche Dienstleistungen geschaffen.‹

THE US AND THE GLOBAL ECONOMY AFTER COVID-19

James K. Galbraith, American Economist, Lyndon B. Johnson School of Public Affairs at the University of Texas at Austin

Unmittelbar nach dem Amtsantritt der neuen US-Regierung von Joe Biden war James K. Galbraith, einer der führenden amerikanischen progressiven Ökonomen im Zoom-Talk zu Gast. Galbraith attestiert dem neuen US-Präsidenten einen fulminanten Start. Biden habe ein ambitioniertes, massives Programm aufgelegt, mit dem die Gesundheits- und die Wirtschaftskrise bekämpft werden soll. Bereits mit der Inaugurations-Rede positionierte sich Biden als progressiver Präsident, der nicht neutral in der Mitte regieren wolle. ›Ich war selbst sehr überrascht‹, so Galbraith. Die Demokraten haben die Präsidentschaft gewonnen, das Repräsentantenhaus und sogar den Senat. ›Biden sagt: Ich bin der Präsident, das ist das Problem, und das ist mein Vorschlag, wie wir damit umgehen sollen – damit gewinnt er die Leute, ohne sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu orientieren. Das ist seine Chance.‹ Er sei sehr froh, meint Galbraith, ›dass ein ganz fürchterliches Wort jetzt nicht gefallen ist, das vom »Stimulus«‹. Diese Idee, die durchaus innerhalb des keynesianischen Systems populär ist, dass man mit Konsumanreizen die Konjunktur anspringen lässt, ›tut so, als müsste man nur Benzin in einen Motor füllen, dass aber der Motor vollkommen perfekt sei.‹ Die Aufgabe der nächsten Jahre werde aber sein, eine ganz neue Ökonomie zu bauen mit neuen Firmen, die innovativ und produktiv sind und viele Millionen sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze bereitstellen. Es braucht also neue Industrien und eine neue Gerechtigkeit und die ist nur mit vorausblickender staatlicher Investition zu haben, nicht bloß mit ›Konjunkturprogrammen, die die Nachfrage stimulieren.‹



E. Scharang



S. Khorsand

DIE NEUE (AB)NORMALITÄT: Unser verrücktes Leben in der pandemischen Welt

Robert Misik, Journalist und Autor

Elisabeth Scharang, Drehbuchautorin, Filmemacherin, Dramaturgin, Radio- und Fernsehmoderatorin

In Zusammenarbeit mit dem Picus-Verlag

Kreisky Forum-Kurator Robert Misik präsentierte sein neues Buch Die neue (Ab)Normalität. Unser verrücktes Leben in der pandemischen Gesellschaft im Gespräch mit der Radio- und Filmemacherin Elisabeth Scharang.

Pandemien waren immer schon Übergangszeiträume, teilweise mit revolutionären Wirkungen. Sie änderten das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Ohne die Pest wäre die Entstehung des absolutistischen Staates und einer rationalen, zentralisierten Verwaltung anders verlaufen. Seuchen wie die Cholera stärkten die Idee, dass nur ein Gesundheitssystem, das für alle funktioniert, das Individuum schützen kann. Es war die Geburt des öffentlichen Gesundheitswesens. Ansteckungsketten verbinden uns – wir werden als Gesellschaft noch mehr zu einem Organismus, als wir es ohnehin sind. Das Volk wurde, nachdem die Keime entdeckt waren, zu Sauberkeit erzogen.

Epidemien sind, wenn man so will, ein Foucaultscher Moment. Sie stärken eine rationale Verwaltung, etablieren autoritären Zugriff auf das Individuum, zugleich aber auch paternalistische Effekte von Erziehung und Selbsterziehung, sanitäre Vorschriften und hygienische Ratschläge, deren Befolgung sozialer Kontrolle unterliegt, die aber wiederum auch den Individuen zur zweiten Natur werden sollen. Sie etablieren Gesundheitsinstitutionen vom Pesthaus über die Klinik bis zum Sanatorium, Forschungseinrichtungen später auch, und während der Epidemien und in ihrem Nachgang gehen sozialer Fortschritt und autoritärer Verwaltungsstaat ein seltsames Bündnis ein.

›Jeder würde dafür sterben, berührt zu werden und menschlichen Kontakt zu haben‹, schreibt der New Yorker Fotograf und Essayist Bill Hayes in seinem Buch How we live now. Erinnern wir uns noch?, fragt Hayes. Das letzte Mal, als ich einem Fremden die Hand geschüttelt habe. Das letzte Mal, als ich Menschen tanzen gesehen habe. Das letzte Mal als ich an einem Tresen lehnte, nachts in einem Club war. Das letzte Mal, als ich im Theater war. Das letzte Mal, als ich jemanden küsste. Das letzte Mal, als ich mit anderen im Aufzug fuhr ohne Angst.

Auch dieses Jahr Eins der pandemischen Gesellschaft war ein spannendes Sozialexperiment, das nur den Nachteil hat, dass wir in diesem Versuch die Beobachter und zugleich die Laborratten sind.

PATHOS

Solmaz Khorsand, Autorin, Journalistin, derzeit beim Schweizer Magazin Republik

In Zusammenarbeit mit dem Verlag Kremayr&Scheriau

›Pathos‹ – Die Journalistin Solmaz Khorsand über Politik mit Gefühlen

Was ist ›Wir‹ und wie kommt man da rein? Die Journalistin Solmaz Khorsand treiben ganz ähnliche Fragen um wie Judith Kohlenberger. Khorsand hat in der Reihe ›übermorgen‹ des Verlags Kremayr&Scheriau einen luziden Essay über Pathos geschrieben und in einer ›virtuellen Buchpräsentation‹ für das Bruno Kreisky Forum vorgestellt.

Unter ›Pathos‹ verstehen wir in der Alltagssprache nicht selten großspuriges Gerede, einen Sprechmodus, wie ihn Staatsmänner, Kardinäle oder auch Revolutionäre anschlagen können, die von Tribünen hi-



R. Misik | S. Khorsand



Ch. Wenisch



M. Rau



J. Kohlenberger

nunter schmettern. Womöglich denken wir an ›hohles Pathos‹. Aber Pathos ist viel mehr, es ist die Emotion, mit der wir unsere Argumente versehen. Pathos ist alles, was uns gefühlsmäßig ›anfasst‹. Pathos ›bedeutet Macht‹, schreibt Khorsand. ›Erst wenn die eigene Bewegtheit andere bewegt, kommen die Dinge ins Rollen.‹ Pathos quillt aber auch überall raus. ›Es ist ermüdend, dem Pathoskonzert auf Dauer zuzuhören.‹

Es ist eine komplizierte Sache mit dem Pathos, es kann der Gerechtigkeit dienen oder zu Genoziden aufhetzen. Und, so Khorsand, nicht allen wird das gleiche Recht auf Pathos zuerkannt. Das Pathos der einen wird sofort anerkannt, das Pathos anderer als ›weinerlich‹ und ›übertriebenes Geheule‹ abgetan. Wir alles sollten die Lautstärke manchmal runter drehen, meint Khorsand, aber diejenigen, die sowieso leicht Gehör finden, sollten damit, salopp gesagt, als erste beginnen.

WANN HABEN WIR ES ÜBERSTANDEN, HERR DOKTOR WENISCH?

Christoph Wenisch, Infektiologe, Vorstand der 4. Med. Abteilung mit Infektions- und Tropenmedizin der Klinik Favoriten, Wien

Christoph Wenisch ist als Leiter der Infektionsabteilung der Klinik Favoriten einer jener Ärzte in Österreich, die ganz vorne an der Front der Pandemiebekämpfung stehen. Und auf seine gewinnende Art hat er der Bevölkerung auch ein Gefühl des Optimismus gegeben, dass das jetzt eine Herausforderung ist, die wir meistern werden.

›Da helf ma zsam‹, sagt er im sympathischen Wienerisch, ›das machen wir sowieso jeden Tag‹. Das, so Wenisch, sei ›so ein Grundprinzip‹. Das ist auch ein Gebot der Solidarität mit den Verletzlichsten, denn die Pandemie ist auch ungerecht: Es sind die arbeitenden Klassen, die am Exponiertesten sind, und es sind die Ärmsten, die es am härtesten trifft: ›Wenn sieben Leute in einer kleinen Wohnung wohnen, dann sind sechs Leute sicher krank‹, damit fängt die soziale Ungleichheit in der Pandemie schon einmal an. Nichts regt ihn mehr auf als eine Rhetorik der Angst, vor allem dann, wenn sie von der Staatspitze kommt. ›Als Kanzler hast du eine Managementfunktion‹, deswegen ›ärgere ich mich immer noch‹ über den Kurz-Sager, wonach jeder bald jemanden kennen würde, der an Corona verstorben sei. Harte öffentliche Debatten über für und wider von Corona-Maßnahmen stören ihn dagegen weniger. ›Das ist eine Form von gesellschaftlicher Beziehungsarbeit. Diese Abwägung und die Wertedebatte, was den unterschiedlichen Gruppen wichtig ist. Das finde ich gut.‹ Erst dadurch kann klar werden, dass wir alle mittun müssen. ›Es führt kein Weg darum herum, dass man zusammenhält.‹

WIR

Judith Kohlenberger, Kulturwissenschaftlerin und derzeit am Institut für Sozialpolitik der WU Wien tätig. Sie forscht zu Fluchtmigration, Integration und gesellschaftlicher Teilhabe. In Zusammenarbeit mit dem Verlag Kremayr&Scheriau

›Das Wir gibt es nicht. Es existiert schlichtweg nicht‹, schreibt Judith Kohlenberger gleich vorne in ihrem Essayband mit dem schlichten Titel Wir. In Gesellschaften leben Menschen unterschiedlicher Milieus, divergierender Lebenslagen, diverser Werte, Junge, Alte, Familien mit Kindern, Singles, Leute unterschiedlicher ethnisch-kultureller Identitäten. Alle irgendwie anders. Und doch wird genauso oft ein ›Wir‹ beschworen wie das Fehlen eines ›Wir‹-Gefühls beklagt. Dass Menschen, die gemeinsam an einem – wie auch immer umgrenzten – Raum leben, zusammengehören, wird mal mehr, mal weniger stark empfunden,

gelegentlich wird auch ein kuhwarmes ›Wir-Gefühl‹ ersehnt. Solidarität etwa kommt ohne ›Wir‹-Gefühl schwer aus, und in der Praxis sind Solidaritätsgefühle dann stärker, wenn sich die Beteiligten als ›Ähnliche‹ empfinden, und es ist daher immer auch umkämpft, wer zur ›In-Group‹ oder der Solidargemeinschaft dazu zählt, oder wieder anders gesagt: Zum Wir.

Deswegen ist das ›Wir‹ zugleich so wichtig und auch so gefährlich, denn es kommt ohne Abgrenzung schlecht aus: Wir und die Anderen. Nicht übersehen werden dürfe, ›dass das inflationäre Wir nicht nur Einheit schaffen, sondern auch Spaltung erzeugen kann‹, schreibt die Kulturwissenschaftlerin Kohlenberger, die an der Wirtschaftsuniversität lehrt und als Migrations- und Arbeitsmarktforscherin das ›Wir‹ von den Rändern her denkt, also der Frage nachgeht, wie Diskriminierte, Neuhinzukommende, sogenannte ›Anderere‹ in das ›Wir‹ der Solidargemeinschaft hinein kommen.

War früher das ›Wir‹ mit starker Ähnlichkeit, mit Nation, relativer ethnischer Homogenität verbunden, so bewegen ›wir‹ uns langsam zu einem postnationalen ›Wir‹, und das geht nicht ohne Konflikte ab, oder, wie Kohlenberger das nennt, mit ›Wachstumsschmerzen‹. Hinzu kommt, dass nicht nur Migration und Diversität eine Herausforderung für das ›Wir‹ ist, auch eine neoliberale Ego-Gesellschaft, Individualisierung und die kulturelle Ausdifferenzierung machen ›Wir‹-Ideen prekär. Nicht nur Minderheiten haben das Problem, nicht Teil des ›Wir‹ zu sein, auch die angeblichen Mehrheiten fragen sich, wo denn das ›Wir‹ geblieben ist, das sie sich ersehen.

Über all diese Fragen lässt sich entlang des luziden Essays von Judith Kohlenberger gut nachdenken.

KUNST.REVOLTE.REVOLUTION

Milo Rau, Schweizer Regisseur, Theaterautor, Essayist und Wissenschaftler

Der Schweizer Milo Rau ist der vielleicht spannendste Theatermacher der Gegenwart. Alle Jahre wieder wird er von Branchenmagazinen als ›Regisseur des Jahres‹ prämiert oder werden seine Produktionen zur ›Inszenierung des Jahres‹ gewählt. Gerade hat er mit einer Kino-Produktion für Furore gesorgt: Auf Einladung von Matera, der ›Europäischen Kulturhauptstadt 2019‹, drehte er einen Jesus-Film, ›Das Neue Evangelium‹. Dabei arbeitete er mit lokalen Anwohnern, berühmten Schauspielern und Migranten, die als rechtlose Arbeiter in der süditalienischen Agrikulturindustrie arbeiten. Ausgebeutet, in der Hand der Mafia. Raus ›Jesus‹ ist ein schwarzer Migrant, der eigentümliche Film, der Spielfilmelemente (die Passionsgeschichte), mit dokumentarischen Elementen kombiniert, ist ein Dokument der ›Revolte der Würde‹. Ein Film, der politisch wachrüttelt, der aber auch ganz praktische Folgen hat. Fair produzierte Güter von Genossenschaften, die die Migranten selbst organisierten, werden mit dem Film vertrieben.

Milo Rau ist ein politischer Künstler, und zwar einer, der stets Grenzen überschreitet, auch für Skandale sorgt, der sich aber vor allem nicht damit begnügt, gesellschaftskritische Themen einfach für eine abendliche Unterhaltung für ein kritisches Stadtpublikum auf die Bühne zu bringen.

Milo Rau spricht vom ›globalen Realismus‹, zu dem gehöre, dass die Kunst auch Folgen haben müsse, also nicht nur reale Ereignisse auf die Bühne bringe, sondern vor allem Effekte in der Realität haben solle. Ziel: dass die Darstellung ›selbst real wird‹.

Ganz andere Formate, die Milo Rau bekannt machten, waren die ›Reenactments‹, wie jene der Moskauer Prozesse, der Zürcher Prozesse oder auch des Kongo-Tribunals. Inszenierungen insofern, als sie theatrale Formen schufen wie etwa die künstliche Situation einer Gerichtsverhandlung mit ihren klaren Regeln, an die sich die Akteure zu halten hatten wie die Schauspieler an ihren Text, aber sie waren doch offen, es war unklar, was geschehen würde.



R. Misik | T. Ehs

Politische Kunst, die Avantgarde, die neuen Stile – sie haben einen wesentlichen Beitrag in der Geschichte. Es ist eine große Frage, wie die Kunst wirklich einen Beitrag zur Veränderung der Welt leisten kann. In jedem Fall: Indem sie Grenzen überschreitet, sich nicht mit Kleinigkeiten begnügt. Mit dem ›globalen Realismus‹ will Milo Rau ›Moralismus und Alarmismus in die Rente schicken‹. Seinen Produktionen folgt das Publikum oft, indem es den Atem anhält. Zuletzt triumphierte Rau bei den Wiener Festwochen mit ›Orest in Mossul‹.

KRISENDEMOKRATIE Sieben Lektionen aus der Coronakrise

Tamara Ehs, Politikwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte an der Universität Wien

Notsituationen wie die Covid-19-Krise sind eine demokratische Herausforderung, oder, wie Angela Merkel das formulierte, eine ›demokratische Zumutung‹. Einerseits, weil die Regierungen in einer Pandemiesituation tief in den Alltag der Bürgerinnen und Bürger hineinregieren und daher die individuelle Autonomie stärker eingeschränkt ist oder scheint als normal, andererseits, weil schnell und unter den Bedingungen von Dringlichkeit entschieden werden muss. Es ist die Stunde der Exekutive, die mit heißer Feder Gesetzentwürfen ins Parlament schickt oder gleich mit Verordnungen regiert.

›Demokratie in Quarantäne‹, nennt das die Politikwissenschaftlerin und Demokratieforscherin Tamara Ehs. Gefährlich wird das besonders dann, wenn Parteien und Politiker am Ruder sind, ›die der autoritären Versuchung ohnehin nicht abgeneigt sind‹. Demokratische Verfahren werden dann mit einer gewissen Lässigkeit behandelt – von ›juristischen Spitzfindigkeiten‹ sprach Bundeskanzler Sebastian Kurz abschätzig, mit denen man ihn nicht behelligen möge, das Parlament wird zur Abnick-Maschine, und in die politische Rhetorik schleicht sich sogar ein Gestus des Paternalismus ein, ein beherrschender Ton gegenüber der Bevölkerung, wenn nicht sogar ein Zungenschlag von Befehl und Gehorsam. Demokratie ist bürgerfern und Partizipation wird, wo vorhanden, dann ausgehebelt, wenn sie unbequem wird. Im Gespräch ›In Kreiskys Wohnzimmer‹ erinnert Tamara Ehs daran, dass aber im demokratischen Rechtsstaat ganz primär nicht die Bürger und Bürgerinnen, sondern die Regierenden die allerersten Rechtsunterworfenen sind – ihr Regieren hat immer durch Gesetze begründet und durch diese daher auch beschränkt zu sein. Stabile, tief verwurzelte Demokratie heißt für Ehs daher, diese ›besser auf Ausnahmesituationen vorzubereiten‹.

›JEDER MENSCH HAT DAS RECHT AUF EIN GUTES LEBEN‹

Michael Häupl, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien a.D., Präsident des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF), Präsident der Volkshilfe Wien

So wie es zwei Päpste gibt, gibt es in Wien ›zwei Bürgermeister‹. Den amtierenden Bürgermeister Michael Ludwig und den unverändert ebenso populären Alt-Bürgermeister Michael Häupl. Häupl, der 24 Jahre der Stadt vorgestanden war, hat sich – nach einer überstandenen schweren Krankheit, die ihn sogar drei Wochen auf die Intensivstation brachte – eine neue große Aufgabe gefunden: Als Präsident der Volkshilfe in Wien widmet er sich der ureigenen Aufgabe der Sozialdemokratie, nämlich Armut und bittere Not und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. ›Am Ende geht es um den Einzelnen‹, sagt er. In einem umfassenden, launigen Gespräch von beinahe eineinhalb Stunden spricht Häupl über die Fehler der Bundesregierung bei



M. Häupl



B. Marin

der Pandemiebekämpfung, den türkisen Dauerpopulismus und das Unvermögen des grünen Regierungspartners, hier wirklich dagegen zu halten. Aber auch über Probleme der Sozialdemokratie spricht Häupl offen: Die Sozialdemokratie wird immer viele verschiedene Haltungen vereinigen und unterschiedliche Milieus umfassen, das ist ihre Stärke. Aber: ›Sie spricht nicht wie die Leute‹. Es ist nicht das Problem, dass die Sozialdemokratie eine Allianz aus neuen urbanen Mittelschichten und den arbeitenden Klassen ist – das war sie immer schon, das ist das Geheimnis ihres Erfolges –, sondern dass sie in ihrer Rhetorik den politisch-technokratischen Slang angenommen hat. ›Wirklich schwierig wird es, wenn Menschen aus einer Lebenswirklichkeit kommen und diese absolutieren. Wenn man nicht begreift und annimmt, dass es auch andere Lebenswirklichkeiten gibt und man die verstehen muss‹. Sozialdemokratische Funktionäre müssen diese Lebenswirklichkeiten verstehen und auch die Instinkte und Werte der Menschen, vom Fabrikarbeiter bis zur Verkäuferin bis zum Beschäftigten bei der Müllabfuhr in einer kleinen Gemeinde am Land. Es gibt schon Funktionäre, so Häupl, ›die relativ selten solchen Leuten begegnen‹.

DIE WELT DANACH Leben, Arbeit und Wohlfahrt nach dem Corona-Camp

Bernd Marin, Sozialwissenschaftler, Politikberater, Autor in Zusammenarbeit mit dem Falter-Verlag

Bernd Marin ist nicht nur einer der profiliertesten Sozialwissenschaftler Österreichs, als ehemaliger Professor an der European University in Florenz oder als Direktor des European Centre for Welfare Politics ist er international bekannt ›große Nummer‹, er ist vor allem einer jener Intellektuellen, mit denen man instinktiv den Begriff ›geistreich‹ verbindet. Wenn Bernd Marin ins Nachdenken kommt, dann ist es immer ein Abenteuer, zu sehen, wo ihn das hintreibt. Auch Bernd Marins Gespräch mit Robert Misik ›in Kreiskys Wohnzimmer‹ war so ein Abenteuer des Geistes, ein Gespräch, das in jeder Hinsicht offen ablief.

Dabei ging es um Marins neuestes Buch Die Welt danach, über Leben, Arbeit und Wohlfahrt nach dem Corona-Camp. In einen großen Tour d'Horizon wurde ergründet, was die Corona-Ausnahmesituation mit uns gemacht hat. Die großen Irrtümer – etwa das Framing der Pandemie ›als eine Art Altenseuche‹, wobei tunlichst übersehen wurde, dass die Übersterblichkeit gerade bei den Jungen am höchsten war. Marin konstatierte gerade im österreichischen Kontext ›Schlawinertum‹ und ›Schlitzohrigkeit‹ und bei einer zunächst erfolgreich agierenden Regierung (›wir hatten einfach Glück‹) dann ein Abgleiten in Paternalismus, autoritäres Gehabe und zugleich irrational langes Abwarten in der zweiten Welle. Im internationalen Vergleich konstatiert er: ›Je erfolgreicher eine Regierung, desto rationaler und unrepräsentativer‹. Das Vermeiden vermeidbaren Todes mache sofort verschiedene Zielkonflikte auf, da ja auch Arbeitslosigkeit gesundheitliche Auswirkungen hat und Tote fordert. Letztendlich muss man das im Blindflug beurteilen, wie auch Regierende im Blindflug – oder besser: unter den Bedingungen von Ungewissheit – entscheiden müssen, da ja die Zahl der durch die Anti-Pandemie-Maßnahmen geretteten Leben genauso spekulativ ist wie die Zahl derer, die durch Armut noch sterben werden.



R. Misik



M. Marterbauer

MASSENARBEITSLOSIGKEIT, KLIMAKRISE, UNGLEICHHEIT Die drei größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen 2021

Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer, Vizepräsident des Fiskalrates u. Universitätslektor, Experte im Budgetausschuss des österr. Nationalrates und Mitglied im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen

Ein Wirtschaftseinbruch von historischer Dimension, ein Anstieg der Massenarbeitslosigkeit auf knapp unter 500.000 Menschen und ein Kollaps der Konsumnachfrage: das hat die Pandemie verursacht. Aber es ist eine seltsame Wirtschaftskrise, da sie ja nicht ihren Ausgangspunkt im ökonomischen System genommen hat, sondern als Folge der Gesundheitskrise und von Lockdown-Maßnahmen. Mit kluger Politik kann das Land daher auch schnell wieder aus der Krise finden, wenn die Pandemie einmal überwunden ist.

Die Hauptprobleme aus Sicht von Markus Marterbauer, dem Chefökonom der Arbeiterkammer: Rund eine Million Menschen haben signifikant an Einkommen verloren, dazu gehören die rund 150.000 zusätzlichen Arbeitslosen, die Langzeitarbeitslosen, die insbesondere wegen der Covid-Krise nicht zeitnah einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, schwer getroffene EPU's und Kleinunternehmen sowie jener Teil der von Kurzarbeit Betroffenen, die signifikante Einkommenseinbußen hatten. Gerade denen, die die am härtesten Erschütterten sind, hätte der Staat stärker helfen müssen und muss es in der Post-Krisen-Ära, damit die Konsumnachfrage wieder anspringt und die Arbeitslosen auch schnell wieder einen Job finden. Dafür braucht es öffentliche Investitionen, da nur diese schnell neue Beschäftigung generieren und zugleich die Möglichkeit geben, Zukunftsbranchen zu entwickeln. Und drittens müssen wir auch die Ungleichheit bekämpfen. Damit es gerecht zugeht, aber auch, damit die Budgets in Zukunft ausgeglichen sein können. Marterbauer erklärt es an einem Beispiel: In Zukunft brauchen wir mehr Mittel für die Pflege. Vermögenssteuern werden nötig sein – nicht so sehr um die Krisenkosten zu bezahlen, sondern um in Zukunft verantwortlich und nachhaltig zu budgetieren.

»KAMPFTAG IST JEDER TAG«

Willi Mernyi, Leitender Sekretär des ÖGB für Organisation und Koordination, Vorsitzender des Mauthausen Komitees Österreich

Der 1. Mai, das ist der Festtag der Arbeit, der Kampftag der arbeitenden Klassen. Seit alters her, seit 1890 erstmals in Wien der 1. Mai begangen wurde. Mit Schrecken sahen wir in den vergangenen Jahren, wie aktuell heute wieder die Kämpfe der Vergangenheit geworden sind. Egoismus schlich sich mit dem neoliberalen Dogma in unsere Gesellschaften. Die arbeitenden Klassen wurden als Verschubmasse behandelt, als wären sie austauschbar. Arbeitnehmerrechte wurden als Hemmnisse gegenüber »Flexibilität« dargestellt. Neben einigermaßen abgesicherten Regelarbeitsverhältnissen entstanden zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse: Teilzeit und Working Poor, Jobs, von denen man nicht überleben kann, neue Sektoren von Billiglöhnern, deren Rechte nun zäh durchgesetzt werden müssen. Seit Beginn der Pandemie ist viel sichtbar geworden, was vorher zwar bekannt war, aber viel zu lange toleriert wurde.

Zum Einstieg erinnerte Mernyi an die legendäre TV-Serie »Ein echter Wiener geht nicht unter«. Das ganze Haus war ein Milieu, Arbeiterklasse und untere Mittelschicht. »Alle in dem Haus hatten Wahlrecht. Wenn man heute ein Arbeiterklassen-Haus ansieht, dann sind mehr als die Hälfte davon nicht wahlberechtigt.« Die arbeitenden Klassen sind heute ausdifferenziert, aber ein Großteil der Beschäftigten kann ihre Arbeit nicht aus dem Home-Office erledigen. Beschäftigte in der Industrie, die Menschen, die die Büros



W. Mernyi



A. Babler

putzen, die Beschäftigten im Handel, die Leute in der Logistik, LKW-Fahrerinnen und Paketboten – Millionen Menschen verrichten solche Arbeiten. In der Pandemie waren sie besonders betroffen: Sie haben sich exponieren müssen, sie waren am Gefährdetsten, die sozialen Kontakte mit den Angestellten rissen teilweise auch ab, es gab neue Spaltungen in den Arbeitnehmermilieus.

WORKING CLASS Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können

Julia Friedrichs, deutsche Schriftstellerin, Autorin von Reportagen für ARD, ZDF und Die Zeit

Es gibt so eine Geschichte, die immer wieder erzählt wird, die so versimpelt ist, dass sie richtiggehend falsch ist und diese Geschichte geht so: Früher gab es eine homogene industrielle Arbeiterklasse, die war einst entrechtet, setzte aber dann faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen durch, schaffte den Aufstieg, erwarb Wohlstand, aber irgendwann ging es dann mit ihr bergab. Löhne sanken, Belegschaften schrumpften, Produktionsstandorte wurden verlagert, und heute gibt es »die Arbeiterklasse« nur mehr in Spurenelementen. Und wo es sie noch gibt, dort ist sie sauer und frustriert. Doch die arbeitenden Klassen waren nie so homogen und sie sind nicht verschwunden, sie haben nur ihr Gesicht verändert. »Die Working Class sieht anders aus als vor hundert Jahren, aber noch immer gilt: Es sind Menschen, die arbeiten, um Geld zum Leben zu haben«, schreibt Julia Friedrichs in ihrem Buch Working Class. Die Autorin hat mit den verschiedenen Protagonisten dieser Klasse gesprochen, mit Menschen, wie sie sagt, »für die es keinen Namen gibt«. Arbeiterklasse klingt irgendwie falsch nach Fabrik und Fließband, »class populaire« sagen die Franzosen. Die »einfachen Leute« eben. Nicht einmal eine Selbstbezeichnung gibt es für diese »Klasse« heutzutage.

Working Class, das sind jene, die die Arbeiten verrichten, die wir alle brauchen, von den Pflegern und Pflegerinnen über die Leute am Bau, die im Putzdienst, die Pädagogen mit kleinen Einkommen und prekären Verträgen, das »Dienstleistungsproletariat«, Verkäufer und Paketfahrerinnen, also das ganze Spektrum von Menschen, deren Arbeit heute mehr Stress bedeutet, weniger Sicherheit bietet, nicht viel Respekt und zu wenig Geld. »Gut drei Millionen Menschen in Deutschland verdienen weniger als 2000 Euro brutto im Monat, obwohl sie Vollzeit arbeiten, zehn Millionen bekommen weniger als 12 Euro die Stunde.«

Sie alle sind Alleingelassene. Nicht nur, weil sie die Erfahrung machen, dass sie auf sich gestellt sind und man sich auf Solidarität nicht verlassen kann. Ihre Weltdeutungen und ihre Werte und die Kritik, die sie an den Umständen üben, sie stützen sich auf kein kollektives Erleben mehr. Wer die Unbehautheit und die Verwundungen der heutigen arbeitenden Klassen verstehen will, auch die Respektlosigkeiten, denen die Protagonisten ausgesetzt sind, sollte dieses Buch lesen.

EINER VON UNS Der eigentümliche Erfolg des Bürgermeisters Andreas Babler

Andreas Babler, Bürgermeister der Stadtgemeinde Traiskirchen

Andreas Babler ist Bürgermeister von Traiskirchen und einer der profiliertesten linken Politiker der Sozialdemokratie. Bei den Gemeinderatswahlen erreichte Babler bei seinem ersten Antreten mit der SPÖ über 73 Prozent, und auch bei den jüngsten Wahlen schaffte er sagenhafte 72 Prozent. Babler ist aber auch als grundsatzorientierter Mann bekannt, der es zu überregionaler Bekanntheit schaffte. In der Migrationspolitik steht er für Hilfsbereitschaft und Solidarität, was gerade in einer Stadt wie Traiskirchen – hier ist

GENIAL DAGEGEN



W.Schmidt



S.Neckel

das größte Erstaufnahmelager für Geflüchtete in Ostösterreich – bemerkenswerte Auswirkungen hat. Er kritisiert aber auch immer wieder die Bundespolitik. Mit unglaublichem Einsatz brachten er und sein Team die Bevölkerung der Stadt durch die Pandemie, vieles, was die Bundespolitik schleifen ließ, glichen die lokalen Politiker:innen vor Ort aus. So wurden schon früh für die Schulen Luftreiniger angeschafft, die Kindergärten wurden einigermaßen virussicher gemacht. Babler beschreibt, wie er das hinkriegt: Das junge, moderne Team der SPÖ-Traiskirchen, die nicht als Partei, sondern als Teil einer offenen Zivilgesellschaft agiert. »Das bin ja nicht ich alleine, ich bin der, der vorne steht und Interviews geben darf. Aber es ist ein Team, und das ist auch unser Anspruch. Und der zweite Anspruch ist, dass man Gesellschaft anders denkt als solidarische Stadtgemeinschaft.« Das leite jede einzelne Entscheidung und »jede Initiative, die man setzt«, aber dahinter stünde, dass man diese klare Haltung und Leitschnur auch immer erkläre. »Das macht uns ein bisschen einzigartig, und darauf sind wir ein bisschen stolz.« Wir erklären, so Babler, immer, dass unsere Richtschnur ist, dass jeder gleichberechtigt Teilhabe haben sollte, und dass der Kontostand und das Einkommen niemanden ausschließen darf. Diese Politik gebe ihm und seinem Team eine langfristige Hegemonie auch in grundsätzlichen Fragen.

WOHIN GEHT DEUTSCHLAND?

Wolfgang Schmidt, SPD-Politiker, Staatssekretär im deutschen Bundesministerium der Finanzen

Zwei große Paradigmenwechsel stehen im Jahr 2021 auf dem politischen Terminkalender. Nach der Abwahl von Donald Trump und dem Amtsantritt von Joe Biden wird in Deutschland die Ära Angela Merkel zu Ende gehen. Die Ausgangslage ist erstaunlich: Union und Grüne liegen relativ gleichauf, die Sozialdemokraten folgen mit deutlichem Abstand. Erstaunlich und einmalig ist die Lage, fragt man nach den Spitzenkandidaten: Armin Laschet, Annalena Baerbock und Olaf Scholz liegen praktisch gleichauf. Nicht auszuschließen ist, dass im September der Kampf um Platz 1 erstmals eine Art Dreikampf sein wird. Dafür muss sich die SPD aber noch an die Konkurrenz heranarbeiten. Einer, der dafür eine Strategie haben sollte, ist Schmidt, der Staatssekretär im Finanzministerium und engste Vertraute von Finanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Im Herbst werden jene, die Scholz als Kanzler bevorzugen, in Richtung Sozialdemokratie tendieren, prophezeit Schmidt. »A week is a long time in politics«, zitiert Schmidt Winston Churchill. Scholz habe »Nerven wie Drahtseile« und werde die Nerven nicht verlieren. »Am Ende wird es darum gehen, wem trauen die Leute zu, dieses Land zu führen«, in den G7 das Gewicht Deutschlands in die Waagschale zu werfen. Mit Misik sprach Schmidt über die Notwendigkeit »unterscheidbarer« zu werden, über das sozialdemokratische Trauma der Hartz-IV-Gesetze, das Nachwirken der »Dritten Weg«-Ideologie und die bemerkenswerte Dynamik in globaler Hinsicht: Mit Joe Biden ist erstmals ein internationaler Kampf gegen Steuerdumping möglich.

KONFLIKTE UM NACHHALTIGKEIT

Sighard Neckel, Professor für Soziologie, Universität Hamburg

Ein »heißes Thema«, debattiert an einem der heißesten Tage des Jahres: Draußen stand die Hitze über dem Asphalt, im Kreisky Forum trug Sighard Neckel seine Gedanken zur Debatte um Nachhaltigkeit vor. Viel zu oft werden die Diskurse um Nachhaltigkeit als moralische Diskurse geführt, die den Einzelnen scheinbar in die Pflicht nehmen. Den Menschen wird ihr persönlicher »CO₂-Fußabdruck« vorgerechnet, was vielen von uns sofort ein schlechtes Gewissen macht. Individuell werden wir damit für eine Klimakatastrophe



H. Klaar



N. Yilmaz | R. Misik

verantwortlich gemacht, die zugleich unabwendbar erscheint. Wollen wir nur das Klimaziel von 1,5 Grad durchschnittlicher Erderwärmung erreichen, müssten Gesellschaften wie Deutschland oder Österreich schon Mitte der Zwanzigerjahre CO₂-neutral produzieren und leben, bei einem Klimaziel von 2,5 Grad haben wir allenfalls etwas mehr als zehn Jahre Zeit. Wie soll das, zumal auf globaler Ebene, funktionieren können? Zugleich: Wenn wir scheitern, droht der Planet unbewohnbar zu werden. Mit individueller Beschränkung ist die Verhinderung der Katastrophe nicht einmal annähernd denkbar: sie kann nur über massive öffentlich Infrastrukturmaßnahmen funktionieren – mit Infrastrukturen, die Heizung, Stromverbrauch, Mobilität ohne Verfeuerung von fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle hinbekommen. Dabei stellen sich freilich viele Gerechtigkeitsfragen: Erstens der Gerechtigkeitsaspekt der Klimakatastrophe selbst, dessen Folgen nicht gerecht verteilt sind, aber zweitens auch der Gerechtigkeitsaspekt der Kosten der ökosozialen Wende: Die Unterprivilegierten müssen kompensiert werden, die Privilegierten müssen bezahlen. Besonders bizarr ist es, wenn das Thema »Öko & Bio« als Wohlfühlthema für Wohlstands-Bobos geframed wird: Es sind ja die eher einkommensarmen Bewohner dicht verbauter Innenstadt-Bezirke – etwa im Gemeindebau – die am meisten leiden werden, wenn sich die Plätze, Durchzugsstraßen und Höfe über Tage hinweg auf über 40 Grad aufheizen. Städte zu kühlen, etwa durch massive Begrünung, ist gerade eine Forderung von sozialer Gerechtigkeit – denn in den Zinskasernen werden die Menschen den Hitzetod sterben, und nicht in den Villengebieten in den grünen, hügeligen Outskirts.

FÜR LIEBE BIN ICH NICHT ZUSTÄNDIG

Helene Klaar, Rechtsanwältin, Autorin

»Für Liebe bin ich nicht zuständig«, ist eines dieser salopp hingesprochenen geflügelten Worte der Wiener Rechtsanwältin und Feministin Helene Klaar, die dem Gespräch im BKF den Titel gab. Sie gilt als »meistgeführte Scheidungsanwältin Österreichs«, dabei formuliert sie leise und mit ironischen Wendungen. Das habe sie sich von ihrem Vater abgeschaut, der als Anwalt oft laut geworden sei – aber das war für eine Frau vor Gericht unmöglich: »Ein Mann, der laut wird, macht Eindruck, eine Frau, die laut wird, wird als hysterisch abgestempelt.« Seit 1976 ist Klaar als Scheidungsanwältin tätig, in den frühen Jahren arbeitete sie mit Frauenministerin Johanna Dohnal zusammen, für deren Ressort sie etwa einen Scheidungsratgeber formulierte.

Unmittelbarer Anlass für das Gespräch im BKF war eine Serie von Frauenmorden – »Femiziden« – die seit Jahren für Aufsehen sorgen. Österreich ist eines der wenigen Länder der Welt, in denen mehr Frauen als Männer Opfer von Morden oder anderen Tötungsdelikten werden. Für Klaar auch eine Folge der Abwertung von Frauen. Auch bei Gericht müssen sich Frauen mehr gefallen lassen als Männer. Gewiss hat jeder Mord seine eigenen Ursachen, aber generell hat die Gefährdung von Frauen auch damit zu tun, dass die roten Stopplichter Männern gegenüber immer noch zu spät aufgezogen werden. »Besser eine Ehe ohne Liebe als eine Scheidung ohne Geld«, ist auch so ein berühmter Klaar-Satz, der beschreibt, dass die Partnerschaft auch eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, bei deren Ende meistens die Frauen auf der Strecke bleiben. Und für beide Partner ist in der Regel eine Trennung eine schwere wirtschaftliche Herausforderung. In der wirklichen Welt haben Menschen geringe Einkommen, haben mit steigenden Mieten zu kämpfen, müssen die Kinder schaukeln und mit dem Stress in der Arbeitswelt zurechtkommen. »Es ist heute schwieriger, sich scheiden zu lassen«, sagt Klaar. Und beklagt, dass die junge Generation sich heute eine Ausbeutung gefallen lässt, die vor einigen Jahrzehnten noch nicht akzeptiert worden wäre. Wie solle denn eine gleichberechtigte Partnerschaft und Kinderbetreuung funktionieren, wenn wir wieder eine 60-Stunden-Woche zulassen, fragt sie? »Ich kämpfe für die 30-Stunden-Woche!«



N. Yilmaz | R. Misik | G. Valchars | M. Matzka

STAATSBÜRGERSCHAFTSRECHT UND INTEGRATION

Gerd Valchars, Politikwissenschaftler, Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien

Nurten Yilmaz, Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)

Manfred Matzka, Verfassungs- und Verwaltungsrechtler, Sektionschef i.R., Publizist

Die Welt ist in stetigem Wandel, neue Probleme entstehen, für die es neue Lösungen benötigt – und über die müsste sachlich, vernünftig debattiert werden. Etwa über die Frage des Zugangs zur österreichischen Staatsbürgerschaft. Rund 1,5 Millionen ausländische Bürger und Bürgerinnen leben in Österreich, mehr als 16 Prozent der Wohnbevölkerung. Das ist teilweise ein Gerechtigkeitsproblem, denn der Zugang zur Staatsbürgerschaft ist für die Reichen leichter, für die Armen schwerer, es ist aber auch ein Demokratieproblem. Wir haben eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, gespalten in jene, die mitbestimmen dürfen und jene, über die nur bestimmt wird.

Nurten Yilmaz, Integrationssprecherin der SPÖ im Österreichischen Nationalrat, hat an einer Arbeitsgruppe ihrer Partei mitgearbeitet, die einen Plan für ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz ausgearbeitet hat. Kernpunkte sind ein schnellerer Zugang zur Antragsberechtigung, aber insbesondere auch ein Abbau bürokratischer Hürden sowie das Anrecht auf eine ›automatische‹ Staatsbürgerschaft für hier geborene Kinder, sofern ihre Eltern seit fünf Jahren eine stabile und rechtmäßige Aufenthaltsberechtigung haben. Ausgenommen sollen Kinder von Asylwerbern sein, die 5-Jahres-Frist würde nur mit positiv abgeschlossenem Asylverfahren zu laufen beginnen.

›Dreißig Prozent aller Arbeiter und Arbeiterinnen in Österreich haben ein Einkommen, das zu niedrig ist, um die Staatsbürgerschaft erwerben zu können‹, sagt Gerd Valchars, Politikwissenschaftler, der viele Studien zum Thema berechnet hat. Faktisch ist man damit wieder bei einem Zensuswahlrecht, das Arme ausschließt und nur Wohlhabenden den Zugang zum Wahlrecht gewährt.

›Wer hier lebt, alle Voraussetzungen erfüllt, also hier seinen stabilen Lebensmittelpunkt hat, wer Steuern und Beiträge zahlt, wer in die Schule geht, wer Ansprüche hat an die Behörden, der ist von hier und der soll Staatsbürger sein‹, so das Urteil des Staatsrechtlers und früheren Spitzenbeamten Manfred Matzka. Staatsbürgerschaft ist keine Belohnung für Wohlverhalten, um die man bitten müsste, es ist im Interesse aller in einer demokratischen Gesellschaft, dass die, die zu dieser dazu gehören, Staatsbürgerschaft und Wahlrecht haben.

BIDENOMICS

Jeffrey Sachs, American Economist, Director of the Center for Sustainable Development at Columbia University, Public Policy Analyst

Kaum war US-Präsident Joe Biden im Amt, überraschte er alle Beobachter. Er legte ein ökonomisches Notfallprogramm auf, und schlug zwei große Investitionsprogramme vor, die sich zusammen auf knapp 6-7 Billionen Dollar summieren. Zugleich sprach der Präsident davon, dass der ›Trickle-Down-Effekt nicht funktioniert‹, und dass es darum gehen müsse, die Gesellschaft ›von unten und aus der Mitte her‹ wieder aufzubauen. Seit dem New Deal hat man solche klaren Worte aus dem Weißen Haus eher selten gehört. Manche sprechen schon davon, dass mit ›Bidenomics‹ ein neues wirtschaftspolitisches Paradigma Einzug hält, das ›Reaganomics‹ und ›Thatcherismus‹ ablöst. Über die Wirtschaftspolitik der US-Regierung haben wir mit Jeffrey Sachs gesprochen, einem der führenden Ökonomen und einer der meistgehörten wirtschaftspolitischen Stimmen der Welt.



J. Sachs



A. Tooze

GENIAL DAGEGEN

Sachs: ›Wir haben einen Präsidenten, der – indirekt direkt – gewählt ist, und dann haben wir die beiden Häuser des Parlamentes und den Obersten Gerichtshof. Und in all diesen Institutionen gibt es Chaos. Das Parlament ist total gespalten. Es kann keine entschiedene Form des Regierens geben, weil es keinen Konsens gibt, und außerdem ist unser System hochgradig korrumpiert durch Geld. Joe Biden und Senator Bernie Sanders haben einen, grob gesprochen, ›4-Billionen-Dollar-Plan‹ für die nächsten Jahre vorgeschlagen, und ich unterstütze das sehr. Auch wenn wir bedenken müssen: Angesichts der Größe der US-Ökonomie ist das gar nicht so viel Geld, es sind gerade mal ein Prozent des US-BIP. Aber es gibt keinen Pfad, mit dem der Präsident und die Regierung die Zustimmung sicherstellen können. Einzelne Demokraten werden ausseren, und die Republikaner werden geschlossen dagegen sein. Wie weit die USA – bei welchem Thema immer – kommen, ist eine sehr offene Frage. Und jetzt stellen wir uns einmal vor, die Demokraten verlieren kommendes Jahr ihre knappe Mehrheit in den beiden Parlamentskammern. Vergessen wir nicht: Das ist keine Regierung mit einer stabilen Mehrheit im europäischen Sinn, es ist ein Präsident, und es ist ein total gespaltenes Land.‹

WELT IM LOCKDOWN

Die globale Krise und ihre Folgen

Adam Tooze, britischer Wirtschaftshistoriker, Autor, Professor an der Columbia University, New York

Die Corona-Krise brachte den endgültigen Niedergang des Neoliberalismus und eine neue Art Keynesianismus, so das Urteil mancher Kommentatoren. ›Weniger Markt, mehr Staat, das werde bleiben, so die Prognose, und selbst das Zentralorgan aller Wirtschaftsliberalen, der britische Economist, feiert das geradezu. Verkehrte Welt.‹

›So einfach ist es aber auch wieder nicht‹, warnt Adam Tooze vor allzu hoffnungsfrohen Interpretationen. Der Starökonom von der New Yorker Columbia University hat gerade ein neues Buch herausgebracht: Welt im Lockdown. Die globale Krise und ihre Folgen.

Ja, die Regierungen sind heute wieder aktivistischer im Wirtschaftsleben, ja, es ist auch jedem klar, dass die Einkommen normaler Menschen wieder wachsen müssen, wenn man stabile Nachfrage und Prosperität haben will, und ja, das wirtschaftstheoretische Denken in der Mainstream-Ökonomie ist global in den vergangenen Jahren nach links gerückt. In seinem Buch Welt im Lockdown liest sich das so: Die Rezepte des Neoliberalismus wurden überall über den Haufen geworfen, ›gleichzeitig aber erfolgte das im Rahmen der neoliberalen Hinterlassenschaften.‹

US-Präsident Joe Biden verspricht, ›das Land wieder von unten und aus der Mitte aufzubauen.‹ Sein unmittelbares Rettungsprogramm, sein Infrastrukturprogramm und sein Job-Programm summieren sich auf sagenhafte knapp sieben Billionen Dollar – für die nächsten zehn Jahre. Das klingt aber nur astronomisch. Die Infrastrukturmaßnahmen, um die Klimakatastrophe zu verhindern und für die Post-Carbon-Ära umzurüsten, summieren sich gerade auf 0,5 Prozent des US-amerikanischen BIP. ›Viel zu wenig‹, so das Urteil von Adam Tooze. Und zudem ist nicht einmal ausgemacht, dass Biden einen relevanten Teil seines Programmes durch einen schwer polarisierten Kongress – also die beiden Häuser des US-Parlamentes – bringt. ›Wir haben hier eine viel zu bescheidene Größenordnung und wissen noch nicht einmal, ob Biden viel davon durchsetzen kann.‹



H. Mayer



K. Kühnert

RECHTSSTAAT IN GEFAHR?

Heinz Mayer, Verfassungs- und Verwaltungsjurist, emeritierter Universitätsprofessor an der Universität Wien, ehem. Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, Verfasser mehrerer juristischer Standardwerke, Gutachter

Anfang Oktober 2021 luden wir Heinz Mayer zum Gespräch über ›Rechtsstaat in Gefahr‹ ins Kreisky Forum. Was für ein idealer Zeitpunkt das war, konnte uns während des Gespräches mit dem Doyen der Verfassungs- und Verwaltungsjuristen noch nicht klar sein: Wenige Tage danach durchsuchten die Fahnder der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft das Bundeskanzleramt in Wien, die ÖVP-Zentrale und das Finanzministerium, und nur eine Woche nach diesem Gespräch musste Sebastian Kurz als Bundeskanzler zurücktreten.

Heinz Mayer fand im Gespräch mit Robert Misik klare, schonungslose Worte: ›Es gibt in jedem Staat Korruption, die Korruption ist an sich kein Problem, denn es wird sie immer in einem gewissen Maß geben, das Problem ist aber, wenn es strukturelle Korruption gibt, wenn die staatlichen Institutionen also die Korruption nicht bekämpfen, sondern die Bekämpfung der Korruption verhindern. Und an dem Punkt sind wir.‹ Mayer unmissverständlich: ›Also diese Vermischung von Öffentlichem und Privatem, gleichzeitig das Verfolgen von Kritikern, von Medien, von Journalisten, aber auch von Vertretern der Zivilgesellschaft – Stichwort katholische Kirche. Das hat es in dieser Form bisher nicht gegeben. Ich kann mich an sowas jedenfalls nicht erinnern. Und wenn der Bundeskanzler (Kurz) sich hinstellt und die Staatsanwaltschaft pauschal als ›rotes Netzwerk‹ bezeichnet und sagt: ‚Die haben schwere Fehler gemacht‘, ohne einen einzigen zu nennen, dann ist das ein massiver Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz. Und da kann man nicht zuschauen.‹ Aus dem landesüblichen Filz haben die Türken ein korrumpiertes System gemacht, das aber nur deshalb so leicht etabliert werden konnte, weil die Regeln schleissig sind, die Kontrollen nicht stattfinden und die Strafandrohungen teilweise lächerlich niedrig. Deshalb hat Mayer mit verschiedenen anderen Proponenten ein ›Antikorruptionsvolksbegehren‹ gestartet, das in vielen Punkten endlich unabhängige Ermittlungen sichern, Durchstechereien etwa von bevorstehenden Hausdurchsuchungen verhindern und Wahlmanipulation mit hohen Strafen bewehren soll.

EINE NEUE ÄRA FÜR DEUTSCHLAND

Kevin Kühnert, stellvertretender Vorsitzender der SPD, Bezirksverordneter der SPD in Berlin Tempelhof-Schöneberg, seit der Bundestagswahl Mitglied des deutschen Bundestages

Wie gelang es der SPD, die Bundestagswahlen zu gewinnen? Und was folgt nun für Deutschland? Diese Fragen besprachen wir unmittelbar nach der gewonnenen Bundestagswahl mit Kevin Kühnert, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie. Es lag nicht an den Kandidaten allein, so Kühnert. In konzeptioneller Hinsicht hat die Partei einen Konsens über wichtige Fragen des Sozialstaats hergestellt, und das ›war sehr wichtig, denn dadurch haben wir die alte Diskussion um Hartz-IV hinter uns gelassen.‹ Hinzu kamen auch die ›bitte das jetzt nicht falsch zu verstehen – ‚glückliche Umstände‘ – der Corona-Pandemie, die es der SPD ermöglicht hatten, dass man dadurch erste Verbesserungen unseres Konzepts durchsetzen könnte, bei der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, bei der Ordnung auf den Arbeitsmärkten.‹ Das hat wiederum Vertrauen geschaffen, da man zeigen konnte, dass man etwas verändert – und nicht nur Wahlkampfversprechen abgibt. Kühnert: ›Wir haben nicht nur die Merkel-Wähler gewonnen, sondern auch sehr viele Wähler der Linkspartei.‹ Und hinzu kam der Spitzenkandidat: Olaf Scholz hat



M. Hofko | K. Blecha | G. Auer Borea d'Olmo



K. Blecha

die Wahl gewonnen, weil er ein erfolgreicher Regierungspolitiker ist, und gerade in solch schwierigen Zeiten haben die Menschen ein großes Sicherheitsbedürfnis. Es war im Rückblick auch goldrichtig, den Parteivorsitz aus dem Regierungsteam heraus zu nehmen, so Kühnert. ›Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten schon viele geplante Entscheidungen getroffen, aber es gab auch glückliche Fügungen‹, lacht Kühnert. Etwa der Umstand, dass der linke Flügel den Wettbewerb um den Parteivorsitz für sich entschied, während dann ein Vertreter des ›Zentrums‹ der Partei als Kanzlerkandidat nominiert wurde. Dadurch zogen plötzlich alle gemeinsam an einem Strang.

›ERZÄHL MAL, CHARLY!‹

Karl Blecha, Bundesminister a.D., Abg.z.NR a.D., Politiker und Meinungsforscher, zuletzt Obmann des Österreichischen Pensionisten-Verbandes

Für die meisten jüngeren Menschen ist Karl ›Charly‹ Blecha nur mehr der langjährige SPÖ-Pensionistenchef und der, der irgendwann vor langer Zeit als Innenminister wegen Affären zurückgetreten ist, an die man sich kaum mehr erinnert. Im Gespräch ›in Kreiskys Wohnzimmer‹ spricht er über mittlerweile unfassbare 70 Jahre linken Engagements. Schon als Bub kam er in sozialdemokratische Jugendorganisationen, 1952 gründet er den ›Bund Sozialistischer Mittelschüler‹ und wird dessen Vorsitzender. Er erzählt von seinen Reisen zu antikolonialen Befreiungsbewegungen, Fotos zeigen ihn im Kreis von Kämpfern der Algerischen Befreiungsfront FLN. ›Da war ich einige Wochen oder Monate‹, erzählt Blecha. Blecha gründete später gemeinsam mit Ernst Gehmacher das Institut für Empirische Sozialforschung IFES, eine Avantgarde der Meinungsforschung und der Demoskopie. ›Das IFES war das erste wirkliche Sozialforschungsinstitut, das sich bemüht hat, Wählerbewegungen zu prognostizieren. Wir hatten bestimmte Vorstellungen von der Verbesserung der Gesellschaft, wir wollten nicht schauen, was denken die Menschen jetzt, sondern was muss geschehen, damit sie unsere Ansichten teilen.‹ Blecha war in drei Wahlkämpfen der Kreisky-Ära Wahlkampfleiter, errang drei absolute Mehrheiten. ›Heute ist eine andere Zeit, absolute Mehrheiten gibt es nicht mehr. Wir haben uns als Teil einer Bewegung gesehen, die die ganze Welt verändern will.‹ Blecha war SPÖ-Klubobmann, Zentralsekretär, später Innenminister. Aber die Rolle des Zentralsekretärs, des Parteimannes, der gemeinsam mit Kanzler Bruno Kreisky das Land vorwärts bringt, habe ihn am meisten begeistert. Damals saß er praktisch täglich bei Kreisky zum Frühstück. 1989 sagte Blecha in einem Interview: ›Ich bin auch davon überzeugt, dass die Situation noch nie so günstig war, sozialdemokratische Antworten politisch desinteressierten, aber fragenden Menschen, die verunsichert sind, zu vermitteln.‹ Ganz richtig hat sich das nicht herausgestellt, aber ›politisch desinteressierte, aber fragende Menschen, die verunsichert sind...‹ gibt es heute noch viel mehr, die ansprechbar wären, würde man auf sie zugehen. ›Ja, absolut, ist Blecha sicher. ›Wenn du nicht den Optimismus in dir trägst, dass das möglich ist, dann hast du schon verloren. Du musst den Optimismus behalten, auch wenn es momentan ganz ›schiach‹ aussieht.‹

GENIAL DAGEGEN



R. Misik | W. Streeck

ZWISCHEN GLOBALISMUS UND DEMOKRATIE Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus

Wolfgang Streeck, deutscher Soziologe, Dir. em. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, Autor.
In Zusammenarbeit mit der Buch Wien 2021

Antiglobalismus der klügsten Art! Wolfgang Streeck legt endlich seine ›politische Ökonomie des ausgehenden Neoliberalismus‹ vor. Gerne wird Wolfgang Streeck als ›linker Nationalist‹ apostrophiert, die Frankfurter Allgemeine Zeitung warf ihm jüngst eine ›bis zum Hass gesteigerte Abneigung gegen die EU‹ vor. Dabei sind solche Schnellurteile und flotte Etikettierungen schon Teil des Problems. Streeck ist links, für die pluralistische Demokratie, für die sozialen Rechte der am meisten Bedrängten – und deshalb für kräftige Nationalstaaten.

Der renommierte Ex-Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung argumentiert gegen eine ›Verwirtschaftlichung der Gesellschaft‹ und einen ›freigelassenen internationalen Hochkapitalismus‹, besondere Verachtung hat er für internationalistisch-liberale Konzepte einer ›global governance‹, in der die mächtigsten Regierungen plus supranationale Gebilde ein bisschen herumregulieren – in derart homöopathischen Dosen, dass sie es gleich auch lassen könnten. Im Sattel sitzen Kapital, große Konzerne, die Finanzinstitutionen. Dreißig Jahre radikalierter Neoliberalismus und Globalismus haben eine derart verheerende Bilanz vorzuweisen, dass man darüber eigentlich kaum mehr diskutieren müsse, legt Streeck nahe: Die Reichsten werden immer reicher, die anderen werden es nicht, der Druck auf normale Arbeitnehmerschichten wird immer stärker, die Prekärsten kommen gänzlich unter die Räder, dadurch stockt die Konsumnachfrage, für staatliche Investitionen fehlt wegen Steuerevents und Milliardengeschenken für die Superreichen das Geld, das Wirtschaftswachstum ist entsprechend niedrig. Weit in die Mitte der Gesellschaft macht sich das Gefühl von Abstiegsangst breit, und auch ein Verdruss an etablierter Politik, von der sich viele nicht mehr vertreten fühlen. Wer würde Streeck da widersprechen wollen?

Globalismus und der mit ihm verbundene Politikmodus ist für Streeck aber auch ein Anschlag auf die Demokratie. Demokratie herrscht nur im Nationalstaat, dessen Regelungsfähigkeit wird aber immer mehr entzogen, sei das juristisch durch internationale Verträge oder Vorrang für EU-Recht, sei das durch die Kraft des Faktischen der globalen Märkte. Wer ausschert, wird autoritär niedergemacht.

Streecks Buch ist explizit ›der Versuch einer Rehabilitierung des Nationalstaates als Arena demokratischer Politik im Kapitalismus‹. Die populistischen Revolten sind für Streeck demokratische Revolten, wenngleich auch in perverser Form. Sozialpolitik, eine Politik der Gleichheit, die den Aufstieg der Vielen möglich macht, eine keynesianische Steuerung, das ist alles nur im Nationalstaat möglich. Streecks Postulat ist, dass die Welt, ›wenn sie überhaupt regiert werden soll, nur unterteilt regiert werden kann‹. Globales Regieren ist schon alleine darum nicht möglich, weil dann alles zu komplex wird. Dafür ist das alles zu heterogen, zu zerfasert, ohne gemeinsame politische Traditionen auch, durch Sprachwirrwarr zerrissen, irgendwer blockiert dann immer usw. Es fällt schwer, zu widersprechen. (@Falter)



A. El-Mafaalani

WOZU RASSISMUS?

Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassismuskritischen Widerstand

Aladin El-Mafaalani, deutscher Soziologe, Professor für Erziehung und Bildung in der Migrationsgesellschaft an der Universität Osnabrück

›Als Rassist:in will heute keiner mehr gelten‹, schreibt Aladin El-Mafaalani gleich auf seinen ersten Seiten, der ostentative, gar biologisch begründete Rassismus (der von unterschiedlichen, sogar zu hierarchisierenden ›Menschenrassen‹ ausgeht) ist nicht einmal mehr bei Rechtsextremen heutzutage leicht zu finden, doch ›struktureller Rassismus‹ ist ›tief verankert in den Wissensbeständen‹ einer Gesellschaft. Rassistische Diskriminierung geschehe ›latenter, subtiler und weitgehend auch ohne Absicht und bösen Willen‹. Ja, es gäbe sogar das Diskriminierungsparadox, nämlich, dass Diskriminierung umso stärker angeklagt wird, je mehr sie abnehme, aus zwei einfachen Gründen: wenn eine Gesellschaft für diskriminierte Migranten beispielsweise (oder deren Kinder) so durchlässig wird, dass sie aufsteigen können, kommen sie erst in Sprecherpositionen, aus denen ihre Diskriminierungserfahrungen vernehmbar thematisiert werden können. Die total Marginalisierten hätten diese Chance gar nicht gehabt. Zudem wird die ›Illegitimität‹ rassistischer Diskriminierung noch deutlicher, wenn Leute alle Normen erfüllen, gute Bildung erwerben, genauso gut die Landessprache können wie ›Autochtone‹, und dann dennoch als Nichtzugehörig behandelt werden. Jemandem, der gerade erst ins Land gekommen ist und die Sprache nicht beherrscht, würde dies nicht notwendig als ›illegitim‹ erscheinen.

El-Mafaalani zerlegt alle Stammtischweisheiten, etwa, dass ›Rassismus‹ oder ›Ablehnung des Fremden‹ leider zur menschlichen Natur dazu gehöre. Umgeben wird das mit rassistischem Wissen, das jeder und jede von uns hat, mögen wir noch so dagegen ankämpfen. Schon der Begriff ›Vorurteil‹ sei eigentlich Unfug, schreibt der Autor überzeugend, da er unterstellt, man habe ein instinktives Vorurteil, das Wissen ›voraus‹ gehe. Das Vorurteil bestehe aber eben immer aus den ›typischen‹ Vorurteilen, die jeder kennt, ist also in Wahrheit ›rassistisches Wissen‹. Gerade das subtile rassistische Wissen und dessen latente Benützung auch durch all jene, die gar keine böse Absicht hegen, reproduziert Ausgrenzungen fast ›von alleine‹ und produziert damit Verwundungs- und Beleidigungserfahrungen. Wer über Jahrzehnte fast tägliche Verwundungserfahrungen macht, muss viel aushalten und runterschlucken, und darf sich dann auch noch anhören: ›Sei doch nicht so sensibel!‹

ÄNDERT SICH NICHTS, ÄNDERT SICH ALLES

Warum wir jetzt für unseren Planeten kämpfen müssen

Katharina Roggenhofer, österreichische Klimaaktivistin, Sprecherin des Klimavolksbegehrens, Mitbegründerin von Fridays for Future Österreich

Die Klimakatastrophe ist keine Gefahr, die droht – wir stecken längst in ihr drinnen. Die ambitionierten Ziele zur Bekämpfung des Klimawandels versuchen, den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu beschränken. Katharina Roggenhofer beschreibt im Gespräch mit Robert Misik, was passiert, wenn wir das nicht schaffen. Schon ab zwei Grad Erwärmung würden große Teile des Globus um den Äquator herum zu ›Todeszonen‹ werden. Österreich liegt heute schon zwei Grad über den Wert vom Beginn der Industrialisierung, mit allen Folgen: Extremwetterereignissen, Hitzestau in den Städten im Sommer, mit negativen

GENIAL DAGEGEN



K. Rogenhofer



F. Schutzbach

gesundheitlichen Auswirkungen. Katharina Rogenhofer ist Mitbegründerin von ›Fridays for Future‹ und Sprecherin des ›Klimavolksbegehrens‹, gemeinsam mit Florian Schlederer hat die 27-jährige das Buch ›Ändert sich nichts, ändert sich alles‹ geschrieben. Dabei will Rogenhofer weder Panik verbreiten noch den Menschen einen Verzicht auf gutes Leben, Wohlstand und Bequemlichkeit verordnen. Immer wieder spricht sie von positiven Zielen und hat eine optimistische Ausstrahlung: Städte werden lebenswert, wenn die Bürger mehr Raum bekommen und der Autoverkehr massiv reduziert wird. Mobilität kann auch anders funktionieren. Jedes Haus kann zu einem Kraftwerk werden, mit Solarpanelen auf den Dächern. Mit einem ›Green New Deal‹ auch mehr Gerechtigkeit etabliert werden. Generell herrscht heute ein Fatalismus vor, dass angesichts der riesigen Dimension des bedrohlichen Problems ohnehin nichts getan werden könne. ›Ganz falsch‹, sei das, so Rogenhofer. Nur: Zeit haben wir keine mehr zu verlieren.

DIE ERSCHÖPFUNG DER FRAUEN Wider die weibliche Verfügbarkeit

Franziska Schutzbach, Soziologin, Geschlechterforscherin, Publizistin

›Kennt Ihr das Gefühl, es allen recht machen zu wollen?‹ – diese Frage hat Franziska Schutzbach schon vor Jahren Frauen aus ihrem Familien- und Freundinnenkreis gestellt. Sie bekam eine Fülle von Antworten, aber dieses Gefühl kannte praktisch jede. Wünsche und Bedürfnisse anderer müssten erfüllt werden, aber auch allgemeine gesellschaftliche Erwartungen und auch den Idealen nachgestrebt werden, die die Frauen selbst haben. Die Folge ist Erschöpfung, Überforderung.

Die ›Erschöpfung‹ der Frauen ist ein Thema, das man nach zwei Jahren Pandemie nicht erst einführen oder erklären muss. Aber nicht nur um diese ›Erschöpfung‹ alleine, diesen hektischen, stressbeladenen alles unter einen Hut zu bringen, geht es Schutzbach in ihrem Buch. Franziska Schutzbach ist aber auch eine vernehmbare Stimme, die sich selbst einmengt in öffentliche Debatten und gelegentlich auch Ziel heftiger Angriffe rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppen ist.

Das Mädchen- und Frauenbild von heute ist stark, sexy, selbstbewusst, schlau, schlank, sexuell aktiv und aufgeklärt, gut gebildet, berufsorientiert, cool, selbständig aber auch lieb und sozial. Eine gute Sache, zweifellos, die auch Ergebnis und Erfolg der Kämpfe von Frauen um Autonomie ist. Das Problem ist nur: Die Frau darf das heute nicht nur alles sein. Sie sollte das auch alles sein. Erfüllt sie eines oder mehrere dieser Ideale nicht, gibt es ein gefühltes Defizit. Erschöpfend ist daher auch das ›Dogma der Perfektion‹, aus der auch eine ›Dauerüberwachung‹ der eigenen Person wird. Zugleich gibt es auch fortdauernde Diskriminierungen und Übergrifflichkeiten, die das Selbstbewusstsein von Frauen untergraben – auch diese kosten Energie. Manche reagieren mit Re-Traditionalisierung, also der alten Mutterrolle. Die Selbsttechnologien und der Anspruch auf Selbstoptimierung führt ganz generell zu einer ›Gesellschaft der Überforderen‹ – auch Männer, so räumt Schutzbach ein – sind davon auf ihre Weise betroffen, aber die Frauen auf spezifische und noch einmal verstärkte Art.



W. Posch



S. Yenel

HEGEMONIES AND ALLIANCES

Kurator: **Walter Posch**, Iranist und Islamwissenschaftler, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien

›On Hegemonies and Alliances‹ is a yearly program covering the antagonistic and troubled region of Middle East and Gulf countries. In cooperation with the Department for Security Policy of the Austrian Federal Ministry for Defense and partner institutes from Europe and Turkey, a wide variety of think-tankers, officials, experts, and scholars from Europe, the Middle East, Russia and the USA gather regularly under Chatham House Rule to analyze developments and tendencies with repercussions on the international and European level.

TURKEY'S TRIALS AND ERRORS

Selim Yenel, Ambassador ret., President of the Istanbul-based Think-Tank Global Relations Forum

Ambassador Selim Yenel, Turkish ambassador to the EU until 2017 and now president of the Istanbul-based think-tank Global Relations Forum, discussed with Walter Posch what is driving Ankara in a changing world. Turkey itself poses a myriad of additional challenges; ranging from the acquisition of Russian made S-400 missiles (which the US Congress is intent on applying sanctions for), to involvement in Northern Syria, mounting tensions in the Eastern Mediterranean and Erdogan's intent on pushing the boundaries of foreign policy activism.

Turkish foreign policy has changed dramatically over the last 30 years, and not for the better. Finding itself in isolation consequently, a charm offensive has been started in the last months. Selim Yenel gave a broad overview on how Turkey got there and how to move out.

Until the end of the Cold War only Cyprus was a problem, foreign policy was black and white and therefore easier. After the collapse of the USSR possibilities arose for a foreign policy outreach but the economic means and a devastating earthquake in 1999 made it very difficult. In the 2000s economic progress was made, Turkey moved closer to the EU, created new regulatory bodies and opened many embassies especially in Africa with development aid focus in Somalia. After 2009 difficulties with the EU arose, Germany and France opposed Turkey's EU membership, a possible peace deal between Israel and Syria brokered by Turkey was annihilated by the Marmara attack and Davutoglu becoming foreign minister moved to a more ideological approach. In 2011, the Arab uprising and Turkey's support for the Muslim Brotherhood brought the relationship with Egypt down, Cyprus became EU member and the only remaining relationship was Qatar. As for Russia, an old adversary: Putin and Erdogan have a close relationship despite disagreements. The relationship with the US was always fractured. The 2015 migration crisis and the 2016 coup changed EU relations from the bad to worse, Turkey was considered a 3rd world country and criticized because of its East Med policies. In all its engagements, no strategy other than keeping its sovereignty is detectable. In Syria ISIS was considered the biggest threat and those who were ready to fight them as the YPG – an extension of PKK considered a terrorist organization – were welcome and supported by the international community. Turkish protected areas returned to Syria, millions of Syrian refugees will remain as an Arab minority in Turkey, Assad has won, Iran, Russia, YPG and Hezbollah also. Turkey has built a wall against migrants, things are calmer and no more refugees come.

Turkey Greece relationship has always been difficult, but an ›agree to disagree‹ dialogue is more needed



W. Posch | G. Auer Borea d'Olmo | G. Steinberg

than ever to lower tensions, to overcome mistrust and to slowly getting back to a EU dialogue with the possibility of a custom union and visa liberalization that would benefit both sides. Its good relationship with Iran and support for the JCPOA, its presence in Libya, and its grandiose projects in Somalia make Turkey look like having a strategy, which is not the case.

To conclude, Selim Yenel underlined the importance of a new start over with the EU with technical talks and regular meetings on high level to rebuild trust and implement reforms.

DSCHIHADISMUS IN ÖSTERREICH

Eine gefährliche Szene mit großer ideologischer Strahlkraft

Guido Steinberg, Islamwissenschaftler, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Im Jahr 2020 wurde deutlich, dass die von Organisationen wie dem Islamischen Staat (IS) und al-Qaida ausgehende Gefahr von Terrorattacken nicht gebannt ist. Dass auch Europa weiterhin im Visier dieser Organisationen bleibt, zeigten die Anschläge in Österreich und Frankreich. Im Rahmen einer konsekutiven Studienreihe der Konrad Adenauer Stiftung mit dem Titel Islamistischer Terrorismus in Europa analysieren renommierte Experten die dschihadistische Bedrohungslage sowie die entsprechenden Bekämpfungsstrategien und die politische Debatte in verschiedenen Ländern. Guido Steinberg hat Österreich unter die Lupe genommen, das im November 2020 in Wien den schwerwiegendsten islamistischen Terroranschlag seiner Geschichte erlebt hat. Das dschihadistische Milieu in Österreich ist heute zwar schwächer als vor einigen Jahren, aber jünger und unberechenbarer geworden. Seine Stärke wird zurzeit auf siebzig bis 150 besonders gefährliche Personen geschätzt. In seiner Studie benennt und analysiert Steinberg zentrale Akteure, Standorte und Netzwerke des österreichischen Dschihadismus seit seinen Anfängen in den frühen 2000er Jahren. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hat Österreich mit sehr großen Kontingenten von Syrienkämpfern sowie Rückreisenden zu tun. Eine länderspezifische Besonderheit der Ausreisenden ist der außergewöhnlich hohe Anteil von Tschetschenen und Tschetscheninnen.

Der Attentäter von Wien, Kujtim Fejzulai, war der »erfolgreichste« Angehörige einer neuen Generation transnational vernetzter Dschihadisten und Dschihadistinnen, die – von außen durch den IS angeleitet – Anschläge in Österreich und Deutschland planten und teils ausführten. Die Bekämpfung des »politischen Islam« durch die österreichische Bundesregierung birgt die Gefahr, dass in den Sicherheitsbehörden Kräfte gebunden werden, die bei der Terrorismusbekämpfung im engeren Sinne fehlen könnten. Wichtig ist in dieser Hinsicht eine Stärkung des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT).

Konträr zur anhaltenden Debatte über die Flüchtlingskrise der Jahre 2014 bis 2016 stammt keiner der bekannten österreichischen Terroristen aus der Gruppe der in jenen Jahren aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan Geflohenen. Das Beispiel der tschetschenischen Einwanderung zeigt jedoch, dass die Zuwanderung aus Bürgerkriegsregionen in der islamischen Welt ein längerfristiges Risiko mit sich bringt. (aus: Dschihadismus in Österreich. Eine gefährliche Szene mit großer ideologischer Strahlkraft. Guido Steinberg, im Auftrag der Konrad Adenauer Stiftung)



W. Posch | G. Steinberg

DER KALTE KRIEG AM GOLF

Guido Steinberg, Islamwissenschaftler, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran befindet sich seit 2011 in einer neuen Phase und hat sich verschärft auf Grund der, aus saudi-arabischer Sicht, massiven Expansion des Iran. Zwar habe dieser Konflikt seit 2020 etwas an Schärfe verloren, werde in den kommenden Jahren jedoch wieder an Schärfe gewinnen, so Guido Steinberg. Der kürzliche Rückgang von Spannungen zwischen den beiden Konfliktparteien ist darauf zurückzuführen, dass Saudi-Arabien sich nicht mehr in dem gewohnten Ausmaß auf die Schutzmacht USA verlassen kann und daher Entspannung mit dem Iran sucht.

Bezüglich ihrer Strategien und Grundvoraussetzungen weisen beide Staaten einige Unterschiede auf: Iran ist ein Staat mit knapp 85 Millionen Einwohner-innen, Saudi-Arabien mit 34 Millionen, wovon jedoch maximal 25 Millionen Saudis sind. Das iranische Militär ist schlecht bewaffnet, kann jedoch aus einer Position der Schwächer heraus Konflikte für sich entscheiden, wohingegen Saudi-Arabiens Militär gut bewaffnet ist und über moderne Technologien verfügt, jedoch fehlt es ihnen an Know-How. Saudi-Arabien (und auch die VAE, Katar oder Israel) setzen auf den Ausbau von staatlicher Macht und das Schmieden von Bündnissen mit anderen Staaten, wohingegen der Iran seit Jahren auf Stellvertretergruppen baut, wovon die wichtigste die Hizbollah ist; auch gibt es eine enge Beziehung zu den Huthi im Jemen. Ein weiterer Unterschied ist, dass der Iran verhältnismäßig zurückhaltend ist, wenn es um die Unterstützung von inneren Feinden geht, wohingegen Saudi-Arabien sehr wohl versucht, sunnitische Minderheiten im Iran zu unterstützen. Im Hinblick auf Atomprogramme lässt sich sagen, dass sich Saudi-Arabien darauf vorbereitet, dem Iran zu folgen, sollte sich dieser nuklear bewaffnen. Auch herrsche Skepsis, dass das Nuklearabkommen erfolgreich abgeschlossen werden könne, so Posch und Steinberg.

Generell wird davon ausgegangen, dass sich die USA von ihren heutigen Positionen zurückziehen versuchen werden und nur in den strategisch wichtigen Gegenden präsent bleiben werden und Europa keine wirkliche Rolle spielen wird. Verschiedene Staaten wie die Türkei, Iran, Saudi-Arabien, VAE oder Ägypten werden versuchen, die Rolle von Regionalmächten einzunehmen, woraus Instabilität und Unruhen resultieren. Deshalb werde man die amerikanische Hegemonie in der Region der letzten 30 Jahr noch vermissen, da jegliche Ordnung und Disziplin verloren gegangen sein wird



T. Szyszkowitz



G. Schwarz

PHILOXENIA

Kuratorin: Tessa Szyszkowitz, Autorin und Journalistin, Profil, Falter, Cicero

Philoxenia is the welcoming culture that has its tradition in ancient Greece. The word means love for the stranger – or: hospitality. Philoxenia seems particularly important today, at a time when populist movements are threatening to narrow reason. It is important to find alternatives to fear and xenophobia as the driving forces behind political processes.

ERINNERT EUCH!

Ein Plädoyer, wie Europa der Nationalismus-Falle entkommen kann

Géraldine Schwarz, deutsch-französische Autorin, Journalistin und Filmemacherin

Was braucht es, damit eine Gesellschaft zum Komplizen politischer Verbrechen wird? Diese Grundfrage diskutierte die französisch-deutsche Autorin und Filmemacherin Géraldine Schwarz mit Tessa Szyszkowitz ausgehend vom Sturm auf das Capitol in Washington DC im Jänner 2021 im Hinblick auf historische Assoziationen – dem Brand des Reichstags in Berlin 1933 zum Beispiel. Denn um die Macht der Erinnerung geht es in Schwarz' Buch ›Die Gedächtnislosen – Erinnerungen einer Europäerin‹ (im Französischen Original *Les Amnésiques*).

Géraldine Schwarz erzählt in dem Buch die Geschichte ihrer Familie: Ihr deutscher Großvater war Mitläufer, er arisierte 1938 ein jüdisches Geschäft und weigerte sich nach dem Krieg, dem einzigen Überlebenden Reparationen zu zahlen. Ihr französischer Großvater diente unter dem Vichy-Regime als Gendarm.

Im Gespräch erklärte Schwarz die Unterschiede in der Aufarbeitung der Vergangenheit in Deutschland – wo es nach 1945 keine Wahl gab –, in Frankreich oder in Österreich, wo man die Mitverantwortung an Nazi-Verbrechen lange nicht diskutieren wollte. Sie diskutierte die Wichtigkeit von Wahrheit und Wissenschaft, die gerade in der Post-Truth-Gesellschaft in den USA besonders deutlich geworden ist. Schwarz wünscht sich eine Aufarbeitung der Vergangenheit in Amerika und Großbritannien und anderen europäischen Staaten hinsichtlich der kolonialen oder totalitären Geschichte nicht deshalb, um die Schuldfrage zu klären, sondern versteht sie als Auftrag an die politische Bildung der heutigen Gesellschaften, antidemokratische Strukturverschiebungen frühzeitig erkennen und entschärfen zu können. Die Autorin will die europäische Identität nicht negativ definiert sehen: ›Wir Europäer müssen stolz sein dürfen, dass 1945 und 1989 die Würde und Freiheit der Menschen zurückerobert wurde.‹

BELLINGCAT: HOW TO FIND REAL FACTS IN A POST-TRUTH WORLD

Eliot Higgins, British Citizen Journalist and Blogger, Founder of the Investigative Internet Platform Bellingcat and the Brown Moses Blog

Eliot Higgins is the founder of Bellingcat and the Brown Moses Blog. During the Arab Spring the English online researcher started to locate atrocities in Libya and Syria in his free time. He focused on the weapons used in the conflict with open source investigation tools and techniques. His blog has morphed into one of the most important tools of holding regimes to account. President Assad in Syria lied about not using chemical weapons against his civilian population – Bellingcat proved him wrong. Higgins and his growing team of experts investigated the poisoning of Sergej Skripal and of Alexej Navalny. These ›Digitale Jäger‹, so the German title of the book, try to find the real facts in an increasingly fake news world. With success.



E. Higgins



N. Hertz

In his talk for Kreisky Forum, Higgins made a point of his intention to train as many people as possible in his method of OSINT — open source investigation. Bellingcat offers workshops on its website. During the conversation someone from the audience asked, how she could get involved and volunteer for the organisation. All this is part of what Higgins wants to achieve: An online community looking for truth in a Post-Truth-world. He spoke at length about the beginnings of his work on locating atrocities in Libya and Syria, but also about the biggest successes by Bellingcat so far: the investigation into the downing of the airplane MH-17 over Ukraine and into the poisoning of Alexej Navalny last August. Higgins' Bellingcat is a charity registered in the Netherlands. One of the topics he touched on is that Bellingcat provides information for media for free. Question about his security came up and he explained that he is careful enough not to eat cake provided to him as welcome gift by nice hotel managers.

THE LONELY CENTURY.

How We Can Come Together in a World That Is Pulling Apart

Noreena Hertz, Author, Economist, Honorary Prof. Institute for Global Prosperity at University College London

In ›Das Zeitalter der Einsamkeit‹, Noreena Hertz explores, which devastating effects on soul, body but also on economies loneliness has. Even before the coronavirus struck, we were living in an age of isolation, disconnection and alienation. Loneliness is, claims Hertz, as bad for our health as smoking 15 cigarettes a day. In her talk she also offered a range of solutions to counter the global loneliness crisis. Ranging from innovative urban planning, to compassionate artificial intelligence, from new labour laws to counter the surveillance and gig economy to practicing participatory democracy to a kind of ›political Tinder‹ trialled in Austria and Germany during ›Deutschland spricht‹ and ›Österreich spricht‹. Hertz herself even tried experiences like ›rent-a-friend‹ in Manhattan or pay for cuddling sessions. Noreena Hertz bases her ideas for limiting loneliness on a mixed bag of progressive social-democratic ideas: When e-commerce destroys physical retail shopping, city and federal governments need to step in to save high streets from dying. Tested concepts like libraries, subsidized leisure and fitness centres, but also cultural centres with coffee-shops should be the focus of urban planning. The spending cuts of the past decade since the financial crisis in 2008 were particularly devastating for these communal institutions which can help a lot of old and young people outside of families to limit loneliness.

HÖRT EINANDER ZU!

How to Stay Sane in a World of Division

Elif Shafak, award-winning Turkish-British Novelist, Honorary Fellow at St Anne's College, Oxford University, Vice President of the Royal Society of Literature, Member of the World Economic Forum Global Agenda Council on Creative Economy, Founding member of the European Council on Foreign Relations

Elif Shafak is one of the most important intellectual voices in the pan-European debate about identity, multiculturalism, gender equality and free speech. In her latest pamphlet How to Stay Sane in an Age of Division - in German published in March 2021 under the title Hört einander zu! - the Turkish-British author and activist dissects the angers and anxieties of contemporary society in order to find methods to deal with the deepest divisions in this age of social media.



E. Shafak



J. Kampfner



A. Barnett



K. Ghodsee

The promise of social media to give everyone a voice has turned into the fear of having created a monster which is especially threateningly violent – certainly verbally – to women, Shafak said. She praises complex thinking over believing in simple solutions. Her plea in her pocket manifesto is to channel anger into a productive force. Her plea is to stop shouting and start listening to each other.

WARUM DEUTSCHLAND ES BESSER MACHT

A British View of Germany in 2021

John Kampfner, British Author, Broadcaster and Foreign-Affairs Commentator

Kampfner is a satirical author, broadcaster and commentator. He started his career as foreign correspondent for Reuters in Moscow and Bonn, watching the Berlin wall fall in 1989 and Soviet communism in 1991 in Russia. He was the editor for the New Statesman from 2005 to 2008 and was chief executive of the freedom of expression organisation Index on Censorship from 2008 to 2012. He now is a columnist at The Times.

In his talk with Szyszkowitz, Kampfner engaged in a lively debate about his views on Germany. When Kampfner wrote his book during the first wave of the Covid-19 pandemic, Germany indeed seemed to handle the crisis much better than the UK. Now though the UK has scored with a rather well functioning vaccination campaign and Germany is lagging behind. Does ›capitalism and greed with a twist of nationalism‹ not pay off sometimes? Kampfner disagrees: ›Germany and the other EU-countries will catch up with vaccinating their populations by the summer. It was still more important to show solidarity and unity and move in on the pandemic together.‹

Kampfner analyses in his book the crucial dates of German post-war history: 1949, when ›Wiederaufbau‹ took off and the constitution was written (with the help of British experts); 1968 when ›Wiedergutmachung‹ became a subject. 1989 – ›Wiedervereinigung‹. What other country would have been able to incorporate another? 2015 – The refugee crisis. Kampfner commends Angela Merkel for her act of bravery to open the borders to one million refugees.

John Kampfner's father's family had to escape from the Third Reich to England and the book is a reflection on a nation dealing with its past – a path that his own country, the UK has so far not properly engaged in. The history of the British Empire, which was built on slave trade, still awaits a reckoning. ›Instead, my country retreated with Brexit into a dream of former glory,‹ Kampfner complains. Three points that influenced the remembrance of the Third Reich are according to Kampfner Willy Brandt's 1970 ›Kniefall – his kneeling down at the memorial for the Warsaw ghetto uprising-, the US TV series Holocaust which was broadcast in Germany and Austria in 1979, and Richard von Weizsäcker's 1985 speech about young Germans' responsibility to understand their history.

THE LURE OF GREATNESS – AND SMALLNESS

How the EU Should Deal with China and Scotland

Anthony Barnett, Journalist, Author, Co-Founder of Open Democracy, an independent global media platform covering world affairs

In the talk with Tessa Szyszkowitz Anthony Barnett argues that the lure of smallness – Scottish independence – is actually a tool to stop British Trumpism from spreading and taking hold of the British island. The anti-European Brexit government of Boris Johnson would be – literally – shown its limits, if Scotland leaves the United Kingdom in the aftermath of the British exit from the European Union. This might take

years, but if Europe shows its open arms to Scottish voters, it might be helpful in Barnett's view: ›Johnson is today the most Trumpite figure in the West. He would like to impose his Trumpism on Scotland.‹ The act of leaving England is, according to Barnett, ›not an act of leaving. But of joining – the EU.‹

His latest book ›The Lure of Greatness: England's Brexit and America's Trump‹ was an in-depth evaluation of the effect of Trumpism on Britain and the US in 2017. Four years later Barnett discusses the implications of the post-Trump era for the new US-administration under Joe Biden. ›Biden is trying to start a profound radical process of change.‹ Not only with his 6 trillion Dollar in spending proposals, which could be very helpful, if they indeed trickle down to help the poor with infrastructure projects, work and training programs and post-Covid-support packages.

In the debate Barnett also pointed out that unlike president Trump his successor did not pour oil into the fire of the American society debates about racism, sexual abuse and the connection to power and poverty. New street protest movements like ›Black lives matter‹ and #metoo are now not perceived of being the hostile forces against the White House. On the contrary! ›The energy of these movements was brought into Biden's coalition. That made a critical difference for his election and points to a change in the official political discourse, which could shape the Biden years.‹

WHY WOMEN HAVE BETTER SEX UNDER SOCIALISM

and Other Arguments for Economic Independence

Kristen R. Ghodsee, Professor of Russian and East European Studies and a Member of the Graduate Group in Anthropology at the University of Pennsylvania, Author, Podcast-Host

In her conversation with Tessa Szyszkowitz Professor Ghodsee pointed out how unregulated free markets disproportionately harm people who have primary responsibility for caregiving. Not only childbearing and child caring, but also care for the elderly and care for the sick. Free markets require or depend on the free labour that caregivers provide for free in the home, mostly because it's very expensive to pay for. Ghodsee's analysis is more a critique of capitalism and certainly not a call to return to communism. In socialist countries under the influence of Soviet communism the childcare network was better. This was, as Ghodsee argues, not done out of altruism. Women were encouraged to take up work because they were needed as work force. But there was also a feminist basis for these developments. Alexandra Kollontai, the first female commissioner in the Bolshevik leadership, was very influential in developing feminist policies for the early years of the Soviet Union.

The results of these different social networks and the subsequent difference in women's employment in Eastern and Western countries are visible till today. She also pointed to a backlash in women's employment in countries like Russia and how sex work and surrogacy changed women's self-image in the Ukraine in the past years. As Kristen Ghodsee will point out in her upcoming book Taking Stock of the Shock: Social Impacts of the 1989 Revolutions, co-authored with Mitchell A. Orenstein (Oxford University Press, July 2021) there were serious repercussions after communism collapsed for the societies in Eastern Europe, especially for women.



H. Pick



M. Thurner | T. Szyszkowitz | J. Coe | G. Auer Borea d'Olmo



Ph. Sands



G. Schwan

INVISIBLE WALLS

Hella Pick, Journalist, former UN-correspondent for the Guardian

Fast den gesamten Kalten Krieg hat die Grande Dame des britischen Journalismus – eine Britin, die aus Wien stammte – beschrieben. Hella Pick war 35 Jahre lang die diplomatische Korrespondentin für The Guardian. Sie hat von JFK bis Michail Gorbatschow die wichtigsten Politiker zwischen Washington und Warschau getroffen und war als eine der ersten Frauen in diesem Job eine stets herausragende Persönlichkeit.

Jetzt hat Hella Pick ihre Memoiren geschrieben, sie sind diesen Frühling in Großbritannien unter dem Titel *Invisible Walls. A Journalist in Search of Her Live* erschienen und haben die 91-jährige Legende des Auslandsjournalismus erneut auf die Bühne britischer – und nun auch österreichischer – Talkshows geholt. Als Kind vor den Nazis aus Wien nach London geflohen, passte sich die Österreicherin der britischen Kultur so sehr an, dass sie eine der typisch englischen Eigenschaften übernommen hat: die Selbstironie. Sie zieht sich wie ein Leitfaden durch Picks Memoiren, über die sie in einem Onlinetalk mit Tessa Szyszkowitz sprach.

Für Pick hat sich ihre britische Identität seit dem Brexit verändert, sie fühlt sich in ihrer Heimat nicht mehr so zu Hause wie früher. Dafür sind die Beziehungen zu Österreich über die Jahrzehnte durchaus enger geworden – wenn sie auch einen klaren Unterschied in der Nähe zu ihren beiden Welten macht. Die Politik in Österreich etwa betrachtet sie mit einer gewissen Distanz. Die britische Politik verfolgt sie nach wie vor in jedem Detail.

Nach ihrer journalistischen Karriere begann sie bei George Weidenfelds »Institute for Strategic Dialogue« eine neue Tätigkeit und nahm an Konferenzen in ganz Europa teil. Sie schrieb eine Biografie über Simon Wiesenthal und ein Buch über ihre alte Heimat: *Guilty victim – Austria from the Holocaust to Haider*.

MR. WILDER AND ME

Jonathan Coe, English Novelist and Writer

His first appearance at BKF on March 9th 2020 was the last one before Europe went into lockdown because of the Corona pandemic. In September 2021, when BKF could host live events again, Jonathan Coe came back for a second book presentation.

In his new novel »Billy Wilder and me«, Coe creates a fascinating portrait of the Hollywood legend, who spent his forming years in Vienna before the Second World War. Coe shows Wilder, the master of comedy and creator of films like »Some Like it Hot« in his own bittersweet comedy at the end of his career. While Billy Wilder shoots one of his last films, *Fedora*, in Europe, he re-connects with his memories of pre-war Europe and senses the onset of a new era. In their conversation they discussed how to create a fictional account of a historic figure like Wilder. Coe explained that he invested years of research into Wilder's films, interviews and documents in private archives and he calls the result a »Homage, which allows him to create an image of his own«. Asked if he was conscious that the frame story, the friendship between a young woman named Calista and Billy Wilder could raise questions in the age of #MeToo, Coe said he thought that friendship between a powerful man and a powerless woman can also be possible without exploitation.

The core piece of *Mr. Wilder and Me* deals with the period of 1933 and events that convinced Wilder to go into exile. In 1945, Coe explained, Wilder directed the movie *Death Mills*, a film trying to educate the public about Nazi atrocities. Wilder said later he tried to identify his mother in the footage from the camps where she perished. In the book Coe creates a scene where Wilder asks a Holocaust denier: »If all the facts and figures about the camps are wrong, then where is my mother?«

FROM GENOCIDE TO EXOCIDE

How a Legal Definition of climate Crimes Could Change the Fight Against Climate Change

Philippe Sands, British-French Author and International Lawyer
Kreisky Forum at Café Book Shop Singer

Sands came to BKF in spring 2018 for the first time. Then he spoke about his work as an international lawyer and author concerning the development of the term genocide – with a very personal twist. The family of this British and French barrister came from Vienna. In his books *East West Street* (2016) and *The Ratline* (2020), published by S. Fischer Verlag: »Rückkehr nach Lemberg. Über die Ursprünge von Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit« and »Die Rattenlinie. Ein Nazi auf der Flucht«, he wrote about the impact these events had on international law.

Now Sands is engaged in a new initiative. In 2020-2021 the Professor of Law at University College London co-chaired an international panel of experts who drafted a definition of »Ecocide« which could sit alongside Genocide, Crimes Against Humanity, War Crimes and the Crime of Aggression in the Rome Statute of the International Criminal Court. The panel comprised a mixture of renowned international criminal lawyers, environmental lawyers and legal scholars with a wide range of backgrounds and perspectives. The group reported in June 2021 with a core definition text in English and accompanying commentary.

In a conversation with Szyszkowitz Sands presented this initiative. The UK based campaign group Stop Ecocide wants to see a legal definition incorporated into the Statute of the International Criminal Court ICC, a hope recently supported by the UN Secretary General and the Pope. This timely debate came just before the opening of the Climate conference COP26 in Glasgow on October 31st. Establishing Ecocide as international crime will help the fight against climate change.

VERSAGT EUROPA?

Gesine Schwan, deutsche Politikwissenschaftlerin, Vorsitzende der Grundwertekommission der SPD

Gesine Schwan sprach mit Tessa Szyszkowitz über ihr jüngstes Buch »Europa versagt«, das im S. Fischer Verlag Ende August erschienen ist. Schwan entwickelt in ihrer mit Malisa Zobel verfassten Streitschrift einen sehr konkreten und detaillierten Aktionsplan zur Verbesserung der Flüchtlingspolitik im europäischen Raum.

Das Fiasko in Afghanistan macht es einmal mehr deutlich: Die Flüchtlingspolitik Europas ist unkoordiniert. Einige Mitgliedsstaaten wollten sogar noch in den Augusttagen 2021, an denen Kabul an die Taliban fiel, abgelehnte Asylwerber aus Österreich zurück nach Afghanistan deportieren, statt besonders gefährdeten Afghan-innen Asyl anzubieten. Die deutsche Sozialdemokratin Gesine Schwan, zweimal als Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin nominiert, sagt, dass eine neue Regierung in Deutschland unter der Führung der SPD in Koalition mit den Grünen sowohl für die nationale wie für die EU-Flüchtlingspolitik einiges zum Guten ändern könnte. Der sogenannte Spurwechsel – abgelehnte Asylwerber, die gut integriert sind, einzubürgern statt zu deportieren – ist nur eine der Optionen für eine links-grüne Regierungspolitik.

Schwans Credo: Kommunen und Gemeinden einzubinden, um Flüchtlingspolitik nicht nur von oben zu verordnen, sondern private und lokale Ideen aufgreifen zu können. Sie beschreibt einige Initiativen wie www.europewelcomes.com, bei der sich Gemeinden melden können, wenn sie Flüchtlinge aufnehmen wollen. Ein Matching-System, das im Prinzip wie eine Börse für Asylsuchende und Jobanbieter verwendet werden könnte, komplettiert ihre Idee. Zusätzlich braucht es einen Europäischen Flüchtlings- und Entwicklungsfonds, der lokale Initiativen für ausländische wie inländische Bedürftige kombiniert. So könnte der Ausländerfeindlichkeit der Wind aus den Segeln genommen werden.



T. Szyszkowitz | E. Menasse

VON GRENZEN UND ABGRÜNDEN
 Betrachtungen über die besondere Lage Österreichs
 Eva Menasse, Schriftstellerin

Die österreichische Schriftstellerin Eva Menasse hat im Herbst 2021 einen neuen Roman vorgelegt: Dunkelblum, in dem sie sich mit Ereignissen der österreichischen Geschichte beschäftigt, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit genannt werden müssen: die zahllosen Massaker an ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiterinnen, die in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges zum Bau des Südostwalls, einer sinnlosen und größtenwahnsinnigen Verteidigungsanlage der Deutschen Wehrmacht, ins Burgenland und östliche Niederösterreich getrieben worden waren. Diese sogenannten ›Endphaseverbrechen‹ in über 120 Gemeinden wurden jahrzehntelang vertuscht, aber nur im deshalb notorisch gewordenen Rechnitz wurden die Leichen bis heute nicht gefunden. Eva Menasse siedelt die Handlung im Fantasiestädtchen Dunkelblum an und verarbeitet historische Fakten der ganzen Gegend, aus Mattersburg, Rechnitz, Jennersdorf, Deutsch-Schützen.

Der Autorin geht es in diesem Roman nicht nur um die literarische Aufarbeitung der österreichischen Geschichte, sie interessiert sich für die konkrete Dynamik einer Kleinstadt und für die spezifischen Phänomene dieser Grenzregion. Jahrhundertlang, während der k.u.k.-Monarchie, gab es hier keine Grenze, erst 1918–21 wurde sie gezogen. Alle möglichen Verbrechen fanden an ihr und wegen ihr statt, und als im Sommer 1989 der Eisenerne Vorhang ausgerechnet hier als erstes brüchig wurde, schien für einen historischen Moment lang echte Aufarbeitung möglich.

Im November 2021 jährt sich die Volksabstimmung von Sopron zum hundersten Mal. Seit damals ist die Stadt Teil Ungarns und das Burgenland wurde das österreichische Burgenland von heute. Was bedeuten die Grenzverschiebungen heute, wo mit der EU alle Grenzen zumindest theoretisch gefallen sind? Im Gespräch mit Tessa Szyszkowitz spricht Eva Menasse darüber, wie sehr es sie als Kind beeinflusst hat, dass die Welt praktisch 30 Kilometer hinter Wien am Eisernen Vorhang endete. Und wie sehr sie, die damals wie Szyszkowitz als Journalistin zu arbeiten begann, die Öffnung 1989 begrüßt hat: Hinter dem gefallenem Eisernen Vorhang gab es eine ganze neue Welt zu entdecken.

Neben dem Fall der Mauer 1989 prägte die Zeit, die Menasse in ihrem Roman behandelt, auch die Waldheim-Affäre, die Österreich – und die Generation Menasse-Szyszkowitz – politisch immens geprägt hat. Diese kommt in Dunkelblum nicht vor, aber Menasse sagt, sie frage sich manchmal, ob die Wahl von Kurt Waldheim die Aufarbeitung der Geschichte nicht erst möglich gemacht hat. Szyszkowitz widerspricht dem, die Geschichte habe so viele Schichten, das ginge sowieso nicht in einem Schub.



N. Al-Bagdadi | A. Al-Azmeh | B. Bashir
 G. Auer Borea d'Olmo | A. Confino | L. Farsakh

REGIONALISM AND BORDERS

Curator: Bashir Bashir

The program ›Regionalism and Borders‹ seeks to capitalize on the Forum's extensive and rich engagements in the analyses of the politics of the Middle East and Europe. It invites leading intellectuals and politicians to a series of workshops to discuss in a protected environment the rising new political order and the most pressing and critical questions and challenges that face the people of this region. A particular focus is paid to the question of Israel/Palestine, which ought to be seen as a regional question rather than a local or a national one.

**THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS –
 GEOGRAPHIES OF ENGAGEMENT IN PALESTINE AND BEYOND**

The most prestigious Columbia University Press published the book, which draws from almost ten years of confidential seminars at the Kreisky Forum project ›Arab Engagements with Jewish Question‹ and ›Jewish Engagements with the Arab Question‹ late November 2020.

This book talk discussed the attempts of leading scholars to consider how the ›Jewish Question‹ and the ›Arab Question‹ are entangled historically and in the present day. It offers critical analyses of Arab engagements with the question of Jewish rights alongside Zionist and non-Zionist Jewish considerations of Palestinian identity and political rights. Together, the essays of the book under discussion show that the Arab and Jewish questions, and the Israeli-Palestinian conflict in which they have become subsumed, belong to the same thorny history. Despite their major differences, the historical Jewish and Arab questions are about the political rights of oppressed groups and their inclusion within exclusionary political communities—a question that continues to foment tensions in the Middle East, Europe, and the United States. Shedding new light on the intricate relationships among Orientalism, anti-Semitism, Islamophobia, colonialism, and the impasse in the Israeli-Palestinian conflict, this book reveals the inseparability of Arab and Jewish struggles for self-determination and political equality.

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS: Book Launch in Vienna

In cooperation with the Central European University, Vienna

Bashir Bashir, Associate professor in the Department of Sociology, Political Science, and Communication at the Open University of Israel, a senior research fellow at the Van Leer Jerusalem Institute and at the Bruno Kreisky Forum.

Alon Confino, Pen Tishkach Chair of Holocaust Studies, Departments of History and of Jewish and Near Eastern Studies, Director, Institute for Holocaust, Genocide, and Memory Studies, University of Massachusetts, Amherst.

Leila Farsakh, Associate professor of political science at the University of Massachusetts Boston.

Aziz Al-Azmeh, University Professor Emeritus and Distinguished Visiting Professor at the Central European University, Vienna.

Moderator: **Nadia Al-Bagdadi**, Professor of History at Central European University, Vienna

Chair: **Gertraud Borea d'Olmo**, Secretary General, Bruno Kreisky Forum, Vienna

PHILOXENIA



A. Ghazal



G. Achcar

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS: Oxford University Book Talk

Webinar organised by St. Antony's College, University of Oxford

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Bashir Bashir, Open University of Israel

Amal Ghazal, Simon Fraser University

Brian Klug, Faculty of Philosophy, University of Oxford

Hadeel Abu Hussein, Faculty of Law, University of Oxford

Chair: Yaacov Yadgar, Stanley Lewis Professor of Israel Studies, Oxford University

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS: Columbia University Book Talk

Webinar organised by Columbia University

Bashir Bashir, Open University of Israel

Gil Anidjar, Professor in the Departments of Religion and the Department of Middle Eastern, South Asian, and African Studies, Columbia University

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Nadia Abu El-Haj, Ann Olin Whitney Professor in the Departments of Anthropology at Barnard College and Columbia University, and Co-Director of the Center for Palestine Studies at Columbia.

Sherene Seikaly, Associate Professor of History at the University of California, Santa Barbara

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS: Columbia Global Center's Book Talk

Webinar organised by Columbia Global Centers

Peter Beinart, Professor of Journalism and Political Science at the City University of New York

Bashir Bashir, Open University of Israel

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Chair: Safwan M. Masri, Professor and Executive Vice President for Global Centers and Global Development at Columbia University, Senior Research Scholar at Columbia's School of International and Public Affairs.

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS: SOAS University of London Book Talk

Webinar organized by the SOAS Middle East Institute and the Centre for Palestine Studies, SOAS

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Bashir Bashir, Open University of Israel

Yair Wallach, SOAS Middle East Institute and the Centre for Palestine Studies

Chairs: Gilbert Achcar and Dina Matar, SOAS Middle East Institute and the Centre for Palestine Studies

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS: Harvard University Book Talk

Webinar organised by the Center for Middle Eastern Studies at Harvard University

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Bashir Bashir, Open University of Israel

Dirk Moses, Frank Porter Graham Distinguished Professor of Global Human Rights History at the University of North Carolina at Chapel Hill

Chair: Derek Penslar, William Lee Frost-Professor of Jewish History, Harvard University



L. Farsakh



P. Beinart

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS: University of Manchester Book Talk

Webinar organised by University of Manchester

Leila Farsakh, University of Massachusetts Boston

Bashir Bashir, Open University of Israel

Moshe Behar, Associate Professor, Programme Director, Arabic & Middle Eastern Studies, University of Manchester

Nadia Fadil, Associate Professor at the Interculturalism, Migration and Minorities Center (IMMRC), University of Leuven

THE ARAB AND JEWISH QUESTIONS: Book Talk at Jüdisches Museum Hohenems Rethinking Israel/Palestine

Bashir Bashir, Open University of Israel

Hanno Loewy, Director, Jewish Museum Hohenems

Gertraud Borea d'Olmo, Bruno Kreisky Forum

TELL ME THE END: SHORT TAKES ON BEING PALESTINIAN

Life in a Country – The Luxuriance and Longing of Deracination

Introduction: Bashir Bashir, Open University of Israel

Key Note Speech: Nathalie Handal, Poet and Writer born to a Palestinian family from Bethlehem. She is based in Rome and Abu Dhabi, where she is a Professor at New York University Abu Dhabi

Moderator: Refqa Abu-Remaileh, Professor of Modern Arabic Literature and Film at the Department of Semitic and Arabic Studies at Freie Universität Berlin, Principal Investigator of the European Research Council (ERC) project PalREAD-Country of Words: Reading and Reception of Palestinian Literature from 1948 to the present (2018–2023)

In her talk Nathalie Handal read fascinating fragments from her forthcoming memoir. In these fragments, Nathalie offered 'archeological' readings, sometimes tragic, ironic and humorist, of various stages of her life as a Palestinian living in diaspora. She commented and reflected on family events, on her visits to Bethlehem (hometown of her parents), on belonging and identity, on the homeland and what it means to be a Palestinian today.

Nathalie's poetic prose and fragments are remarkable testimony to the diversity and multiplicity of voices and experiences that characterize Palestinian lives and identity; lives that are embedded in context of ongoing Nakba, exile, colonial dispossession, dispersion, resilience resistance, and persistent struggle for return, freedom, and justice.

Nathalie's powerful, poetic and moving reading generated a rich and deep conversation and debate with the audience focusing among other things on the universality of the question of Palestine and the possibility of articulating it in various languages, forms, voices, and geographies that transcend essentialist and colonial boundaries.



N. Khrushcheva

RUSSIA ON THE WORLD STAGE

Curator: **Nina Khrushcheva**, Professor of International Affairs, the New School, New York; Senior Fellow of the World Policy Institute and the Bruno Kreisky Forum

Over the last ten years, defensiveness and suspicion characterized Russian foreign policy. Russia even has uneasy relations with the congenitally non-threatening European Union. It is touchy about the independence of the near-abroad countries, especially those politically or geographically close to the West-Belarus, Moldova, Ukraine, and Georgia. More than a decade after the fact, the Kremlin still decries NATO's eastward enlargement as a security threat. The real threat is the alliance's potential to ›swallow‹ Moldova or Ukraine at some point. Creating a precedent for the democratization of post-Soviet space is a nightmare scenario for Putin and his cronies. As in Soviet times, the main task of today's ruling elite – Putin and his former KGB associates – is to preserve their tight-knit political and economic regime, built for their personal control and material benefit. Russian foreign policy is, as it was under the Soviets, an extension of official domestic priorities. Until Russia's internal political situation changes, relations with the West will remain unchanged and ambiguous.

THE RETURN OF ALEXEI NAVALNY TO ›MOTHER RUSSIA‹

Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs at the New School University, New York

Russian opposition leader Alexei Navalny has returned to Russia, facing immediate arrest and a speedy trial upon arrival in his home country. In her statement recorded in Moscow on 19 January for BKF, Nina Khrushcheva, analysed the background leading up to the current events and why Navalny was no longer a local problem, but an international one.

RUSSIAN ROULETTE

Alexej Navalny and his Fight Against the Russian President Enter a New Stage

Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs at the New School University, New York

The Live Online Talk with Khrushcheva came after a week of extraordinary events in Russia. Since the Russian opposition leader Alexej Navalny was poisoned with the nerve agent Novichok in August 2020, the world was watching the increasingly tense fight between Alexej Navalny and the Russian president Vladimir Putin. In conversation with Tessa Szyszkowitz, Nina Khrushcheva analysed what the return of Navalny to Moscow means for Putin, how a longer jail sentence for Navalny could change his anti-corruption movement and with which methods European countries can react to the crackdown on the Russian opposition by the Russian government.

Khrushcheva told the viewers how she experienced Moscow under these circumstances with a high presence of police on the streets. Unlike ten years ago, when the last mass protests happened, Khrushcheva sees today among Russians a much higher fatigue concerning the government and much more anger against the Russian president Vladimir Putin. His popularity rate has been sinking. Navalny's work presenting the public with a well-researched video about a secret Putin palace on the Black Sea, which has been watched by 109 million

people, has created an even greater feeling of a president being detached from the realities of the population in the middle of a pandemic.

Khrushcheva also discussed which period of the Russian history the current events reminded her of. 1917 – a bloody revolution, which ended the tsarist era and brought the Bolsheviks to power? Not so much as the opposition around Navalny wants a non-violent democratic change. 1953 – the death of Stalin? Although it would be easier to start a new democratic era if the current leader would exit the political stage without a fight, it is not very likely. Khrushcheva feels reminded of 1964, when her grandfather Nikita Khrushchev was removed from office by an internal coup.

What the next stage of Russian politics will bring, is of course unknown, but it became clear that Khrushcheva feels that Navalny's opposition to an authoritarian power, which Khrushcheva calls the ›collective Putin‹, has changed the power balance in Russia. Navalny is today more believed in the East and the West than the government, he has become a serious enemy. Asked what the EU could do to help, she said the mistakes were done long ago with Western countries being disrespectful and not cooperative enough with the Russian government when it was still possible to influence the situation.

RUSSIA AND THE NAVALNY DEMONSTRATIONS

Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs at the New School University, New York

The world is united in its concern about the health of Alexei Navalny, who after having returned from Germany following his recovery, is in jail in Russia and has gone on hunger strike. While the world is asking the Kremlin for compassion, the Kremlin pretends in the meantime not to know who Navalny is, while the Russian State insists his health is ok. During the ensuing demonstrations in the main cities, 1700 people were detained in Moscow, out of which all protesters were released, but 30. Overall, 10 000 at the most participated. Police did not interrupt the demonstration and let people voice their message to an extent people wondered why this was the case. According to Khrushcheva this was not because Putin gave in to pressure from the West. Instead, it shows that Putin is still capable of assessing the mood of the nation, who wants a less confrontational president and a sense of normality. In his annual Address to the Federal Assembly on April 21, Putin was speaking about COVID mainly, children, education, social issues, businesses, summer camps, but only three minutes of the 18 minutes presentation were related to security and defence, warning that Russia would push back if it was provoked. In St Petersburg the crackdown was tougher, with underground stations being closed and 700 people being detained.

The civilian doctors that were let to inspect Navalny claimed he was in ›satisfactory health condition‹. Navalny's doctors present his state of health as dramatic. In doing so they might exaggerate his health because they do need the pressure, international support and people demonstrating. Among the reasons why the demonstrations were allowed to happen relatively peacefully might have been that the Navalny foundation has been asked to be put on the list of fundamental groups, which might lead to the group being forbidden soon. This would lead to us not hearing of the movement any more. Also, Putin is participating at the US organised Climate Summit, where he would like to win over support with his ›Green Russia‹ effort. He shows himself cooperative internationally on the issue of climate change, trying the carrot and stick approach to various Russian and global affairs. In his address to the Assembly Putin offered a four days visa for international visitors, hoping for tourists, as the country needs money. Putin puts on a more hospitable face to the world. This would not happen if war was to happen with the Ukraine. Therefore, Nina Khrushcheva is not convinced war will happen.



N. Khrushcheva



T. Szyszkowitz

WAS HENRY KISSINGER RIGHT AFTER ALL? The Name of the Grandmaster of Pragmatic Realism in World Politics Returns to the Conversation

Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs at the New School University, New York
Tessa Szyszkowitz, Author and Journalist

Nina Khrushcheva, currently works on a biography about her grandfather Nikita Khrushchev. For the Russian-American political scientist the fiasco of the US retreat from Afghanistan in summer 2021 has confirmed the uneasy feeling that attempts to bring democracy to the world do not really work. Even worse: manifestations of democracy may look laughable due to increasing weaknesses in the Western democratic systems. In America, a mob stormed the Capitol. Western democracy can hardly serve as an example any longer.

Autocratic leaders in Russia and China are watching the spectacle of Western failures and mishaps and might feel that their own authoritarian ways are a better path towards stability and order.

Nina Khrushcheva therefore says: ›Putin or Xi Jinping should not be excused for their restrictive or destructive actions but time may have come for a new Kissingerian moment as unpleasant as it appears to many of us.‹

Henry Kissinger stands for many things, but maybe most of all for term Realpolitik. As National Security Advisor of Richard Nixon, Kissinger he greatly influenced American politics from 1969 on. Khrushcheva is calling for a Realpolitik approach towards Russia and China and says in the tradition of Kissinger: ›Take the Russians as they are.‹

In their conversation both speakers had disagreement on several nuances of this topic. While Khrushcheva thought ›Crimea should have been bracketed‹ as a separate issue, Szyszkowitz thought it was impossible for the international community to just watch Russia break international law by annexing a part of a different country. While Khrushcheva said that the West did not treat Vladimir Putin and the Russians with enough respect, Szyszkowitz wondered if it made a difference for the political development Russia took under Putin's leadership- away from democracy and towards an increasingly authoritarian state. After all Russia had been invited to join the G7 as 8th country and although invited to attend conferences as the UN-Climate summit COP26 in Glasgow – Putin decided not to attend.

Khrushcheva ended on a pessimistic note arguing that the door between Russia and the West – which had been open in the 1990ties – was closed: ›You cannot undo Putin. He will not change anymore.‹



N. Khrushcheva | R. Löw | St. Myers | E. Nowotny

TRANSATLANTICA

Kuratorin: Eva Nowotny, Mitglied des Vorstands des Bruno Kreisky Forums

Despite the international financial and economic crisis, and despite the many fundamental changes in international relations the transatlantic relationship remains of central importance.

The lecture series ›Transatlantica‹ take this significant partnership into account and tries to provide information to the Austrian public, political elite and media by inviting interesting and partly controversial experts from both sides of the Atlantic and to sharpen the focus and clarify misunderstandings.

WHAT TO EXPECT FROM THE INCOMING US-ADMINISTRATION

Renewed Multilateral Relations and Global Perspectives? Views from China/South East Asia, Russia, Europe

Nina Khrushcheva, Professor of International Affairs at the New School, New York

Steven Lee Myers, Journalist, Bureau Chief of the New York Times in Beijing

Eva Nowotny, former Austrian Ambassador to the US, Board Member of the Kreisky Forum

Moderation: Raimund Löw, Historian, Journalist, Falter Radio

In Zusammenarbeit mit Falter Radio

The election of Joe Biden, a member of the Democratic Party, as the 46th President of the United States and the incoming US Administration present a new strategic space for multilateral relations. In this conversation, published on January 7, Raimund Loew discussed with experts on China and South East Asia, Russia and Europe, which paradigm shifts we may—or may not—expect in regard to global alliances, partnerships, and competition.

Nina Khrushcheva emphasised that US and Russia continue to regard each other as adversaries, and whilst this is their main communality, other than that they have different perspectives. This is not to change with a new administration. Biden is not unknown in Russia. He was the frontman in the relationship with the Ukraine, when Navalny got poisoned and President Trump was very slow in his reaction, whilst Biden was quick to conclude he would be holding it against Putin. Russians are not expecting much: more sanctions, more lecturing on human right. The Kremlin is interested in a renewal of international cooperation: Putin will continue a refined game of trying to use opportunities, mistakes, misunderstandings while trying to build relationships with whoever seems the stronger side.

Steven Lee Myers predicted a possibility of a people-to-people relations between China and the US after the leadership shift. Globally, there has been a hardening of views towards China in Europe. China realises that they have a diplomatic problem and attempt to repair the damage done. A comprehensive joint strategy between Europe and the US vis a vis China has been one of the announcements. Overall, their handling of COVID has increased China's confidence. We can expect a more aggressive China on a variety of fronts, as seen on Australia, India, Iran, Bhutan.

Eva Nowotny sees a moment of awakening for Europe, expecting a return to a more multilateral view on diplomacy and international organisations and a more balanced relationship between Europe and the US administration. Other than global affairs, Biden will have to deal with an enormous array of domestic problems, the pandemic, the increasing inequality, economic problems, and infrastructure problems. The EU will have to work out a new relationship to the US and reset its current relationship with Russia and China.



Th. Stelzer



E. Nowotny



St. Lehne



Ch. Kupchan

Steve Lee Myers pointed out that China is forcing countries to take sides. The relationship between China and Russia is going to be strengthened despite ideological and economical differences. A more authoritarian China is emerging, domestically and globally.

Eva Nowotny emphasised the increasing competition for access to vaccines, which is going to be a problem particularly for economically poorer countries. The Biden administration will bring a number of very professional experienced people who have been ousted and will come back into government.

Nina Khrushcheva highlighted that Russians started testing vaccines and argues that given their vaccine is cheaper than any other, it would distribute it in poorer countries, if allowed.

UNITE AGAINST CORRUPTION!

Eine globale Anstrengung gegen Korruption

Thomas Stelzer, Dean and Executive Secretary, Internationale Antikorruptionsakademie (IACA)

Während der vier Jahre Trump-Regierung in den USA wurden die multilaterale Zusammenarbeit und die Aufrechterhaltung eines auf Rechtstaatlichkeit und globaler Governance basierten Systems, das die USA und Europa in der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut und aufrechterhalten hatten, stark in den Hintergrund gerückt. Die Außenpolitik wurde auf eine Art Abkommen zwischen politischen Führern auf der Grundlage nationaler Interessen reduziert. In der Komplexität des 21. Jahrhunderts entspricht dieser Ansatz nicht den Herausforderungen, vor denen wir stehen und die mehr und nicht weniger Multilateralismus und internationale Zusammenarbeit erfordern.

Thomas Stelzer erklärt die Arbeit der IACA, einer internationalen Organisation mit Sitz in Laxenburg bei Wien. Seit der Verabschiedung der Anti-Korruptions-Konvention 2008, der 185 Staaten beigetreten sind und in der die Rahmenbedingungen festgelegt wurden, stellt sich die Umsetzung als langwierig und schwierig heraus. In den 2015 mit der Agenda 2030 verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDGs) wurden erstmals global gültige Ziele für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Die Korruption wurde als Querschnittmaterie aller SDGs erkannt und definiert. Die schwierige Aufgabe ist es, alle internationalen Institutionen, die sich mit dem Kampf gegen Korruption beschäftigen – wie WHO, UNESCO, WTO, etc. – zu vernetzen und die notwendige Ausbildung sicherzustellen. »Die Korruption hat viele Gesichter«, meinte Thomas Stelzer, sie beginne früh und ziehe sich von lokaler auf nationaler und internationaler Ebene durch. Sie habe auch verschiedene Ursachen und mache daher eine differenzierte Herangehensweise, eine Bewusstseinsänderung und eine Verzahnung der Systeme notwendig. Das schließt auch den Rücktransport von Korruptionsgeldern ein, wofür es erst seit kurzen ein Rechtsinstrument gibt.

Die transatlantische Achse wäre die wichtigste Voraussetzung für die Zusammenarbeit zwischen like-minded nations, ob es sich nun um den Klimawandel (Pariser Abkommen), Pandemiebewältigung und Zugang aller zu Impfstoffen, um Migrationsfragen und Armut oder andere große Themen dreht.

EUROPAS PLATZ IN EINER MULTIPOLAREN WELT

Stefan Lehne, Visiting Scholar Carnegie Europe, Brüssel; ehem. österreichischer und EU-Diplomat. Seine Forschung konzentriert sich auf die Entwicklung der EU-Außenpolitik nach dem Vertrag von Lissabon, mit besonderem Schwerpunkt auf die Beziehungen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten.

Der Diskurs über den Platz der EU in der Welt hat sich im letzten Jahrzehnt verändert. Sprach man früher über Außenpolitik im Sinne des Aufbaus einer globalen liberalen Ordnung, der Stärkung der transatlantischen

TRANSATLANTICA

Partnerschaft und der Sicherung eines effektiven Multilateralismus, so konzentriert man sich heute eher auf die Entwicklung der europäischen Souveränität, die Sicherung der strategischen Autonomie und den Schutz des europäischen Lebensstils. Das Selbstverständnis als Vorbild und Vorreiter einer erneuerten regelbasierten internationalen Ordnung ist einer defensiven Haltung, geringeren Ambitionen und einem engeren regionalen Fokus gewichen.

Verbesserungen in der Beziehung zwischen Europa und den USA sind nach Jahren des schwierigen Verhältnisses in der Regierungszeit Donald Trumps durchaus zu erwarten. Dies zeigt sich nicht zuletzt in Joe Bidens prominenten Besetzungen der US-Posten in Europa mit Kennern Europas, oft ehemaligen Mitarbeitern Barack Obamas. Was die EU betrifft, ist zu bemerken, dass vor dem Hintergrund der Besetzung der EU-Vizepräsidentschaft mit wenig bekannten und proaktiven bzw. durchsetzungskräftigen Persönlichkeiten wie Ashton, Mogherini und Borrell trotz des Ausstiegs Großbritanniens aus der EU eine richtungsweisende Allianz der E3, bestehend aus Deutschland, Frankreich, und dem Vereinten Königreich, fortgesetzt wird. Einer gemeinsamen Außenpolitik der EU wird weiterhin keine Priorität zukommen. Die Stärke der EU wird sich weltpolitisch allerdings sehr wohl und vor allem in jenen Bereichen zeigen, wo die EU teilweise bereits mit Mehrheitsentscheidungen vorgehen kann und wo auch die Zivilgesellschaft verstärkt Einbindung erfährt, wie etwa in dem global sehr relevanten Bereich der Klimapolitik. Aber auch in Bereichen großen akuten gemeinsamen Interesses, wie etwa der Migration, wird es gemeinsames Lösungsbestreben geben. Die EU als liberale Wertegemeinschaft, von der andere lernen können, und deren demokratisches Modell in anderen Ländern propagiert wird, sei aufgrund der Entwicklungen in vielen europäischen Ländern nicht mehr in der Form und Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten wie dies noch vor 20 Jahren versucht wurde.

FROM TRUMP TO BIDEN: ISOLATIONISM AND INTERNATIONALISM IN U.S. STATECRAFT

Charles Kupchan, Senior Fellow at the Council on Foreign Relations (CFR), Professor of International Affairs at Georgetown University, Advisor in the White House during the Obama and Clinton Administrations.

Raimund Löw, Historian and Journalist, Director of Falter Radio

Eva Nowotny, Board Member of Bruno Kreisky Forum, Ambassador ret.

In Zusammenarbeit mit Falter Radio

American foreign policy is at the beginning of a third era. Federation until Pearl Harbour marked the first era of isolationism, in which America stayed clear of the rest of the world (1789 to 1941). At the onset of World War II, the US swung to the other extreme, with the US having military basis all over the world (the era of liberal internationalism).

Trump's inauguration, his strategy to put America first, commenced a third era, in which Trump reached back to the earliest tradition in American statecraft, reacting to an American sentiment that for many there was too much of the world and too little on the US. Whilst there was a need to focus on the home front, Trump overshot: Rather than developing a new, modern way of internationalism he alienated allies, picked trade fights, and built a wall with Mexico. Finally, this approach backfired and led to the swinging back of the pendulum to Joe Biden winning the elections.

Joe Biden is correcting the way of Trump, with the key challenge of having to find the middle ground. Biden's foreign policy will emphasise on bringing America back to international cooperation as a multi-lateral country (engaging with NATO, Paris Climate Agreement, WHO, EU); and second, rebuilding US internally, to a society of tolerance, rule of law, and away from polarisation. Trump has left the country unrecognisable. Biden is trying to restore the soul of America by staying multinational and multiracial.



J. Kornblum



F. Stift | E. Nowotny



T. Indjein | M. Sajdik



M. Leonard

However: (1) Biden will be a domestic president. He will have to put Americans first, because Americans are struggling. Pandemic recovery, infrastructure, health care, child care, new technology will be in the centre of his engagement.

(2) Biden will try to find a sweet spot, trying to step back without stepping away (see for ex withdrawal from Afghanistan). At the same time, he is forming alliances to deal with Russia, or China. (3) A more ideological foreign policy and a more pragmatic policy: cyber security, nuclear challenge, Iran, require cooperation between democratic and authoritarian states. Kupchan emphasises the need to find ways to work across ideological dividing lines. The way forward is not in a call to arms to fight Russia or China, but dealing with them while finding solutions.

WAS TUN WIR MIT EUROPA?

John Kornblum, amerikanischer Diplomat ret., ehem. Deutschland-Chef der US-Investmentbank Lazard

Eva Nowotny, Botschafterin i.R., Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums

Raimund Löw, Außenpolitikexperte und langjähriger Auslandskorrespondent des ORF

In Zusammenarbeit mit Falter Radio und dem Fernsehsender W24

Bei seiner ersten großen außenpolitischen Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2021 deutete Präsident Biden an, dass zu viel Harmonie mit Europa den USA nicht dienlich wäre. Biden schien direkt zu Merkel und Macron zu sprechen und stellte Europa vor eine Herausforderung: »Hört auf mit den Hirngespinnsten über die »strategische Souveränität« von Amerika, stärkt die zunehmend dysfunktionale Diplomatie und helfe dabei, den Westen unter amerikanischer Führung zu stützen. Meine Regierung wird ihren Teil tun, aber ihr müsst auch euren tun.«

Bei seiner ersten Europa-Reise als US-Präsident, die ihn im Juni 2021 nach Großbritannien zum G7-Gipfel, nach Brüssel zum NATO-Gipfel und zu Gesprächen mit EU-Vertretern und nach Genf zum Treffen mit Russlands Präsident Putin geführt hat, sind Bidens Vorstellungen und Erwartungen deutlicher geworden.

ZUKUNFT DER DIPLOMATIE

Teresa Indjein, Botschafterin, Geschäftsleiterin Internationale Kulturbeziehungen, Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Martin Sajdik, österreichischer Diplomat, zuletzt Sonderbevollmächtigter des OSZE in der Ukraine

Friedrich Stift, Direktor der Austria Development Agency, österreichischer Botschafter in Peking a.D.

Eva Nowotny, Botschafterin i.R., Vorsitzende des Universitätsrats der Universität Wien

Unter der Regierung von US-Präsident Trump schien es so, als sei Diplomatie unwesentlich geworden und sei bilaterales Deal-Making der Trend der Zeit. Mit der Biden-Regierung hat sich das jedoch wieder geändert: So meinte der US-Präsident »America is back, diplomacy is back«. Es zeigt sich, dass es ohne Diplomatie nicht wirklich geht im multilateralen Bereich. Vor allem für die Rolle von kleinen und mittleren Staaten in internationalen Organisationen ist Diplomatie von großer Wichtigkeit, denn Macht, Einfluss und Größe sind nachrangig hinter den Inputs und Erfahrungen, die jemand mitbringt. Deswegen sei auch für ein Land wie Österreich multilaterale Diplomatie das wichtigste Vehikel, um sich mitteilen zu können und eigene Vorstellungen in der Politik zu kommunizieren, so Martin Sajdik.

Zum Thema Kulturdiplomatie meinte Teresa Indjein, dass sie für Österreich einen besonderen kreativen

Raum für Gestaltungsmöglichkeiten biete. Mit Empathie kann man so auf die Geschichte und kulturelle Leistungen anderer blicken und darüber nachdenken, wie man sie mit dem eigenen Land verbinden kann. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass Auslandskulturpolitik auch im internationalen Rahmen, wie bei der UNESCO, stattfindet und auch die europäische Kulturdiplomatie an Bedeutung gewinnt. Über Entwicklungszusammenarbeit sagte Friedrich Stift, dass sie ein Beitrag zu einer gerechteren Welt sei und ein Werkzeug, mit Staaten in Krisen umzugehen. Es geht darum, Armut zu beseitigen, Frieden zu sichern und etwa Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion zu fördern. Für die Wirtschaftsdiplomatie in Österreich ist die Außenwirtschaftskammer von großer Wichtigkeit, da sie österreichische Firmen im Ausland betreut. Abschließend wurde noch auf die sogenannte EU-Diplomatie hingewiesen, in der Österreich Platz gefunden hat, ohne eine eigene Stelle dafür aufbauen zu müssen.

THE AGE OF UNPEACE: HOW CONNECTIVITY CAUSES CONFLICT

Mark Leonard, Political Scientist, Author, Director of the European Council on Foreign Relations

In the three decades since the end of the Cold War, global leaders have been integrating the world's economy, transport and communications, breaking down borders in the hope of making war impossible. In doing so, they have unwittingly created a formidable arsenal of weapons for new kinds of conflict and the motivation to keep fighting. Rising tensions in global politics are not a bump in the road - they are part of the paving. The past decade has seen a new antagonism between the US and China; an inability to cooperate on global issues such as climate change or pandemic response; and a breakdown in the distinction between war and peace, as overseas troops are replaced by sanctions, cyberwar, and the threat of large migrant flows. Instead of the promised global village an era of »Unpeace« has been created, where the distinctions between war and peace are breaking down.

The US-Europe relationship was heavily disturbed and partly interrupted, the US elections in 2016 and Britain's Brexit added to the disarray. Concerning the transatlantic relationship, which according to Mark was a product of the Cold War and changed after 1991 fundamentally to become the pacific era in the 21st century. Europe needs its own sovereignty in order to become a better partner, not antagonistic to the US but less infantile. The toolbox in international relations became so limited and sanctions are considered the »only« tool, not working but always imposed. Diplomacy and negotiations, which disappeared after the Cold War because everything became domestic policy, are again necessary tools to create a new momentum of curiosity, humility and interest for new foreigners. The US as gatekeepers and the EU as rule makers could become real partners on the global stage.

Mark's last point touched migration, not only as a refugee crisis but also as a fact of a moving humanity. He identifies four categories of roles for migrant populations:

Generators: countries that force people out (Libya, Syria, also Russia)

Neo-colonialists: in the 19th century it was essentially Europeans who settled out, now it is Chinese.

Go-betweens: weaponized countries as transit: Erdogan against Europe

Integrators: countries that attract talents, like the US and Israel with its start-up generation.

Identifying the different trends could help find adequate responses to a widely shared phenomenon and render it less problematic and deadly.



C. Kahlweit



O. Rathkolb

WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE

Wissenschaftlicher Beirat

SCHIRACH: Eine Generation zwischen Goethe und Hitler

Oliver Rathkolb, Historiker, Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bruno Kreisky Forums

Cathrin Kahlweit, Journalistin, Süddeutsche Zeitung

In Zusammenarbeit mit dem Molden-Verlag

Das Angebot des ›Führers‹ an den 18-jährigen Baldur von Schirach ist verlockend: ›Solche jungen Männer braucht die Partei, braucht Deutschland!‹ Der angehende Student der Germanistik und Kunstgeschichte kann diesem Ruf Hitlers nicht widerstehen, es beginnt eine steile Karriere. 1930 wird er zum Reichsjugendführer ernannt, als treuer Paladin seines Herrn schwört er die ›Hitlerjugend‹ auf die ›braune Revolution‹ ein. Er träumt von einem faschistischen Europa unter deutscher Führung und lässt als Gauleiter von Wien die jüdische Bevölkerung in die Todeslager deportieren. 1946 wird Baldur von Schirach, inzwischen Vater von vier Kindern, in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Haft verurteilt. Seine Familie muss mit den düsteren Schatten der NS-Verstrickungen leben...

Eine jahrzehntelange Forschung zur Person Schirach und seiner Bedeutung für Österreich liegt diesem Buch zugrunde. Wissenschaftliche Contenance und historisch kritische Auseinandersetzung sind Voraussetzung, um eine derart komplexe Figur zu beschreiben: Schirachs Lebensgeschichte vom adelig-großbürgerlichen Sohn einer US-amerikanischen Mutter aus dem konservativ völkischen Kulturerbe der Weimarer Gesellschaft, über eine tiefe Liebe zu Adolf Hitler zum ›Influencer‹ im modernen Sinn, zum Gauleiter von Wien und schließlich nach 20 Jahren Haft in Spandau zum vergessenen Alkoholiker.

Die Wirkungsmacht der Medien verstand der miese Redner und Emporkömmling sehr rasch und wusste sie für das Regime zu nutzen. Welche Talente brachte er mit? Erstens seinen Sinn für Inszenierung: Mit tatkräftiger Unterstützung seiner Frau Henriette residierte er in den schönsten Villen und Büros Wiens. Zweitens seine Fähigkeit Menschen als ›Arbeitsbienen‹ für sich dienstbar zu machen. Und drittens Rassenwahn und Antisemitismus glaubhaft zu vertreten, und trotzdem ein ›Kulturbürger‹ zu sein. Sein ›Pech war der 2. Weltkrieg, der ihm die Aufmerksamkeit für die völlige Umgestaltung des deutschen Bildungswesens entzog. Seinen Lebenstraum eines faschistischen Europas unter deutscher Führung setzte er als Gauleiter in Wien mit maßloser sozialpolitischer Propaganda fort: Juden loswerden um Wohnraum zu schaffen. Wien mit seinem multikulturellen Flair wird seine Bühne für ›große‹ Kultur: Für die Philharmoniker, die Oper, rauschende Feste und Empfänge wird Geld mit vollen Händen ausgegeben. Was mit den Juden im Osten geschieht, weiß man, aber wen kümmert das!

Nach 1945 nutzen Schirach und seine Frau ihre Position aus, geraubte Kunst wegzuschaffen und aus Wien nach Tirol mithilfe von HJ Seilschaften zu fliehen. Dort stellt er sich den Amerikanern, spielt im Nürnberger Prozess seine amerikanische Biografie zu seinem Vorteil aus und entgeht mithilfe von US Gerichtspsychologen und einem maßvollen Schuldbekennnis dem Todesurteil.

Was sagt uns diese Figur heute, fragt Cathrin Kahlweit? Oliver Rathkolbs Antwort darauf: Gute Ausbildung und kulturelles Kunstverständnis schützen nicht vor totalitären Tendenzen. Nicht zuletzt beim Sturm auf das Capitol zeigte es sich, wie schnell es möglich ist große Massen zu manipulieren. Fazit: ›Wir lernen viel und fürchten uns ein wenig!‹



R. Wodak



M. Nowak

MENSCHENRECHTSPOLITIK MIT HANDLUNGSBEDARF

Manfred Nowak, Generalsekretär des Global Campus of Human Rights, Venedig, und Vorstandsmitglied im Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte. Als unabhängiger Experte leitete er die 2019 erschienene Studie United Nations Global Study on Children Deprived of Liberty. Manfred Nowak ist Gründer des Ludwig Boltzmann-Instituts für Menschenrechte.

Ruth Wodak, Sprachsoziologin, Diskursforscherin, Beirätin im Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bruno Kreisky Forums

Menschenrechte gehen uns alle an. Das hat zuletzt die Corona Pandemie und die damit in Zusammenhang stehende Einschränkung der Grundrechte verdeutlicht. Wie aber steht es eigentlich mit den Menschenrechten in Österreich und wie ambitioniert ist Österreich in der Menschenrechtspolitik? Dazu diskutierte Ruth Wodak im Rahmen der Wissenschaftsgespräche mit dem Menschenrechts-Experten Manfred Nowak. Bereiche, die dabei ebenfalls zur Sprache kamen sind Asyl und Migrationsfragen, Möglichkeiten zur humaneren Gestaltung der Flüchtlingspolitik, sowie der Zustand des österreichischen Menschenrechtsschutzes. Dass wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in der Verfassung ebenso fehlen wie eine unabhängige Menschenrechtsinstitution, ist ein Mangel, bei dem Manfred Nowak akuten Handlungsbedarf sieht. Er fordert darüber hinaus einen umfassenden Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte, ein umfassendes Anti-Diskriminierungsgesetz, und eine "Polizei-Polizei" zur unabhängigen Untersuchung und Verfolgung von Misshandlungsvorfällen. Aber auch bei Rechten von Kindern und Menschen mit Behinderung ortet er Aufholbedarf.

WISSENSCHAFTSGESPRÄCHE

WITHOUT BLUEPRINT: YOUNG INTERNATIONALS

In dieser neuen, im Jahr 2021 begonnenen Veranstaltungsreihe gibt das Bruno Kreisky Forum jungen Männern und Frauen die Gelegenheit, mit erfahrenen Gesprächspartnern ihre Recherchen zu präsentieren.

WESTSAHARA, DIE LETZTE KOLONIE AFRIKAS

Geschichte und Gegenwart eines vergessenen Konflikts

Paul Huemer, freier Journalist, arbeitet für die Auslandsredaktion der ORF-Nachrichtensendung Zeit im Bild
Andreas Pfeifer, außenpolitischer Ressortleiter im aktuellen Dienst des ORF-Fernsehens

Paul Huemer berichtet als Reporter aus den verschiedenen Ländern des Nahen Ostens. Seine letzte Reise führte ihn in die Flüchtlingslager und befreiten Gebieten der westsaharischen Befreiungsbewegung ›Frente Polisario‹. Die Westsahara gilt als letzte Kolonie Afrikas. Fast 30 Jahre lang herrschte mitten in der Wüste ein fragiler Waffenstillstand zwischen dem Königreich Marokko und der westsaharischen Befreiungsbewegung ›Frente Polisario‹. Doch seit Mitte November 2020 überschlugen sich die Ereignisse. Nach dem Wiederaufflammen der Kämpfe und dem Ende des Waffenstillstandes, hat der scheidende US-Präsident Donald Trump die marokkanischen Gebietsansprüche auf die Westsahara anerkannt.



P. Huemer



H. Ulukisa

Gleichzeitig mangelt es in den von der Polisario betriebenen Flüchtlingslagern an Nahrung, Medikamenten und vor allem Perspektiven. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen? Was steckt hinter den Ankündigungen Donald Trumps? Wie profitieren Österreich und die Europäische Union von der Situation in der Westsahara? Und wie nahe stehen wir am Beginn eines ausgewachsenen Krieges?

Paul Huemer hat sich in den Flüchtlingslagern und den besetzten Gebieten der Wüste umgesehen und nach Antworten auf diese Fragen gesucht. Gemeinsam mit Andreas Pfeifer analysiert er für das Bruno Kreisky Forum die Entstehung, Entwicklung und Gegenwart dieses vergessenen Konflikts.

SOS BALKANROUTE

Menschenrechtsverletzungen vor unserer Haustür

Hasan Ulukisa, Aktivist bei SOS Balkanroute für humanitäre Hilfe in den Flüchtlingscamps in Bosnien und Herzegowina und bei der Flüchtlings- und Migrantinnenbetreuung der Volkshilfe

Nina Horaczek, Politologin, Autorin und Chefredakteurin der Wiener Wochenzeitung Falter

Wir alle kennen die Bilder. Seit Jahren werden Menschen beim Versuch, die Grenze zwischen Bosnien-Herzegowina und Kroatien zu übertreten, gewaltsam abgehalten und zurückgedrängt. Dies ist die Folge der ›Schließung der Balkanroute‹ im Jahr 2017. Oft sind ebene Menschen damit konfrontiert, Monate- bis jahrelang im Grenzgebiet im Raum Bihac bzw. im nordbosnischen Kanton Una Sana festzusitzen. In elenden Verhältnissen müssen sie um ihr Überleben kämpfen. Am 23. Dezember 2020 gipfelte die humanitäre Krise im Großbrand im von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betreuten Flüchtlingscamps Lipa, das rund 25 Kilometer entfernt von Bihac versteckt hinter einer Waldlandschaft liegt. Das Camp war als Übergangslösung für rund 1400 Menschen gedacht und bestand aus mehreren Mannschaftszelten. Es war von vornherein klar, dass das Lager nicht winterfest gemacht werden kann, da nicht einmal der Zugang zu Wasser- und Stromversorgung vorhanden war. Die IOM entschied, sich zurück zu ziehen – mit fatalen Folgen: 1400 Menschen waren mit der bitteren Kälte des bosnischen Winters konfrontiert, viele weitere Geflüchtete im Kanton Una-Sana obdachlos und auf Versorgung angewiesen.

Hasan Ulukisa organisiert als Aktivist bei SOS Balkanroute humanitäre Hilfe in den Flüchtlingscamps in Bosnien und Herzegowina. Beruflich ist er bei der Flüchtlings- und Migrantinnenbetreuung der Volkshilfe tätig. Im Gespräch mit der Chefredakteurin der Wiener Wochenzeitung Falter Nina Horaczek erzählt Ulukisa von der Arbeit von SOS Balkanroute. Als private humanitäre Initiative vor einigen Jahren gegründet, sammelt sie in Österreich Sach- und Geldspenden für geflüchtete Menschen in Nordbosnien und leistet damit mit einem Netzwerk von Freiwilligen vor Ort Hilfe (Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten, ein Tageszentrum für Flüchtlinge in Tuzla, etc.).

Warum bekommen sie nicht in Bosnien Asyl? Von 3,5 Millionen Bosniern sind über 500.000 arbeitslos, diesem Staat mit seinen dysfunktionalen Strukturen kann die EU diese Verantwortung nicht aufbürden, sagt Hasan Ulukisa. Im Auftrag der EU versorgt die IOM Geflüchtete in Camps mit dem Nötigsten, 90 Mill. € hat sie seit 2017 dafür zur Verfügung bekommen. Nicht immer ist gewährleistet, dass das Geld an die richtigen Stellen kommt: oft werden zB. horrenden Mieten für die Unterbringung in heruntergekommenen Lagerhallen bezahlt.

In welche Richtung sollte eine Lösung des Flüchtlingsdilemmas gehen? Vor allem in verstärkten Kampf gegen die Fluchtursachen, z.B. auch durch das Aussetzen von Rüstungsexporten in Kriegsgebiete, meint Hasan Ulukisa, und natürlich eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Ländern, aus denen Menschen flüchten.



N. Luftensteiner



J. Bichl

›WIR‹ GEGEN ›SIE‹

Rechtspopulistische Diskurse zu Geschlechterthemen

Jutta Bichl, Absolventin eines Studiums der Transkulturellen Kommunikation und der Politikwissenschaft an der Universität Wien, Abschlussarbeit über ›We Against Them: How Gender Issues Serve the Construction of Populist Radical Right Antagonisms‹; Bruno Kreisky Forum

Ruth Wodak, Sprachwissenschaftlerin, emeritierte Professorin für Diskursforschung an der Universität Lancaster, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bruno Kreisky Forums

Geschlechterpolitik ist seit einigen Jahren zentral für rechtspopulistische Mobilisierungsstrategien, immer im Zusammenhang mit einer Polarisierung zwischen dem sogenannten ›echten Volk‹ und den ›anderen‹. Auch in der internationalen Forschung spielt der komplexe Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und Geschlechterpolitik eine immer wichtigere Rolle. Es zeigt sich, dass rechtspopulistische Parteien Geschlechterthemen als wesentlichen Bestandteil einer Symbolpolitik instrumentalisieren, um ihre andere, oft nativistische Agenda zu bewerben. Wie diese Strategien aussehen, welche Mittel rechtspopulistische Parteien hierfür anwenden und welche Standpunkte zu Geschlechterthemen zu finden sind, darüber sprachen Ruth Wodak und Jutta Bichl an Hand von Beispielen aus Österreich und Deutschland.

WEM GEHÖRT DIE STADT?

Nadine Cobbina, freie Journalistin, Medienfachfrau, Mitbegründerin der IG Clubkultur

Ilkim Erdost, Geschäftsführerin der Wiener Jugendzentren

Rihab Toumi, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wiens

Nathalie Luftensteiner, Bruno Kreisky Forum

Nach 1,5 Jahren Corona-Pandemie können wir eine Wiederaneignung öffentlicher Plätze seitens junger Menschen beobachten, die allerdings auch mit einer sukzessiven Vertreibung und Einschränkung einhergeht. Wie erlebt die ›Corona-Jugend‹ die Stadt, was bedeuten konsumfreie Räume in pandemischen Zeiten und warum polarisiert es dermaßen, wenn junge Menschen öffentlich zugängliche Plätze wieder für sich entdecken?

Nathalie Luftensteiner diskutierte im Kreisky Forum mit Ilkim Erdost, Rihab Toumi und Nadine Cobbina über die Bedeutung des öffentlichen Raums in Wien. Die vergangenen 1,5 Jahre Corona-Pandemie wurden aus der Perspektive junger Menschen rekapituliert. Außerdem sprachen die Diskutantinnen darüber, was nötig ist, um den Bedürfnissen der oft ungehörten Jugend, gerecht zu werden.



Ph. Blom



H. Maimann

ZERRISSENE JAHRE

Kurator: Philipp Blom, Autor, Journalist und Historiker

Wie zerrissen sind unsere Gesellschaften? Entlang welcher Linien sind sie zerrissen? Und welche Strategien kann es geben, diese Risse zu heilen? Mit seinen Gesprächspartnern geht Philipp Blom der Frage nach, was eine Demokratie eigentlich braucht, um lebendig zu sein, um überleben zu können. Wieviel Einverständnis braucht sie, wieviel Hoheit, wieviel öffentlichen Raum?

DER LANGE SCHATTEN. 12. März 1938

Helene Maimann, Historikerin, Autorin, Ausstellungs- und Filmemacherin

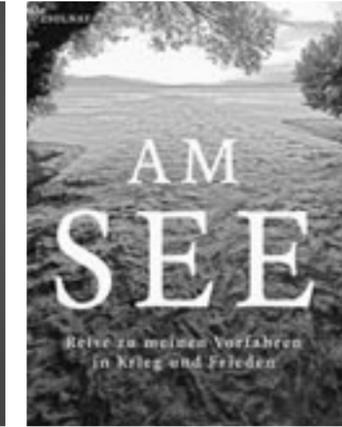
In der Nacht auf den 12. März 1938 landeten 20 Flieger der deutschen Wehrmacht in Aspern und brachten die Gestapo mit sich. Die österreichische Regierung hatte den Rückzug angetreten; seit dem Berchtesgadener Abkommen waren die Nazis nicht mehr verboten und mobilisierten erlaubt und unter reger Beteiligung der Bevölkerung. Am 12. März schließlich marschierte begrüßt und ohne Widerstand die Deutsche Wehrmacht und Hitler ein. Hitler war überrascht von der Woge des Überschwangs. Gleich am selben Tag begannen Plünderungen und das Pogrom gegen die Juden. Es war allen klar, was die Nazis vorhatten: Das gültige Recht abschaffen, die Bevölkerung spalten, bestimmte Gruppen dem Mob zu überlassen. Verhaftungslisten waren schon seit 1937 vorbereitet worden. Ein Drittel der darauf befindlichen Namen war von Repräsentanten des Ständestaates, ein Drittel von politischen Gegnern (Sozialdemokraten und Kommunisten) und ein Drittel von Juden. Der Prominenten-Transport am 1. April 1938 machte klar, wer der »Feind« ist: der Widerstand leisten kann, und »der Jud«. Dies hätte eine Warnung sein müssen für England, Frankreich, aber die Ereignisse wurden ignoriert. Der Tag des Anschlusses ist nicht nur von historischem Interesse, sondern auch von politischem: Er zeigt, wie schnell geputzt werden kann.

Der Schatten geht nach beiden Richtungen: er geht bis 1918 zurück und er geht nach vorne, bis heute. Jene, die sich im März 1938 in einem Pandämonium in die Straßen ergossen und ihre Wut an Juden ausgelassen haben, haben sich etwas erhofft. Sie wollten eine bessere Zukunft, die sie eher im Anschluss gesehen haben. Emotion schüren und Wünsche erzeugen, darin waren die Nazis Experten.

Auch jetzt erleben wir eine Zeit, wo Demokratie das Vertrauen der Menschen verliert. Dabei geht es nicht darum, »Menschenfänger« mit Hitler zu vergleichen, sondern politische Strukturen aufzuzeigen, die solche Ereignisse möglich machen. In einer Krise kann man Menschen leicht spalten, beeinflussen und radikalieren. Das haben wir beim Sturm auf das Kapitol im Jänner 2021 in Amerika gesehen, wo Präsident Trump Feindbilder geschaffen und seine Anhänger aufgehusst hat. Auch wenn die Gerichtsbarkeit stark war und die demokratischen Institutionen diesen Angriff abgewehrt haben: Die Ereignisse in Washington haben gezeigt, dass nicht viel gefehlt hat, und Abgeordnete wären angegriffen worden. Haben Bewegungen charismatische Führungspersonen, können sie nach wie vor Menschen emotionalisieren und auf die Straße bringen. Wenn in Wien ein führender Parlamentarier und früherer Innenminister der FPÖ auf der Bühne steht und eine Rede hält, in der er antisemitische Meinungen kundtut und zum Sturz der Regierung aufruft, muss die Gefahr erkannt und gestoppt werden.



K. Kassabova



K. Kassabova

AM SEE – Reise zu meinen Vorfahren in Krieg und Frieden

Kapka Kassabova, Autorin und Journalistin,

In Zusammenarbeit mit dem Zsolnay-Verlag

Kapka Kassabova folgt am Ohridsee den Spuren ihrer Familie. Wie in Die letzte Grenze reist sie in ihrem neuen Buch, Am See, auf den Weg in den Osten und in ihre eigene Vergangenheit. Fischer, Hausierer, Witwen, Waisenopfer, Täter und jene, denen es gelungen ist, sich aus den Verstrickungen zu befreien. Wie in einem Brennglas werden die Konflikte und Tragödien von Nationalstaaten in jenem Winkel Europas sichtbar, in den uns Kassabova führt: das zwischen Nordmazedonien, Albanien und Griechenland aufgeteilte Gebiet um den Ohrid- und Prespasee. Es ist verbunden mit ihrer eigenen Familiengeschichte, und so wird aus der Erkundung einer wunderschönen Gegend, ihrer Historie und politischen Verwerfungen eine Reise in die eigene Vergangenheit. Kassabova versteht es, die Zusammenhänge zwischen Topografie und Biografie bloßzulegen und Menschen zum Erzählen zu bringen, deren Schicksale die Zerrissenheit der Jahrhunderte spiegeln.

Ausgangspunkt des Buches, erzählt Kassabova in ihrem Gespräch mit Philipp Blom, war die Erinnerung an ihre Großmutter, eine beeindruckende, starke Frau, die am Ohrid-See gelebt hatte, die »den See in sich trug«. Eine Erkenntnis, die sie von ihr und den Menschen am See mitgenommen habe, ist, dass Nationen wie große Familien sind. Woraus sich die Frage ergibt: Wer sind wir in dieser Familie? Und: Welche Ursprünge hat das (oft schmerzvolle) Erbe, das wir in uns tragen, das Individuen, Familien und Nationen prägt?

Ein Thema, das sich durch das ganze Buch zieht, ist die Frage, was Menschen zum Verlassen ihrer Heimat bringt – und was sie zum Zurückkommen bewegt. Kassabovas Großmutter war letztendlich wegen der Konflikte im Seengebiet nach Sofia gezogen. Ein anderes ist das Motiv des Schmerzes, der über Generationen hinweg weitergegeben wird, und wie er die Psychologie und damit auch die Politik beeinflusst. Und die Frage, ob und wie er gelindert, geheilt werden kann.

Und was hat sie bei ihren Reisen in das Gebiet der beiden Seen, die die ältesten Europas sind, am meisten beeindruckt? Die Kraft des Wassers und wie sehr es die am Wasser Lebenden prägt, die Kraft der Natur und der Menschen, denen sie begegnet ist und die ihr ihre Geschichten anvertraut haben.

ALTERNATIVES TO PARTITION – RETHINKING THE POLITICS OF ISRAEL-PALESTINE

KREISKY-BRANDT-JERUSALEM-SYMPOSIUM: Rethinking Israel/Palestine

In Cooperation with the Willy Brandt Center in Jerusalem, supported by the Consulate General of Spain in Jerusalem
Curated by **Bashir Bashir**, Associate professor in the Department of Sociology, Political Science, and Communication at the Open University of Israel, Senior Research Fellow at the Bruno Kreisky Forum - Vienna and the Van Leer Jerusalem Institute

For the past two decades Israeli and Palestinian politics have been undergoing profound structural changes. Some observers have argued that these changes considerably contributed to the development of a new paradigm or a new political grammar in Palestine/Israel. The long-time political paradigm was largely built around the idea of territorial partition. The ›logic of partition‹ and the ›statist interpretation‹ of the right to national self-determination – according to which partitioning the land between Jews and Arabs in two separate states is the most desired and effective way to meet the demands of the conflicting parties – have dominated the hitherto unsuccessful attempts to settle the Israeli-Palestinian conflict. One of the most constitutive features of the new paradigm is the attempt to go beyond partition and rethink the notion of separation. This symposium seeks to critically survey and explore recent attempts to rethink the Israeli-Palestinian conflict. More precisely, it seeks to examine the impact of rethinking key concepts such as the right to national self-determination; sovereignty; nation-state; restorative justice; politics of reconciliation; and federalism on envisioning and developing alternatives to partitioning the land in Israel/Palestine.

This symposium is designed to serve the diplomatic community, with particular focus on European diplomats, in Palestine and expose its members to the most recent scholarship and policy developments in Israel/Palestine that explain the enabling conditions for the emergence of this new political paradigm and the challenges that face it. The themes have been designed in order to suit individuals who do not necessarily have a background in political science or close familiarity with Palestinian and Israeli society and history.

The symposium draws heavily on a decade long research and workshops at the Bruno Kreisky Forum in Vienna; The Van Leer Jerusalem Institute and teaching related materials by the curator at the Hebrew University of Jerusalem for more than 8 years.

Contemporary Trends In Israeli and Palestinian Politics – The Need to Rethink Israel/Palestine

For the past two decades Israeli and Palestinian politics have been undergoing profound structural changes. Some observers have argued that these changes considerably contributed to the development of a new paradigm or a new political grammar in Israel/Palestine. The Brandt Kreisky Symposium is based on the premise that the old paradigm based on the two-state solution is in question and we are in a process of shifting to a new paradigm that places at its center the issue of rights. One might identify this shift in the following five points.

First, in the Israeli context the use of ›right‹ and ›left‹ in terms of political ideological conversation is flawed and is no longer appropriately describing the political ideological developments and realities in Israel. Instead, there is a concentration in the center, where the majority agrees on needs for a settlement with the Palestinians, with a Swiss cheese cantonised and fragmented political system on a limited space of the 1967 territory for the Palestinians.

Secondly, the frame of ›majority‹ and ›minority‹ in relation to Israel is no longer serving justice to the composition of the population of Israel. The nationality Law cements the idea that what defines Israel is Jewishness and Jewish supremacy. In other word, the Palestinian minority in Israel has entered the scene as new player in the political game over the future of Palestine/Israel.

Thirdly, there is a shift from statehood to rights as fourthly, it has become questionable to what extent partition remains to be the dominant paradigm to deal with the conflict.

Finally, the old paradigm relating to peace making as the objective of the settlement of the conflict has turned out to be a failure, with the new paradigm shifting to ›de-colonization‹. The asymmetrical power relations between the parties are striking and the depiction of the Palestinians as equal to Israelis is misleading. This is where settler colonialism and apartheid comes into the equation.

In other words: If Israel's de facto offer to the Palestinians is ›a state‹ that is without any conventional characteristics of a state and its sovereignty, then the Palestinians will naturally be encouraged to remember



P. Klose



B. Bashir

ALTERNATIVES TO PARTITION

that their struggle has always been about their rights regardless the political and institutional arrangements. They will be ready to move away from an exclusive ethnic state and shift from statehood to rights.

Civic Versus Ethno-Cultural Nationalism – Majority Versus Minority

The second session introduced the thesis that Palestinian nationalism is undergoing a process of re-definition and rethinking, under which the question of ›who is Palestinian‹ is being expanded.

Palestinian nationalism in the past 20 years has been at a crossroad between civic nationalism and ethno-nationalism. Palestinian nationalism can roughly be divided into three phases (post-Nakba), two most important features of these being (1) The denial of the Palestinian people on Palestinian land (Golda Meir) and (2) Exile.

First phase: In the early stage, the dominant language of Palestinian nationalism was the ideology of Pan-Arabism that emphasized that a) Pan-Arabism will save Palestine and defeat Zionism; and which b) understood Arab nationalism as civic nationalism. President Nasser created the PLO as the representation of the Palestinians in the newly established Arab League.

Second phase: The turning point in this phase was the battle of 1968, when Arafat manipulated the moment, leading to many leading students and PhDs to leave their campuses to join the Palestinian revolution. Consequently, the Palestinians took over the PLO from Egypt as the sole representative of Palestine. Fatah stood for a democratic non-sectarian state of Muslims, Catholics and Jews.

Third phase: In 1974, the adoption of the Ten Point Program set into motion a shift towards potentially accepting a two state-solution concept, moving away from a maximalist point of stance. During the 1980-ies, in the first intifada, the discourse of Palestinian ethno nationalism is starting to get an additional dimension – religion – introduced by Hamas.

To summarize, Palestinian nationalism started as the antithesis of Zionism, and then moved due to international pressure to accepting the terms of international resolutions to Palestine being shrunk to the borders of 1967, with Jews no longer being part of the vision of a Palestinian state. Today, the consensus of Palestinian politics around a two state-solution is undergoing a very serious process of rethinking, in which the Palestinians are shifting towards the discourse of rights. This naturally implies a shift from ethno-nationalism to civic nationalism.

The Right to National Self-Determination and Sovereignty: Statist Interpretation Versus Federalism

Beyond nationalism, some of the most important concepts that keep reoccurring in both the Israeli context and the Palestinian context refer to two terms: ›sovereignty‹ and ›self-determination‹. The dominant interpretations of these terms need to be rethought. Self-determination is understood in a paradigmatic conventional sense, based on the premise of non-interference/inviolability.

Firstly, the principle is non-interference. Secondly, self-determination is equated with an exclusive nation state. The dominant notion is the Westphalian definition of sovereignty, when in 1648 European powers decided the Westphalian treaty of non-interference by neighbouring entities into the sphere of others.

Applied to Israel/Palestine: For a very long time (since the adoption of the fourteenth points programme) mainstream Palestinian nationalism has been premised on the paradigmatic notion of sovereignty and statehood. There are many reasons that are pushing the Palestinians to rethink this.



A. Goldberg



R. Zreik | G. Auer Borea d'Olmo

The failure of Oslo and partition - that ignores the Nakba, that ignores the question of the refugees and the expansion of colonial settlements on the back of the Oslo accords - has invited many Palestinians to rethink what the Palestinian cause is all about. This has led to a shift to a rights-based approach. The right of Palestinians for self-determination does not need to be a territorial question. It is in this context that there is an entry to Alternatives of Partition.

The intertwined realities on the ground - such as in Jerusalem, a binational city governed by colonial determination and indivisible because of the intertwined and dispersed realities of the Arabs and the Jews - no longer allow us to operate with the Westphalian notion of uncontested boundaries and a homogenous society. The solution for Jerusalem could be a capital of two states. The sharing of a capital shifts to a post-Westphalian notion and opens the discussion to two states for one homeland, organised in a federation, confederation, parallel state structures etc. The spectrum of opportunities for Alternatives to Partition is very broad, but to gain widespread acceptance and understanding they do require expanding notions of self-determination and sovereignty to a rights-based approach.

Liberal Democracy (One Person - One Vote) and Bi-Nationalism in Israel/Palestine

The shift from a state-oriented discourse to a rights-based discourse is accompanied by two fundamental concepts: Settler colonialism and Apartheid. In the context of Israel/Palestine these (non-competing and partly overlapping) concepts used to be exclusively heard in academic research. Today they have more public legitimacy, and entered the vocabulary of the diplomatic world and media. In terms of the corresponding normative and ethical principles that inform these concepts are one person-one vote (liberal democracy, corresponding to apartheid, and South Africa oriented), and the binational principle.

The widespread use of terms such as apartheid and settler colonialism is related to the demise and failure of the peace-making discourse to deliver a two state solution, which is calling for new concepts and a new terminology. As such, these terms (settler-colonialisms and Apartheid) indicate the crisis and impasse the paradigm of partition led us to.

Settler colonialism is relevant in the context of Israel/ Palestine as it immediately implies an asymmetrical relationship of colonialism and control. It also brings the centrality of land into the equation. The battle of the land does not only or necessarily evolve for economic purposes, but for making the settling community local and native, while seeking to eliminate the present population. In the context of Israel this is done through ethnic cleansing, through confiscation of land, checkpoints, the permit industry, urban planning, displacement, control, confiscation. This arsenal of colonial policies and practices is strategically applied to ›Judaize‹ Palestine.

Unlike settler colonialism, Apartheid has a legal connotation. It is a crime recognised by the international law. Apartheid speaks about racial supremacy and racial segregation.

In Israel/Palestine segregation was seemingly happening (surely under the peace-making discourse) with the hope of divorce. However, the realities have shaped such that we are no longer divorcing but becoming inseparable, though under colonial and domination conditions. The prognosis of both settler colonialism as well as Apartheid is the central importance of historical reconciliation (see for ex Australia, Canada; South Africa) This process of reconciliation is often assumed as culminating in one person - one vote (liberal rights that serves the individual) and the formation of liberal democracy.

Egalitarian bi-nationalism accommodates the right to national self-determination for both national groups under the conditions of parity, reciprocity, mutual legitimacy and equality.

The Holocaust and the Nakba

Amos Goldberg, Associate Professor at the Department of Jewish History and Contemporary Jewry, Fellow at the Research Institute of Contemporary Jewry at The Hebrew University of Jerusalem.

In this conversation, Bashir Bashir spoke with co-author Amos Goldberg about the main ideas of the book *The Holocaust and the Nakba*, published by CUP in November 2018, and its reception in Israel. The work is not seeking to compare two essentially different events, but to demonstrate, prove and accept the historical and cultural interconnectedness of the two. Describing the flight of the Palestinians in 1947 in Haifa, even Golda Meir felt compelled to point out how the events showed parallels to what was happening to Jews in Europe at that time. The uniqueness of the project behind 'The Holocaust and the Nakba' stems from commencing to write a binational history of the histories. This evidenced interconnectedness leads to the formulation of an argument for egalitarian bi-nationalism - not an exclusive Jewish state, not partition, but intersecting inseparable histories - and in doing so, essentially bringing an end of exclusivity and supremacy for Israeli Jews. Drawing parallels to Europe and ideas of nationalism, Goldberg reminded that the Nazis could not have killed all the Jews in Hungary without the Hungarians, who were interested to ethnic-cleanse their borderland. The idea of Great Hungary intersected with the German interest, driven by the idea of the ethnic nation state. The intersection of colonialism and nation states created massive genocide, with the lure of the purity and homogeneity of the nation state conflating the ethnos and the demos to produce violence. The book has been received in Israel with dismissal and hostility, and a reluctance to take it seriously, whereas it has been acclaimed in the US and invited for international presentations beyond the borders of Israel.

On Confederation in Israel/Palestine and When Settlers Become Natives

Raef Zreik, Literary Critic, Jurist and Scholar, Lecturer at Ono Academic College, Co-Director of the Minerva Humanities Center at Tel Aviv University

In this conversation with Bashir Bashir, Raef Zreik painted a sobering prospect for the future for the question of Israel/Palestine. Israel has not been serious about a two state solution, he argues, and recently, clearly voiced that there was not even a prospect for a solution. The conflict at best should be managed, and the official rhetoric has moved to the denial of conflict at all. What is expected from Palestinians is to stop all forms of protest, even diplomatic avenues that are termed as diplomatic terror. If going to Den Hague and the BDS movement is considered terror, the expectation is that we accept reality, stop to make demands and accept that the best Palestinians can get is the maintenance of the status quo. In the absence of willingness of Israel to give up on the occupied territories or to allow for rights for Palestinians, ethnic racial separation within one unity constitutes the reality on the ground. This would amount to a solution, whereby Israelis and Palestinians stay in the same political unit with two groups of people. The passing of the Israeli Nation Law in 2019 demonstrates that the previous practices of the Israeli government have been cemented in the constitution. Constitutionalizing Jewish Israeli supremacy marks a shift. After Oslo and the second Intifada, the Palestinian land has become more tied to Israel, with the control over the land and resources falling to Israel, and the control over the Palestinian population falling to the Palestinian Authority. ›If this is not apartheid, then what is?‹ asks Raef Zreik. There is not much benefit for the Palestinian side to exhaust itself devising solutions, when Israel shows no awareness of the problem in the first



O. Noy



B. Bashir

place. Ultimately, such approach might lead to more concessions from the Palestinians. The problem thus is less the issue of solutions, but the absence of trouble making to Israel. The new facet of using and abusing anti-Semitism to silence Palestinians when demanding equality and egalitarianism, however, is deeply troubling and needs to be rejected.

The Mizrahi Option for Decolonizing Israel/Palestine

Orly Noy, Editor at Local Call, Political Activist, Translator of Farsi Poetry and Prose. She is a member of B'Tselem's Executive Board and an Activist with the Balad Political Party

Born in Iran, Orly Noy has direct experience of Jewish heritage outside of Israel, along with a strong sense of awareness for the challenges of identity among the Jewish Mizrahi (Jewish Arabs). ›Unless Jews do not renounce the system of oppression of the Palestinians explicitly, there is no reaching out‹, she says. Noy considers Mizrahi as both victims of Zionism as much as victimisers who need to take responsibility for the situation. Mizrahi needed to step out of the colonial construction to reconnect with their natural environment as natives and not as colonisers. Ehud Barak in a famous quote once referred to Israel as a villa in the jungle. ›The owners of the villa look at us as someone who has come from the jungle, and we have been upgraded from the basement to the kitchen ‹, Noy observes. Demographic engineering of the territory being part of the settler colonial philosophy, Mizrahi have been moved around like the Palestinians. As Jews within Jewish supremacy Mizrahi of course also benefit from the system (such as by having been provided housing in the settlements of East Jerusalem), but they also pay a price. In a system designed to discriminate Palestinians, and in a setting where anything that has to do with Arab identity is being looked down at and considered inferior, Mizrahi have become deeply affected by Arabic becoming a non-official language. This fits into a broader historical context, as a consistent message to the Mizrahi since the 50-ies has been that you want to distance yourself from Arab language and identity. Noy advocates for decolonisation of the Jewish identity, and argues that Mizrahi communities could serve as a catalyst. Culture is the backbone for a community to give it a place in this world. If the system sustains itself through crushing the communities, cultural awareness needs to regain importance. Decoupling Jewishness from Zionism is imperative to show that there is more than one way to be a Jew.

KREISKY-BRANDT CONVERSATIONS IN JERUSALEM

CRITICAL REFLECTIONS ON THE RECENT DEVELOPMENTS IN PALESTINE/ISRAEL

Bashir Bashir, Associate Professor in the Department of Sociology, Political Science, and Communication at the Open University of Israel, Senior Research Fellow at the BKF, Vienna, and the Van Leer Jerusalem Institute.

In Cooperation with the Willy Brandt Center in Jerusalem

In the light of the actions of violence between Israel and Hamas in June 2021, Bashir Bashir's paper, presented a preliminary analysis of the emerging conclusions. It was presented and discussed in a debate in Jerusalem (also accessible via Zoom for invited international experts).



Willy Brandt Center Jerusalem

ALTERNATIVES TO PARTITION

1. the majority of Palestinians appear to have been acting as One Nation. This represents an important development internally at the level of restoring sense of collective identity and a common destiny. This is particularly important in light of historical Israeli colonial fragmentation (1948; 1967; Refugees; Exile; East Jerusalemites) that is premised on divide/ define and rule. There is a new generation (fourth generation of the Nakba) that isn't contained by the conventional Palestinian politics, factions and parties. Hamas played a major role at some point but important segments are young and actually oppose the existing political system, considering it old, corrupt, illegitimate and dysfunctional. New tools of resistance and global appeal and outreach, supported by new technologies of mobilization and advocacy (Tik Tok; Tweeter; etc.) allow the formation of new pockets of international solidarity.

2. after serious decline in the centrality and significance of the Palestinian struggle and quest for freedom (and following the failure of the peace process; Israeli colonial expansion and oppression; Arab Spring; the Trump administration and its policies including recognizing Jerusalem as the capital of Israel and then the Abraham Accords and the normalization of several Arab countries) Palestine is back on the stage of regional and international politics. The recent events are an alarming reminder to the world that the question of Palestine is alive and critical. This might be an equivalent (in its symbolic factor of gaining faith in your ability) to Al-Karama battle of 1968.

3. the recent events are a reminder that a political solution and a process are required. Whilst the reconstruction of Gaza is a pressing humanitarian priority, creating prospects for peace and a political solution is paramount. Coming back to slogans of peacemaking, negotiation and Two State Solution without any game-changing actions is not helpful.

4. the rise and some would argue the consolidation of Jerusalem in general and its holy sites Al-Aqsa Mosque (and to a lesser extend the churches) have become the major galvanizing and mobilizing issue for all Palestinians and the realization of its symbolic capital for Arabs, Muslims and the world at large.

5. Abu Mazen strategy and school of thought of excessively and exclusively building on international diplomacy, security coordination and donors' communities failed miserably. Political process is inevitable and desperately needed but not without resistance and popular legitimacy.

6. Hamas cannot be ignored anymore. They are an organic and constitutive component of Palestinian politics and society, and have been sending strong signals for cooperation for more than a decade now. They surely cannot be the sole actor in Palestinian politics. Conversely, the reconstruction of Gaza should involve them and not happen at their expense. Suggesting that Gaza is a humanitarian aid issue, as if disconnected from politics, is wrong. The center of attention and politics moved from Ramallah to Gaza and Hamas came across as raising issues of national concern not just for Gaza.

7. Fatah has lost a great deal of credibility. After the cancellation of the election; the security coordination of the PA, the almost total identification between Fatah and the PA, Fatah doesn't represent a model for the third and fourth generation of the Nakba. However, its constituencies remain the main players in attempts to revive Palestinian politics. Maybe an internal process within Fatah itself could change and turn the course of development.

8. to Israel the events are a reminder that after two decades of denial, apathy, invisibilization and irrelevance, the 13 million Palestinians (the demonstrations in the world and the borders with Jordan and Lebanon) and their quest for freedom and justice are here to remain. It is a wake-up call for those who enjoyed cheap occupation, denial and subcontracting.



I. Rudolf



W. Posch



St. Reiner



D. Gerlach

HEGEMONIES AND ALLIANCES – Regional Powers' External Engagements (Gulf Region and the Levant)

Curator: **Walter Posch**

ARMED FORCES IN THE MIDDLE EAST: THE CASE OF IRAQ

Webinar under Chatham House Rule

Curated by **Walter Posch** and **Daniel Gerlach**

In Cooperation with the Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK) of the Federal Ministry of Defence and with Zenith Magazine

Introduction and Framing:

Walter Posch, Senior Researcher IFK

Daniel Gerlach, Zenith Magazine

Reforming Iraqi Security – Challenges Ahead

Presentation: **Safa Al-Sheikh**, Former Dep. of National Security Advisor Iraq

Chair: **Johann Frank**, Major General, Head of IFK

Respondents: **Müzehher Selcuk**, Risk Management Advisor

Security Challenges in Iraq

Inna Rudolf, Research Fellow ICSR

›Second Armies‹, Militias, and Politics

Predrag Jurekovic, Senior Researcher IFK

SSR the Experience of the Western Balkans

Daniel Gerlach, Zenith Magazine

International Missions

The Security Sector Reform Of Iraq: The State Of Play And The Way Forward

General Debate

Walter Posch, Senior Researcher IFK

Security sector reform is not only a demanding technical and professional process but also a great challenge in reconstructing multi-ethnic and multi-religious communities. It can only be successful if solutions have the broadest possible consensus. In addition, it is part of a wider political reform and it is important to have inclusiveness of various communities. Examples for successful security sector reform are the Western Balkans. The most important reasons for this are the geopolitical location of Western Balkans in Europe (EU and NATO have been extensively involved in the missions since the beginning), their desire to become members of the EU and NATO members – or at least participated in some partnership programs – and the prosecution of war criminals of former Yugoslavia. However, the Western Balkans remain one of Europe's hotspots for illegally circulating small arms. Important reasons for this are the continued fragile political relations, unresolved political conflicts in the region and the mistrust of the population in the law enforcement institutions.

In conclusion, the problems of the Iraqi security sector are twofold: one is the problem of its intertwined nature with the political process and the political environment. The second one is the support of the international community on forces instead of institutions with a long-term negative influence on the current situation, a reality one has to deal with. Concerning new already established actors, the state has to deal with the dependency on such groups on the battlefield against Daesh and the necessity to conduct DDR. The intertwined relation between SSR and DDR has not been addressed successfully and did not reach Western, especially American, decision makers. Impressively, Iraq has done a lot regarding legal foundation. A focus on the Iraqi law will be effective in the long run. Iraqi sovereignty needs more than lip service and a narrative focusing on Iraqi laws, which help Iraqis in their needs. Moving from helping to the idea of partnering, including police forces, military, anti-terror forces and the PMU. Unanimously the experts underline the importance of a continuous dialogue and expert exchange as basis of security sector reform.

YEMEN AT CROSSROADS

Webinar under Chatham House Rule

Curated by **Stephan Reiner**

In Cooperation with the Institute for Peace Support and Conflict Management (IFK) of the Federal Ministry of Defense

The conflict in Yemen is one of the biggest humanitarian catastrophes, which is taking place on the Arab Peninsula. From a strategic perspective, it is as well one of the biggest threats to security in the Gulf region. One of the implications touches global trade security and energy politics through the Red Sea to the European Union via Suez Canal.

Introduction **Stephan Reiner**, IFK

On Identity And Economy – Domestic Roots Of A Regional Conflict

Chair: **Alexander Weissenburger**, Austrian Academy Of Sciences, Institute For Social Anthropology

Speakers: **Susanne Dahlgren**, Tampere University, Social Anthropology Department

Ibrahim Jalal, Yemen Policy Center/Middle East Institute

Abdulsalam Al-Rubaidi, Center For Applied Research In Partnership With The Orient

From Regional Conflict To Strategic Stalemate?

Chair: **Walter Posch**, IFK

Speakers: **Andreas Krieg**, School Of Security, King's College London

Said Al-Dailami, Hanns-Seidel-Stiftung Tunis

Ahmed Nagi, Carnegie Middle East Center

From Stalemate To Conflict Resolution? The Role Of The International Community

Chair: **Stephan Reiner**, IFK

Speakers: **Nadwa Al-Dawsari**, Middle East Institute

Nicola Pedde, Institute For Global Studies

Summer Nasser, Yemen Aid

Oliver Wils, Berghof Foundation

Yemen is the classic example of a civil war, as a result from the relationship between the two Yemen after the Imamate (until 1967). It is a Highlanders' vs. Lowlanders' conflict, escalated by the Houthis. Aden was



I. Jalal



S. Nasser

well developed, the north was rather backward and the state was not developed and not present at all levels. After the unification of the two Yemen states in 1990, too few development steps were taken. These socio-economic rifts led to a social break. The former President Saleh knew how to use this situation and took side with the Houthis. The economy is sluggish and agriculture is unable to secure national supplies. A withdrawal of foreign groups will not change anything in the fundamental conflict. The goal of the Houthis is to re-establish an imamate, where the legal right to leadership follows the bloodline. The political concept of ›velaya‹ means submission to an unelected political leader.

The United Arab Emirates are not interested in simply supporting Saudi Arabia, but in developing their own regional political role. Yemen is the site of a regional competition between different factions of the Gulf Cooperation Council (GCC). The UAE propose only one solution for South Yemen and are not interested in a broader solution to the Yemen cause as a whole, following the same way as the United Kingdom: control of the strategic points and not the ›hinterland‹. Yemen is in a transition phase, not in a ›post war status‹. The concept of state according to European standards cannot be applied, elections are no substitute for fighting corruption. Conversation with the individual parties is currently pointless.

There are currently four courses of action for Oman: 1st: Support the immediate tribes to end the rebellion. 2nd: Support of the Southern Transitional Council (STC). 3rd: Improving relations with the Houthis. 4th: Opening of other communication channels with local and regional actors.

Relations with Saudi Arabia remain essential for Oman.

Initiatives of the Gulf Cooperation Council (GCC) since 2011 focus exclusively on active elites, a perspective that promotes corruption and prevents a peaceful transition. The policy of the international community currently has the sole aim of achieving a ›ceasefire‹ and does not address the elites. This means that there is no lever to bring the Houthis into sustainable negotiations and created problems after the signing of the ›Stockholm Agreement‹.

Saudi Arabia is a problem, but not THE problem. The ›power share elite centric solution‹ approach proves wrong. The role of the United Nations in the Yemen conflict is critical. The solution to the Yemen conflict is largely based on the relationship between the USA and Iran. Most interventions by the international community are so-called ›low budget‹ interventions. Before the pandemic, around 10 to 12 deaths per day occurred in the Aden area. With the first SARS CoV-19 wave, the death rate increased tenfold to around 120 deaths per day. SARS-CoV-19 is an unprecedented disaster for the country. The refugee situation is catastrophic; around half of the Yemeni population are internally displaced (IDP). The economic failure and the general recession are so massive that a rapid economic recovery would not even be feasible.

Due to the widespread corruption, aid only reaches the population to a limited extent. The ›handshake quality‹ of individual groups is currently limited. The European Union is slowly becoming aware of the conflict in Yemen. However, the role of the European Union in Yemen is still politically not differentiated.



SYRIA TRACK 2 – TREFFEN ›COUNCIL OF THE SYRIAN CHARTA‹

In Zusammenarbeit mit der Candid Foundation

Vertreter der verschiedenen Lager Syriens sprachen in der Kreisky-Villa über Versöhnung. Wie viel die syrischen Geheimdienste davon wissen, ist nicht ganz klar. Entgangen sind ihnen die regelmäßigen Treffen aber wohl nicht. Bisher ließen sie die Teilnehmer gewähren. Denn auch Kräfte im syrischen Regime sehen in den Zusammenkünften offenbar einen Beitrag zu Versöhnung und Stabilität in dem vom jahrelangen Krieg gebeutelten Land. Seit 2016 trifft sich die vielfältige Runde, um in diskretem Rahmen über die Zukunft Syriens zu diskutieren: Es sind Exponenten der syrischen Zivilgesellschaft, Richter, Anführer einflussreicher Stämme und Familien, Religionsgelehrte, Exil-Aktivist*innen, einstige Politiker und Militärs, Vertreter verschiedenster Volksgruppen. Darunter sind Personen, die Freunde und Familienmitglieder haben, die möglicherweise von Familienmitgliedern anderer Teilnehmer umgebracht worden sind; Menschen, die nach der Logik des Krieges eigentlich Feinde sein müssten. Und die trotzdem gemeinsam über ein friedliches Zusammenleben reden. Der Ort ihrer geheimen Treffen wechselt stets: Einmal kamen sie bei Madrid zusammen, einmal in Berlin, in Paris – und jetzt in Wien.

›Es kann keinen Sieger geben‹ Drei Tage lang sprachen nun 23 Vertreter dieses sogenannten Rats der syrischen Charta im BKF miteinander. Vor den Sitzungen gaben alle die Mobiltelefone ab – um sicherzustellen, dass nicht aufgenommen wird oder unbefugte Dritte mithören. ›Die Presse‹ durfte an einem Nachmittag dabei sein und mit den Teilnehmern reden.

›Nach einem Krieg wie in Syrien kann es keinen Sieger geben‹, sagt ein Mitglied der alawitischen Gemeinschaft, der auch Machthaber Bashar al-Assad angehört. ›Wir versuchen hier gemeinsam, uns auf die Zeit nach dem Krieg vorzubereiten.‹ Und der Vertreter eines wichtigen sunnitischen Stammes stimmt ihm zu: ›Wir teilen alle dieselbe Idee: Ein Leben im Krieg ist kein Leben. Wir warten nur darauf, bis das endlich vorbei ist.‹ Es waren vor allem Alawiten, die ursprünglich die Treffen initiiert hatten. Damals – vor mehreren Jahren – sah es so aus, als könnte das Regime den Krieg verlieren. Und in der religiösen Minderheit der Alawiten machte sich die Sorge breit, die Rechnung für die Taten des alawitischen Assad-Clans zahlen zu müssen. Zudem war unter den Aufständischen der Einfluss extremistischer Gruppen immer größer geworden. Und für die jihadistischen Hardliner gelten Alawiten als ›Ungläubige‹, die als ganze Gruppe bekämpft werden müssen. Mittlerweile hat sich aber – mithilfe Russlands und des Iran – das Kriegsglück zugunsten Assads gewendet. Die Zusammenkünfte des Rats der syrischen Charta sind aber weitergegangen. Jetzt gibt es ohnehin nur noch Verlierer.

Elf-Punkte-Plan Keine Kollektivschuld ist einer der Punkte, auf den sich die Runde schon geeinigt hat. Soll heißen: Man wird nicht eine ganze Gemeinschaft für die Verfehlungen einiger ihrer Mitglieder verantwortlich machen. Jede Person muss selbst für ihre Verbrechen geradestehen. Das ist ein wichtiger Passus, da die Idee der kollektiven Haftung gerade im Umgang der Stämme miteinander verbreitet ist. Es ist einer von elf Punkten, die die Teilnehmer der Treffen bereits in ihrer Charta verabschiedet haben. Auch das Recht der Flüchtlinge und Vertriebenen auf Rückkehr und Entschädigung ist festgeschrieben, oder das Bekenntnis zur territorialen Integrität Syriens. Zwei strittige Themen werden bei den Beratungen bewusst ausgeklammert: Welche Rolle Präsident Assad in Zukunft spielen soll. Und ob der Krieg nun die Folge einer Revolution oder das Produkt einer Verschwörung gegen Syrien ist.

Mehrere Vertreter der Rats der syrischen Charta sind sich einig: Es braucht auch den Willen der involvierten internationalen und regionalen Mächte, um den Krieg in Syrien zu beenden. Währenddessen müsse aber der Grundstein für die Zeit danach gelegt werden, für Versöhnung und ein Zusammenleben aller Bürger Syriens.

Freilassung ausverhandelt Ob gekämpft wird oder nicht, hängt aber auch schon jetzt oft maßgeblich vom Willen lokaler Entscheidungsträger wie etwa wichtiger Dorf- oder Stammeschefs ab. Und hier können Vertreter des Rats der syrischen Charta Einfluss nehmen und vermitteln. Das geschah etwa 2018. ›Es gab damals Probleme in der Provinz Suwaida‹, erzählt einer der Teilnehmer am Wiener Treffen. Nach Auseinandersetzungen mit sunnitischen Kämpfern hatten Mitglieder der drusischen Minderheit mehrere Angehörige eines sunnitischen Stammes festgenommen. ›Wir konnten schließlich ihre Freilassung vereinbaren.‹

(Wieland Schneider in Die Presse, 4. 9.2021) The Council of the Syrian Charter and the Code of Conduct for Syrian Coexistence | Souria11

REGIONALISM AND BORDERS

Curator: **Bashir Bashir**

The program ›Regionalism and Borders‹ seeks to capitalize on the Forum's extensive and rich engagements in the analyses of the politics of the Middle East and Europe. It invites leading intellectuals and politicians to a series of workshops to discuss in a protected environment the rising new political order and the most pressing and critical questions and challenges that face the people of this region. A particular focus is paid to the question of Israel/Palestine, which ought to be seen as a regional question rather than a local or a national one.

EXILE, RESISTANCE AND UNIVERSAL RESONANCE

Workshop under Chatham House Rule

The workshop was very successful in bringing together a high-level group of participants and generating extremely rich discussions. The workshop began on a strong note with a fascinating keynote speech by the poet Nathalie Handal entitled ›Tell Me the End: Short Takes on Being Palestinian‹. This was followed by two days of discussion-based panels featuring interventions by selected participants. After a framing introductory session, the first panel ›Reflections on a Literature of Resistance‹ examined the relationship between historical frameworks, politics and literature. Panelist interventions also considered resistance literature as a historically integral part of Palestinian literature. There was agreement that in the Palestinian case ›existence is resistance‹ and that there is a need to expand the concept of resistance so that it is not stuck in the 1960s and 70s when the concept first became prominent. The second panel discussed the legacy and impact of the well-known Palestinian poet, Mahmoud Darwish, dubbed the Palestinian national poet. The third panel focused on Palestinian literary works written in different languages. Attention was drawn to diasporic Palestinian literature and how it can be included into the remit of Palestinian literature in an attempt to also overcome the fragmentation of the Palestinian people.

The second day of the workshop featured two condensed panels due to the imminent lockdown situation in Austria. The first panel focused on an often-neglected component of literature, which is literary periodicals and featured inter-generational panelists. The panel presentations and discussion also touched on publishing, the evolution from print to digital, as well as the important role of bookshops. The workshop ended on a very strong note with the last panel on universal resonances of Palestinian resistance literature. The two competing narratives of the universal, and how to situate the universal in literature were posed as questions for future reflection.

Participants:

Susan Abulhawa, novelist, poet, essayist, scientist, activist
Bashir Abu Manneh, Reader ›Postcolonial Literature‹, Director ›Centre for Postcolonial Studies‹, University Kent
Refqa Abu Remeleh, Professor, Modern Arabic Literature and Film, Free University Berlin
Salim al-Beik, writer, editor of Romman Cultural Magazine.
Ghayath Al-Madhoun, poet
Gil Anidjar, Professor in the Departments of Religion and the Department of Middle Eastern, South Asian, and African Studies (MESAAS), Columbia University
Gertraud Auer Borea d'Olmo, Secretary General, Bruno Kreisky Forum
Bashir Bashir, Associate professor of political theory at the Open University of Israel and a senior research fellow at the Van Leer Jerusalem Institute
Leila Farsakh, Chair and Associate Professor of Political Science, College of Liberal Arts, University of Massachusetts, Boston
Reem Ghanayem, translator and researcher of Arabic and English literature
Nathalie Handal, writer
Ala Hlehel, writer, editor of Qadita
Elias Khoury, writer and journalist, Majallat al-Dirasat al-Filastiniyya (Shu'un Filastiniyya)
Jumana Manna, artist
Lina Meruane, writer
Mahmoud Muna, Educational Bookshop, Jerusalem
Iyas Nasser, poet and researcher of pre- and early Islamic, Classical and Modern Arabic literature
Yehouda Shenhav, sociologist, critical theorist, and professor at University of Tel Aviv
Raif Zreik, Literary Critic, Jurist and Scholar, Lecturer at Ono Academic College, Co-Director of the Minerva Humanities Center at Tel Aviv University



Women in Dialogue

WOMEN IN DIALOGUE

WOMEN'S SHARE IN PEACE AND SECURITY: UNR 1325 – TWENTY YEARS DOWN THE ROAD The Importance of Women in Conflict and Conflict Resolution

Workshop held in Vienna on 27/28 September 2021 at Bruno Kreisky Forum

Curators: **Viola Raheb**, Bruno Kreisky Forum for International Dialogue

Melissa Mujanayi, Austrian Federal Ministry of Defence

A cooperation of BKF for International Dialogue and the General Directorate for Defence Policy, Austrian Federal Ministry of Defence

Die UN-Resolution 1325 wurde am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedet. In ihr wurden erstmals die Mitgliedsstaaten der UN dazu aufgerufen, die Rechte und körperliche Integrität von Frauen – insbesondere in Konflikten – zu schützen und Frauen gleichberechtigt in Friedensverhandlungen, Friedenskonsolidierung, Friedensicherung und Wiederaufbau mit einzubeziehen. Resolution 1325 ist die erste von zehn Resolutionen der ›Women, Peace and Security Agenda‹ der Vereinten Nationen und ein Meilenstein am Weg zur Gleichstellung der Geschlechter.

UMSETZUNG DER WPS-AGENDA – eine regionale Perspektive

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums von UNSCR 1325 wurde im Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog ein Workshop zur Zukunft der ›Women, Peace and Security Agenda‹ in der MENA-Region (Nahe Osten und Nordafrika) veranstaltet. Ursprünglich für 2020 geplant, fand der Workshop ›UNSCR 1325 Twenty Years down the Road – A regional View on Participation, Protection, Prevention, Relief and Recovery‹ in Kooperation mit dem österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung am 27. und 28. September 2021 in Wien statt.

Der Workshop konzentrierte sich auf die regionale Perspektive und brachte Vertreter:innen von Streitkräften aus sechs Ländern (Algerien, Ägypten, Irak, Jordanien, Libanon und Marokko), Expert:innen aus der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und hochrangige Vertreter:innen internationaler Organisationen zusammen. Unter den Teilnehmer:innen, von denen alle zum Fortschritt der WPS-Agenda in der Region beitragen, waren Vertreter:innen von EU, mehreren UN-Organisationen wie UN WOMEN und ESCWA sowie Expert:innen mit NATO-Hintergrund.

Die allgemeine Diskussion drehte sich um die Zukunft der WPS-Agenda insgesamt und speziell in der Region sowie um die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Teilnehmer:innen waren sich einig, dass es zukünftig vor allem notwendig ist, sich auf die Umsetzung all dessen zu konzentrieren, was die WPS-Agenda mehr als 20 Jahre nach ihrer Verabschiedung umfasst.



V. Raheb | M. Mujanayi | L. Koni-Hoffmann | D.Ghanem



Women in Dialogue



Women in Dialogue

I. The three pillars of the WPS Agenda. A regional perspective

WELCOME AND FRAMING:

Gertraud Auer Borea d'Olmo, Secretary General, BKF

Günther Barnet, Counsellor, General Directorate for Defence Policy, Austrian MoD

KEYNOTE SPEECH: The evolution of the Women, Peace and Security Agenda since the adoption of UNSCR 1325.

Overview of the development of the WPS agenda along its four pillars and the related discourse in the context of international relations and its embedment in security policy challenges.

Nada Darwazeh, Chief ESCWA Centre for Women Gender Justice, Population and Inclusive Development Cluster, United Nations Economic and Social Commission for Western Asia

SESSION 1: PARTICIPATION

Moderation: **Dalia Ghanem**

National Actions Plans and their implementation/translation within the armed forces:

Presentation of the National Action Plans (NAPs) of ALGERIA, EGYPT, JORDAN, LEBANON and MAROCCO with regard to the resulting gender policy of national armed forces.

PRESENTATIONS BY: Representatives of the armed forces of ALGERIA, EGYPT, IRAQ, JORDAN, LEBANON, MAROCCO.

SESSION 2: PROTECTION AND PREVENTION.

Moderation: **Melissa Mujanayi**

Regional view on the cross-cutting issues in PSO: Theory vs. practical implementation.

Discussion about how and to which extent topics of the WPS Agenda are integrated in PSOs:

- Human Rights and IHL;
- Conflict-related Sexual Violence (CRSV);
- Sexual Exploitation and Abuse (SEA);
- Protection of Civilians in Armed Conflict (POC).

Stephane Damato, Commanding Officer of the Canadian Training and Assistance Team – Jordan, Operation IMPACT

Sanna Kaskeala, Human Rights & Gender Adviser, European Union Border Assistance Mission in Libya/EUBAM LIBYA

Laura Mitchell, Senior Gender Advisor, Office of the Special Envoy of the UN Secretary General for Yemen

Afaf Omer, Chief Gender Advisory Unit, UN Interim Force in Lebanon/UNIFIL

II. The WPS Agenda at the juncture of its development. After UNSCR 2242.

SESSION 3: Countering violent extremism and terrorism as a part of the WPS Agenda.

Moderation: **Viola Raheb**

Presentation on the different roles of women in the context of terrorism and violent extremism through concrete cases and discussion on the challenges with regard to dealing with these phenomena in terms of relief and recovery as well as potential solutions.

- women as victims
- sexual violence and rape in war times
- women as perpetrators
- women as members of formal and informal defense forces

Amal Abusrour, Director of Programs at Women Centre for Legal Aid and Counseling

Amel Grami, Professor of Arabic and Islamic intellectual history, University of Manouba

Dalia Ghanem, Resident Scholar, Carnegie Middle East Center

Ms. Leena Koni-Hoffmann, Associate Fellow Africa Program, Chatham House

Ms. Azadeh Moaveni, Gender Project Director, Crisis Group

Müzehher Selcuk, Risk Management Office, Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit/GIZ

Khanim Rahim Latif, Director Asuda for Combating Violence against Women

SESSION 4: The future of the WPS Agenda. Future approaches and thematic emphasis

Moderation: **Günther Barnet**

The >added value< of women in PSO, a critical reflection.

Discussion on the quantitative approach to WPS versus more gender sensitive institutions/ armies and gender-responsive peacekeeping (gender mainstreaming) and the contribution of women to the operational effectiveness of PSOs by taking up the examples of the

- ELSIE Initiative (incentivizing women's participation)
- UN Uniformed Gender Parity Strategy 2018–2028
- NATO Gender Policy

Annika Hilding Norberg, Head of Peace Operations and Peacebuilding, Geneva Centre for Security Policy/GCSP

Clare Hutchinson, Consultant & former Special Representative for Women, Peace and Security to the NATO's Secretary General

Päivi Kannisto, Chief of Peace and Security, UN Women

Salma Nims, Secretary-General, Jordanian National Commission for Women

Maureen O'Brien, Deputy Military Adviser, UN Department of Peace Operations/UN DPO

Callum Watson, Project Coordinator, Gender and Security Division, Geneva Centre for Security Sector Governance/DCAF

CONCLUDING REMARKS:

Viola Raheb and **Melissa Mujanayi**, Curators



M. Hofko | C. Obonya



C. Obonya | G. Auer Borea d'Olmo



Ari Rath Preis 2021

KREISKY FORUM SPECIALS

DER MUT ZUM UNVOLLENDETEN Zum 110 Geburtstag von Bruno Kreisky

Alljährlich findet im Kreisky Forum am oder rund um den 22. Jänner eine Festveranstaltung in Erinnerung an Bruno Kreiskys Geburtstag statt. Eine Persönlichkeit aus Politik, Wissenschaft oder Kultur hält einen Festvortrag unter dem Titel ›Der Mut zum Unvollendeten‹. Dieses Motto, dieser ›Mut zum Unvollendeten‹, spielte in Kreiskys Denken und Wollen eine große Rolle. Das hatte nichts mit Zögerlichkeit oder Halbherzigkeit zu tun. Der Mut zum Unvollendeten bedeutete vielmehr, dass Ideologien und gesellschaftliche Strukturen für ihn kein in sich geschlossenes endgültiges System waren und schon gar kein Endstadium der Geschichte. Es war ein Bekenntnis zum Neuen, zur schrittweisen Reform, ein Bekenntnis zur Überprüfbarkeit politischer Entscheidungen im Sinne von Karl Popper. Und es war eine Abgrenzung gegenüber dogmatischen oder gar totalitären Positionen.

Jedes politische und gesellschaftliche System ist unvollendet und muss unvollendet sein. Denn, was Menschen machen, kann auch von Menschen zum Besseren verändert werden. Die Freiheit dazu darf man ihnen nicht nehmen.

NOBODY IS PERFECT

Festvortrag: **Franz Schuh**, Schriftsteller und Essayist
Lesung: **Cornelius Obonya**, Schauspieler

Für die diesjährige – Corona-bedingt online stattfindende – Feier zum Geburtstag von Bruno Kreisky verfasste der Schriftsteller und Essayist **Franz Schuh** einen Festvortrag mit dem Titel ›Nobody is perfect.

Bruno Kreisky und der Begriff des Politischen. Vorgetragen wurde der Text – in Bruno Kreiskys Wohnzimmer von Schauspieler **Cornelius Obonya**.

Sehr geehrte Damen und Herrn, erlauben Sie mir bitte diese Rede zu Ehren von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky mit einer allgemeinen Überlegung zu beginnen, die mit dem Begriff des Politischen korrespondiert. Es geht dabei um Historizität. Dies ist ein Begriff, den man durchaus auch von Kreisky inspiriert betrachten kann. Erstens weil Kreisky dank seiner ›Persönlichkeit‹ wie man das früher nannte, die Nachwelt wieder einmal vor die Frage nach dem Verhältnis von Persönlichkeit und Geschichte stellt. Es ist dies ein Feld, auf dem die Illusionen blühen, unter anderem die Erzählung vom Weltgeist, der sich gefallen lassen muss, von Personen verkörpert zu werden. Wenn man so eine Erzählung nicht ganz und gar ablehnt, dann kann man für die Geschichte Österreichs durchaus von einer Kreisky-Ära sprechen.

Zweitens aber ist die linke Tradition zumindest nach eigener Einbildung und Bildung geschichtsbewusst. Technokraten sind das zum Beispiel nicht, sie sind Problemlöser und damit in der Politik nicht selten selber das Problem. Ihr Terrain ist die Gegenwart, ungeachtet der historischen Voraussetzungen.

Kreisky ist ja auch für ein überaus optimistisches Diktum berühmt, das da lautet: Lernen Sie Geschichte, Herr Reporter! Das ist optimistisch, weil es ja impliziert, dass beim eingespielten Stand österreichischer Journalistik ein Geschichtsstudium noch etwas nützen könnte – ein eventueller Nutzen, den der damals gemeinte Journalist bis heute unaufhörlich und auch halbwegs erfolgreich zu beweisen sucht... Nachzusehen und -hören ist der gesamte Festvortrag als Video auf www.kreisky-forum.org/video

ARI RATH PREIS FÜR KRITISCHEN JOURNALISMUS — Exil-Flucht-Vertreibung

Der ›Ari Rath Preis für kritischen Journalismus‹ wurde auf Basis einer Privatinitiative ins Leben gerufen, um im Sinne des im Jänner 2017 verstorbenen renommierten ehemaligen Chefredakteurs der Jerusalem Post Journalistinnen und Journalisten, auszuzeichnen, die sich in ihrer Arbeit um eine kritische und der Wahrung der Menschenrechte verpflichtete Berichterstattung über Flucht, Vertreibung und Asyl in hervorragender Weise verdient gemacht haben.

Der engagierte und erfolgreiche Publizist Ari Rath war am 2. November 1938 als Kind im Alter von 13 Jahren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme mit Gewalt vertrieben worden und hat in Palästina und später im Staat Israel eine neue Heimat gefunden. In den letzten Jahren lebte Ari Rath Großteils in Wien und wirkte als kritischer Mahner für eine demokratische und friedliche Zusammenarbeit der Menschen in Israel und in Österreich. Als Zeitzeuge des nationalsozialistischen Terrors plädierte er immer wieder für die absolute Ablehnung von Rassismus und Fremden-feindlichkeit, die er in vielen Vorträgen und Gesprächen mit Schülern über den Antisemitismus hinaus als Botschaft vermittelt hat.

Eine Experten-Jury unter dem Vorsitz von Gertraud Auer Borea d'Olmo, enge Vertraute von Ari Rath, mit den weiteren Mitgliedern Fritz Hausjell, Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaften, Oliver Rathkolb, Institut für Zeitgeschichte und Rubina Möhring, Reporter ohne Grenzen, hat für den ›Ari Rath Preis für kritischen Journalismus 2021‹ einstimmig **Thomas Seifert**, stellvertretender Chefredakteur der Wiener Zeitung vorgeschlagen. Für den Ari Rath-Ehrenpreis wurde **Gideon Levy**, Kolumnist und Mitglied der Redaktion der israelischen Tageszeitung Ha'aretz vorgeschlagen.

Gestiftet wurde der Preis 2021 von WIEN ENERGIE.

Die feierliche Preisüberreichung fand am 21. Juni 2021 im Bruno Kreisky Forum statt:

Begrüßung: **Franz Vranitzky**, Bundeskanzler a.D., Gründungs- und Ehrenpräsident des BKF

Begründung der Jury: **Gertraud Auer Borea d'Olmo**, Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums

Preisträger: **Thomas Seifert**, Stv. Chefredakteur der Wiener Zeitung

Laudator: **Oliver Rathkolb**, Univ. Prof. am Institut für Zeitgeschichte des Universität Wien, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bruno Kreisky Forums

Ehrenpreis: **Gideon Levy**, Kolumnist und Redaktionsmitglied der israelischen Tageszeitung Ha'aretz

Laudatorin: **Alexandra Förderl-Schmid**, Stv. Chefredakteurin der Süddeutsche Zeitung, Ari Rath-Preisträgerin 2018

Musik: **Isabel Frey**, Yiddish Singer and Social Justice Activist

Alle Reden sind auf unserer website www.kreisky-forum.org nachzusehen und zu hören.



A. Thurnher | M. Erkert | G. Knaus | H. Swoboda



A. Thurnher



G. Knaus

BRUNO-KREISKY PREIS FÜR DAS POLITISCHE BUCH

Der Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch wird seit 1993 jährlich vom Karl-Renner-Institut in Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Bildungsorganisation verliehen. Mit diesem Preis wird im Sinne des Lebenswerks Bruno Kreiskys politische Literatur ausgezeichnet, die für Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie und sozialen Zusammenhalt, Toleranz und die Freiheit der Kunst einsteht.

Neben dem Hauptpreis für das Politische Buch werden ein Preis für ein publizistisches Gesamtwerk, ein Sonderpreis zum Themenfeld ›Arbeitswelten – Bildungswelten‹, ein Preis für besondere verlegerische Leistungen sowie Anerkennungspreise vergeben.

Preis für das publizistische Gesamtwerk

Preisträger: **Paul Lendvai**

Paul Lendvai ist einer der anerkanntesten und bekanntesten Fernsehjournalisten und Osteuropaexperten Österreichs. Seine umfassenden historischen und politischen Kenntnisse ermöglichten es ihm stets, mit klaren und realistischen Analysen Szenarien der jeweils aktuellen (ost)europäischen politischen Situation zu entwerfen, die der Politik, der wissenschaftlichen Fachwelt und der interessierten Öffentlichkeit viel Wissen und Orientierung bieten konnten. Sein Leben und sein umfassendes Werk stehen für einen europäischen Geist des Humanismus, der Toleranz und der Offenheit.

Preisträgerin: **Ruth Wodak**

Ruth Wodak zählt zu den wichtigsten Sprachwissenschaftlerinnen Österreichs. Sie hat wegweisend zu österreichischer und europäischer Identitätspolitik, österreichischer Politik der Vergangenheit, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit gearbeitet. Ihr wissenschaftliches Werk hat nicht nur viel zur sprachwissenschaftlichen Analyse, sondern nachhaltig zum Verständnis rechtsextremer und rechtspopulistischer Diskurse und Politik beigetragen. Als Humanistin und Feministin brachte sie sich ihr wissenschaftliches Leben lang auch beherzt und engagiert in die gesellschaftspolitische Debatte ein.

Hauptpreis

Preisträger: **Roger de Weck** für sein Buch Die Kraft der Demokratie. Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre. (Suhrkamp Verlag, 2020)

Es ist modern, auf die Defizite der ›liberalen Demokratie‹ hinzuweisen. Genau das spielt ihren Feinden in die Hände. Der Publizist Roger de Weck wendet sich in seinem ermutigenden Buch zunächst gegen den Jahrzehnte anhaltenden neoliberalen Diskurs, dessen Ziel die Umformatierung des politischen Raumes vom Forum der Demokratie hin zum Markt der Wirtschaft war und ist. Ebenso identifiziert de Weck den erstarkenden Nationalismus, der die Einheimischen privilegieren will und nicht die Gleichheit der Individuen vertritt, als Bedrohung. Um den ›Reaktionären‹ entgegenzutreten und aus der demokratischen Defensive zu kommen, stellt er in diesem Buch zwölf Ideen vor, um die Demokratie zu stärken und auszubauen. Es ist ein sehr notwendiges Buch in einer herausfordernden Zeit.

Sonderpreis ›Arbeitswelten – Bildungswelten‹

Preisträgerin: **Melisa Erkert** für das Buch Generation Haram. Warum Schule lernen muss, allen eine Stimme zu geben (Zsolnay Verlag, 2020)

Die österreichische Journalistin und Gymnasiallehrerin Melisa Erkert hat mit dieser Publikation eine Analyse des österreichischen Schulsystems vorgelegt. Ihr Fokus richtet sich auf die strukturellen Nöte und persönlichen Probleme von Schulkindern mit Migrationshintergrund. Katastrophale Deutschkenntnisse, wenig Aufstiegschancen sowie Diskriminierungserfahrungen prägen ihre Kindheit und Schulzeit. Erkert analysiert eingehend und zeigt Wege der Reform auf. Das Buch sollte Pflichtlektüre für alle werden, die sich in Zukunft sinnvoll und faktenbasiert an Bildungspolitik bzw. den Diskussionen darüber beteiligen wollen.

Anerkennungspreis

Preisträger: **Gerald Knaus** für das Buch Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl (Piper Verlag, 2019)

In dieser bemerkenswerten Publikation liefert Gerald Knaus eine Analyse des Zustands von Demokratie und des Umgangs mit den Menschenrechten anhand des Themas Flucht und Migration im Schatten der Lebensumstände der Geflüchteten auf den griechischen Inseln. Der Soziologe analysiert nicht nur die verfahrenere Situation und politische Debatte, sondern sucht nüchtern und kenntnisreich nach Wegen einer menschenwürdigen wie pragmatischen Asylpolitik. Ohne Dramatisierung macht er Vorschläge zur Steuerung der Migration in Europa unter der Maßgabe, dass Migration ohne Kontrolle weltfremd sei und Kontrolle ohne Empathie unmenschlich werde.

Preis für besondere verlegerische Leistungen

Preisträger: **Falter Buchverlag**

Der Falter-Buchverlag ging 1980 aus der drei Jahre zuvor gegründeten Wiener Wochenzeitung ›Falter‹ hervor. Er ist ein Sachbuchverlag mit den Schwerpunkten Ratgeber, Gesellschaft, Kunst & Kultur, Politik und Reiseführer. Das Wiener Stadtleben in all seinen Facetten und gesellschaftspolitisch stets relevante bzw. alternative Sichtweisen in Gestalt innovativer alternativer Publikationen prägen seine Arbeit und Verlagslinie ebenso wie Ratgeber für die verschiedensten Lebenslagen und -phasen.

30 JAHRE BRUNO KREISKY FORUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG

Am 25. Mai 2021 feierte das Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog Geburtstag: Vor 30 Jahren, am 25. Mai 1991 war der ›Verein Bruno Kreisky Forum‹ im Vereinsregister eingetragen worden.

DAS VIDEO ZUM JUBILÄUM

Ein gemeinsames Feiern war am Jubiläumstag war aufgrund der geltenden Anti-Covid-19-Sicherheitsmaßnahmen nicht möglich. Stattdessen haben wir ein kurzes Geburtstags-Video produziert, in dem wir auf die Gründung des Bruno Kreisky Forums im Jahr 1991 zurückblicken und erzählen, wer wir sind: ein unabhängiges, dem internationalen Dialog verpflichtetes Forum, das für die Öffentlichkeit zugänglich und kollektiven Prozessen der Reflexion gewidmet ist.

Im Laufe der Jahre haben viele internationale Gäste durch ihre Anwesenheit zu seinem ausgezeichneten internationalen Ruf beigetragen. Das Forum im ehemaligen Wohnhaus des Kanzlers Bruno Kreisky ist ein Ort, an dem Vorträge und Seminare gehalten und – in geschütztem Rahmen – wesentliche Themen und Konflikte unserer Zeit diskutiert werden.

Unser Jubiläumsvideo (Konzept: Sonja Kothe, technische Produktion: Maximilian Hofko, Musik: Marwan Abado) ist auf der Homepage und auf dem YouTube-Kanal des Bruno Kreisky Forums abrufbar.



L. Haddad | S. Gaugl | S. Rolfe | J. Bichl | S. Kothe | G. Auer Borea d'Olmo



A. Köb | U. William-Kinz | A. Mailath-Pokorny | H. Loewy | G. Auer Borea d'Olmo | S. Kato-Mailath

FESTVERANSTALTUNG 30 JAHRE BRUNO KREISKY FORUM

Am 23. September 2021 konnten wir dann aber doch noch gemeinsam mit unserem Vorstand, unseren Kurator:innen, mit Wegbegleiter:innen, Unterstützer:innen und Freund:innen in der Armbrustergasse 15 feiern:

Ablauf der Festveranstaltung

Internationaler Dialog:

Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., Gründungs- und Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums

Ein Blick zurück

Oliver Rathkolb, Vorstand des Institutes für Zeitgeschichte, Universität Wien,

Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Bruno Kreisky Forums

Das Bruno Kreisky Forum in Wien und in der Welt

Michael Ludwig, Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien

Der Mensch im Mittelpunkt

Pamela Rendi-Wagner, Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Eine Wegbegleiterin erzählt

Erika Pluhar, Schauspieler:in, Sänger:in, Schriftsteller:in

30 Gemeinsame Jahre

Margit Schmidt, Generalsekretärin von 1991 bis 2004,

Gertraud Auer Borea d'Olmo, Generalsekretärin seit 2004,

im Gespräch mit **Tessa Szyzkowitz**, Journalistin und Kuratorin

Ein Blick nach vorne

Rudolf Scholten, Präsident des Bruno Kreisky Forums

Musik

Marwan Abado, Oud

Viola Raheb, Gesang

Eine Aufzeichnung der Festveranstaltung ist auf dem YouTube-Kanal des Bruno Kreisky Forums abrufbar. Die Publikation *Armbrustergasse 15. 30 Jahre Kreisky Forum für internationalen Dialog*, die wir in Zusammenarbeit mit dem Falter-Verlag zum besonderen Anlass produziert haben, liegt im Kreisky Forum auf.

WIENER FREUNDES DES JÜDISCHEN MUSEUMS HOHENEMS Gründungsfeier im Bruno Kreisky Forum

Aus Anlass des heurigen 30jährigen Museums-Jubiläums haben sich Ulrike Kinz, Obfrau des Vereins ›Vorarlberger:innen in Wien‹, Gertraud Auer Borea d'Olmo, Andreas Mailath-Pokorny, Andreas Köb und Sonja Kato zum Gründungskomitee der Wiener Freunde des jüdischen Museums Hohenems zusammengefunden. Den Ehrenschatz für die Aktivitäten übernimmt Tatjana Waldburg-Zeil, deren Familie mit der Geschichte Hohenems' untrennbar verbunden ist.

›Wir wollen alle jene, die einen ganz besonderen Ausdruck Vorarlberger Kultur in Wien erleben möchten, dazu einladen, gemeinsam ein neues Kapitel der Geschichte dieses zutiefst europäischen, humanistischen und zukunfts zugewandten Ortes der Begegnung zu schreiben, und haben uns daher zur Gründung der ›Wiener Freunde des jüdischen Museums Hohenems‹ entschlossen‹, hieß es in der Einladung zu dem Abend, der im Bruno Kreisky Forum für Internationalen Dialog stattgefunden hat, war es doch auch BKF-Präsident Rudolf Scholten, der vor 30 Jahren als Kulturminister ›das Museum mit der Bundesförderung einer Vermittlungsstelle wirklich gesellschaftspolitisch handlungsfähig gemacht hat‹, wie Direktor Hanno Loewy am Abend erinnerte.

›Dass Bundespräsident Dr. Alexander van der Bellen schon Mitglied im Förderverein des jüdischen Museums Hohenems ist, macht es natürlich auch für viele neue ›Wiener Freunde‹ attraktiv, sich uns anzuschließen. Darüber hinaus werden exklusive Events für die in Wien lebenden Vorarlberger:innen und Treffpunkte am Rande der Bregenzer Festspiele der Kern unserer Aktivitäten sein‹, so Ulrike Kinz, die in ihrer Funktion als Obfrau der Vorarlberger:innen in Wien viele Synergien sieht.

Ebenso am Gründungsabend vor Ort waren neben Hausherrn Rudolf Scholten und Museumsdirektor Hanno Loewy, die designierte Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Barbara Staudinger, die in ihrem kurzen Statement den lebendigen Austausch zwischen ihrer Arbeit (Anm. derzeit arbeitet Staudinger als Direktorin des jüdischen Museums Augsburg) und den Schwerpunkten des JMH betonte und sich auf gute Zusammenarbeit freut.



Vorstand des Bruno Kreisky Forums



Franz Vranitzky
Gründungs- und Ehrenpräsident



Rudolf Scholten
Präsident



Max Kothbauer
Vizepräsident und stv. Kassier



Georg Lennkh
Kassier und Kurator



Eva Nowotny
Schriftführerin und Kuratorin



Patricia Kahane
Stellvertretende Schriftführerin



Ernst Woller



Andreas Mailath-Pokorny



Ewald Nowotny



Wolfgang Petritsch



Margit Schmidt



Hannes Swoboda



Andreas Staribacher
Rechnungsprüfer



Werner Obermayer
Rechnungsprüfer



Gertraud Auer Borea d'Olmo
Generalsekretärin

Wissenschaftlicher Beirat



Maria Mesner



Helga Nowotny



Barbara Prainsack



Oliver Rathkolb



Arnold Schmidt



Ruth Wodak

Das Team des Bruno Kreisky Forums



Jutta Bichl



Susanne Gaugl



Sonja Kothe



Nathalie Luftensteiner



Simone Rolfe



Lobeen Haddad



IMPRESSUM

Herausgeberin und für den Inhalt verantwortlich:
Gertraud Auer Borea d'Olmo | Generalsekretärin
Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog

Lektorat

Susanne Gaugl

Graphic

Fineline_Erich Monitzer | Graphic and Typography

Bildbearbeitung

Sonja Kothe

Fotonachweis

Archiv BKF | Heribert Corn | Anja Fonseca

Astrid Knie | Daniel Novotny | Franz Morgenbesser

Druck

Gugler Cross Media | Melk

Kontakt

Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog

Armbrustergasse 15

1190 Wien

T +43 1 31 88 260

kreiskyforum@kreisky-forum.org

www.kreisky-forum.org